

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

**Abonnements-Bedingungen:**  
 Abonnement Preis pränumerando:  
 Vierteljährlich 3.00 Mk., monatlich 1.10 Mk.,  
 wöchentlich 28 Pf. frei ins Haus.  
 Einzelne Nummer 6 Pf. Sonntags-  
 nummer mit illustrierter Sonntags-  
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-  
 abonnement: 1.10 Mk. pro Monat.  
 Eintragungen in die Post-Listung:  
 Berlin. Unter Kreuzband für  
 Deutschland und Österreich 3 Mark,  
 für das übrige Ausland 3 Mark  
 pro Monat. Postabonnements  
 nehmen an: Belgien, Dänemark,  
 Holland, Italien, Luxemburg, Portugal,  
 Rumänien, Schweden und die Schweiz.

**Die Inflation-Gebühr**  
 beträgt für die sechsgehaltene Kolon-  
 stelle oder deren Raum 60 Pf. für  
 politische und gesellschaftliche Berichts-  
 und Besprechungs-Anzeigen 30 Pf.,  
 „Kleine Anzeigen“, das erste (stet-  
 gedruckte) Wort 20 Pf., jedes weitere  
 Wort 10 Pf. Stellenangebote und Schlaf-  
 stellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pf.,  
 jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über  
 15 Buchstaben zählen für zwei Worte.  
 Inserate für die nächste Nummer müssen  
 bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition  
 abgegeben werden. Die Expedition ist  
 bis 7 Uhr abends geöffnet.  
 Telegramm-Adresse:  
 „Sozialdemokrat Berlin“.

Erscheint täglich außer Montags.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.  
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Donnerstag, den 18. Juni 1908.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.  
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1684.

## Die betrogenen Betrüger.

Eins der Hauptargumente des Freisinn, um seine Bloch-  
 liebessdienste zu beschönigen, war das, daß nur durch frei-  
 sinnige Konzessionen auf anderen Gebieten der  
 Reaktion das Zugeständnis einer Wahlreform  
 abzurufen sei. Um durch Liebesdienste der erniedrigendsten  
 Art die Regierung zu Wahlrechtskonzessionen zu veranlassen,  
 kämpfte der Freisinn während des Wahlkampfes ausschließlich  
 gegen die Sozialdemokratie, während er sich den  
 Konservativen gegenüber zu jedem nichtswürdigen  
 Schacher mißbrauchen ließ.

Und das Ergebnis dieser genialen Politik des Freisinn?  
 Die Reaktion, die es dem Freisinn zu danken hat, daß  
 sie nicht geschwächt, sondern gestärkt aus dem Wahl-  
 kampfe hervorgeht, denkt gar nicht daran, dem Freisinn in der  
 Wahlrechtsfrage Konzessionen zu machen!

Erst vor einigen Tagen druckte die offiziöse „Nordb.  
 Allg. Ztg.“ einen Artikel des „Schwäbischen Merkur“ ab,  
 in dem davor gewarnt wurde, ja „gegen jedes Mittel“ an  
 dem bestehenden Wahlrecht, gegen „alle Reform-  
 experimente“ mit äußerster Energie einzutreten! Selbst die  
 „Bosnische Zeitung“ muß gestehen: „Es ist be-  
 zeichnend, daß die „Nordb. Allg. Ztg.“, das offiziöse  
 Sprachorgan der Regierung, diese Auslassungen durch  
 Abdruck ohne Kommentar bis zu einem gewissen Grade  
 zu den ihrigen macht.“

Schärfer noch äußern sich heute die konservativen  
 Organe über den Freisinn und seine Wahlrechtschwandeleien.  
 Die „Kreuz-Zeitung“ verhöhnt den Liberalismus  
 geradezu blutig:

„Aber nicht einmal die allerbescheidenste Er-  
 wartung der Wähler ist in Erfüllung gegangen. Die wenigen  
 Mandate, die die Konservativen unter tapferer Gegenwehr ein-  
 büßen mußten, sind mehr als wiedergewonnen durch Eroberungen  
 liberaler Wahlkreise. Die konservative Fraktion zieht  
 nicht geschwächt, sondern gekräftigt und geschlossen  
 als je in das neue Abgeordnetenhaus ein, die Liberalen  
 aber vermochten nicht einmal die als ihnen  
 vollkommen gesichert erachteten zehn neuen  
 Wahlkreise für sich zu gewinnen. Und die Gruppe,  
 die am annehmendsten auftrat, am scrupellosesten agitierte,  
 nach allen Richtungen schärfte, die mit Versprechungen ver-  
 schwenkterisch um sich warf und an den Konservativen keinen guten  
 Schaden ließ, die nationalliberale Partei, schritt am übelsten  
 ab. Das hat sie verdient! Die Welt sieht nun, was hinter  
 den Großsprecherien des famosen „Kerns“ des  
 Blochs steckt, und insbesondere die leitenden Regierungs-  
 kreise werden sich nun wohl von der Werbekraft und dem  
 Ansehen dieses, des angeblich „gemäßigten“, Liberalismus ein  
 richtiges Bild machen.“

Gegen jede Wahlreform wendet sich das führende  
 Blatt der Konservativen mit den Worten:

„Schon die Wirkungen der sogenannten Kleinen Wahl-  
 rechtsreform, die bei diesen Wahlen zum ersten Male sich geltend  
 machten, haben gezeigt, wie schwerwiegend auch ein nur  
 geringes Mittel an dem jetzigen bewährten (!) Wahlsystem ist.“

Die „Deutsche Tageszeitung“ wendet sich sogar  
 gegen eine Verringerung der öffentlichen Abstammung:

„Bewährt hat sich schließlich auch die öffentliche Ab-  
 stammung. Ausgenommen sind scheinbar einige Kreise, in denen  
 die Sozialdemokratie brutalen Terrorismus geübt hat. Die  
 staatliche Autorität wie die bürgerliche Frei-  
 heit würden aber schließlich kapitulieren, wenn sie sich  
 vor diesem Terrorismus in das Dunkel der Isolierung flüchten  
 wollten. Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ hat schon  
 die Frage aufgeworfen, ob für Staat und Gesellschaft ein  
 solcher Terror erträglich sei. Die Frage aufwerfen heißt zu-  
 gleich sie verneinen: Gegen diese unwürdige Brutali-  
 sierung Andersdenkender muß mit aller Macht und uner-  
 bittlichem Ernst Abhilfe geschaffen werden; Regierung und  
 Parlament haben daran das gleiche Interesse. So wird öffent-  
 lich der rote Wahlterror das Gegenteil von dem erreichen, was er  
 bezweckt: Er wird bewirken, daß die öffentliche Abstammung  
 sich weiterhin behaupten wird als ein nicht hoch genug zu ver-  
 achtendes Mittel zur Erziehung unseres Volkes zu poli-  
 tischer Wahrhaftigkeit.“

Wir verzichten an dieser Stelle darauf, gegen die lächer-  
 lichen Verdrehungen und die schamlosen Verleumdungen des  
 Dertel-Blattes zu polemisieren. Daß die Konservativen nicht  
 auf die öffentliche Abstammung verzichten wollen, ist ja nur  
 zu erklärlich. Ihr durch schon längst Terror behaupteter  
 Einfluß auf das platte Land würde, wie das ja die Reichstags-  
 wahlen bewiesen haben, den schwersten Stoß erleiden durch  
 die Einführung des geheimen Wahlrechts!

Und wie reagiert der Freisinn auf diese höhnische Ver-  
 spottung der freisinnigen Wahlrechtsforderungen?

Die „Bosnische Zeitung“ weicht in ihrer Nummer  
 vom Mittwochabend in ihrem Leitartikel nichts anderes dar-  
 zulegen, als daß die Organisation des Freisinn am 3. Juni  
 versagt habe. In Bezug auf die Organisation des  
 Freisinn müsse eine „Reform“ unverzüglich in Angriff  
 genommen werden! Von einer Wahlreform ist mit keiner  
 Silbe die Rede! Der Freisinn rechnet also bereits damit, daß  
 auch in fünf Jahren die Landtagswahlen wiederum unter  
 dem elendesten aller Wahlsysteme stattfinden werden!

Der Erniedrigung des Freisinn, seine Handlangerdienste  
 für die Reaktion sind also völlig unjosst gewesen, sofern nicht  
 die paar Orden dritter und vierter Klasse, die

einer Handvoll freisinniger Führer verliehen worden sind, den  
 um anderthalb Jahre währenden schmachtvollen Kotau des  
 Freisinn vor der Reaktion aufwiegen sollen!

Man mag die politische Intelligenz der Kopsch, Biemer,  
 Fischel und Konsorten so niedrig einschätzen wie man will;  
 aber daß sie dies Resultat ihres Wahlrechtskampfes, der in  
 der scrupellosesten Unterstützung der reaktionären Wahl-  
 rechtsfeinde bestand, nicht voraussehen vermocht hätten,  
 wird auch der rücksichtslose Bewunderer ihrer negativen  
 politischen Genialität nicht annehmen können! Wenn also  
 der Freisinn im neuen Landtag als der Betrogene  
 dasteht, so doch gleichzeitig als der betrogene Ver-  
 trüger, als der Komplize der konservativen Reaktio-  
 näre, der seine politischen Niederträchtigkeiten durch den  
 bewußten Schwindel beschönigte, all diese Liebesdienste  
 an die Reaktion würde die durch den Freisinn gestärkte  
 Reaktion durch liberale Zugeständnisse in der Wahlrechts-  
 frage vergelten!

Betrogene Betrüger — das ist die gelindeste  
 Charakterisierung des Blochfreisinn!

Die unerhörte Dreiklassenschmach, die der stärksten  
 Partei Preußens nur die Eroberung eines halben  
 Duzend von Mandaten ermöglichte, während die konservative  
 Reaktion in ausschlaggebender Stärke in den neuen  
 Landtag einzieht, kennzeichnet das „Berliner Tage-  
 blatt“ folgendermaßen:

„Noch auffälliger wird das Mißverhältnis zwischen der Zahl  
 der Wähler und auch der Wahlmänner, wenn man die sozial-  
 demokratischen Erfolge mit der sozialdemokratischen  
 Stimmenzahl vergleicht. Nach sozialdemokratischer Berechnung,  
 die allerdings erst noch nachgeprüft werden muß, haben rund  
 600 000 Wähler für die Sozialdemokratie votiert,  
 von denen 200 000 auf Berlin, der Rest auf die übrigen Wahl-  
 kreise entfällt. Der Zahl der Wähler nach dürfte die sozial-  
 demokratische Partei die Konservativen weit  
 überflügeln. Sie hat aber nur sechs Mandate gewonnen,  
 während die beiden konservativen Parteien in der Stärke  
 von 211 Mann in das Abgeordnetenhaus einziehen. Man  
 darf es ruhig aussprechen, daß diese unglaubliche Machtverteilung  
 eine Fälschung des Volkswillens darstellt.“

Die freisinnig-demokratische „Volkszeitung“ endlich  
 faßt ihr Urteil über den Blochfreisinn in folgender ähnelnden  
 Kritik zusammen:

Jedenfalls bleiben die grundsätzlichen Abmachungen  
 der freisinnigen Volkspartei mit den erklärtesten  
 Feinden des Reichstagswahlrechts für Preußen  
 nicht allen anderen bemerkenswerten Begleiterscheinungen eines  
 unwürdigen Mandatschachers an der Partei  
 kleben. Und wenn immer die Matadore des Bloch-  
 freisinn sich in geschwollenen Phrasen über ihre Pro-  
 grammfestigkeit und Prinzipientreue ergehen, wird ihnen ein  
 wahrheitsliebender, ehrlicher, gerader, liberaler Mann mit be-  
 rechtigtem Hohn ins Gesicht lachen dürfen. Die  
 „Vernichtung der konservativ-meritalen Mehrheit“ wurde von dem  
 offiziellen Freisinn als das Ziel des Wahlkampfes hingestellt.  
 In Wahrheit hat der Blochfreisinn, angewiesen auf die  
 gute Laune seiner konservativen Gönner, den Konservativen  
 kein Haar gekrämmt; nur nach links hat er, besonders  
 in Berlin, den Kampf in maßlos täppischer Weise ge-  
 führt. Antwort in der Reichshauptstadt: Fünf sozialdemo-  
 kratische Mandate.

Der Eintritt einer Anzahl von Sozialdemokraten in  
 das preussische Abgeordnetenhaus wird, wie wir hoffen, den Ver-  
 handlungen ein lebhafteres Gepräge geben. Sie werden  
 vieles sagen, was von der bisherigen matten Opposition aus-  
 gang zum faulen Blochfrieden nicht gesagt worden ist. Die  
 Oppositionsredner der Freisinnigen sind, mit ber-  
 schwindenden Ausnahmen, immer lauer, feichter, ober-  
 flächlicher geworden. Es ist nicht jedermanns Sache  
 im Parlament, Qualitätsware zu liefern, wenn er bisher in  
 kleineren politischen Konventionen lediglich wegen seiner Quan-  
 titätsleistungen bewundert worden ist. Auch hat das intime  
 Zusammenwursteln mit den Reaktionsären seit  
 dem Bestehen der Blochära, wie bei den Nationalliberalen so auch  
 bei dem Freisinn, den „praktischen“ Politikern Oberwasser gegeben,  
 deren politisches Glaubensbekenntnis in dem Ausspruch gipfelt:  
 „Lieber mit Kröcher als mit Wirth“. Unter solchen Verhältnissen  
 wird man im preussischen Abgeordnetenhaus „das rechte Wort zu  
 rechter Zeit“ vielfach nur aus sozialdemokratischem Munde ver-  
 nehmen. Dadurch, daß es der Blochfreisinn auf diese Art den  
 Sozialdemokraten erleichtert, moralische Eroberungen zu machen,  
 während er sich selbst andauernd kompromittiert,  
 gräbt er unentwegt an seinem eigenen Grabe weiter.

## Die Abgeordnetenwahlen.

### Das Gesamtergebnis.

Zu wählen waren 443 Abgeordnete, gegen früher 433.  
 Es wurden gewählt:

151	Konservative, bisher	144 (+ 7)
60	Freikonservative, bisher	64 (- 4)
64	Nationalliberale, bisher	76 (- 12)
28	Freisinnige Volkspartei, bisher	24 (+ 4)
8	Freisinnige Vereinigung, bisher	9 (- 1)
105	Zentrum, bisher	96 (+ 9)
15	Polen, bisher	13 (+ 2)
6	Sozialdemokraten, bisher	0 (+ 6)
2	Dänen, bisher	2 (- unverb.)
3	Fraktionslose, bisher	5 (- 2)

In einem Wahlkreise, 12. Berlin (Moabit, Wed-  
 ding), ist Stichwahl zwischen einem Sozialdemokraten und  
 einem Kandidaten der Freisinnigen Volkspartei vorzunehmen.

### Berichtigungen und Ergänzungen.

Berlin V. Das gestern mitgeteilte Resultat ist durch den Druck-  
 fehler gefälscht worden, der die Stimmen des Freisinn unbedeutender-  
 weise um 90 erhöht hat, indem er aus einer 0 eine 9 machte. Der  
 freisinnige Kandidat hat nicht 296, sondern nur 206 Stimmen er-  
 halten. In unserer Extra-Ausgabe von gestern ist das Resultat  
 richtig mitgeteilt.

Rixdorf-Schöneberg. Das Zahlenverhältnis bei der Stichwahl  
 war:

Beis (Soz.)	528 Stimmen
Reinbacher (Frei.)	558

Niederbarnim-Oberbarnim. Das genaue Resultat lautet:  
 v. Tresslow (kons.) 1019, Rietzen (frei.) 1034, Dr. Schupp (frei.)  
 1090, Stadthagen (Soz.) 688, Bruns (Soz.) 688, Max  
 Jacobsen (Soz.) 686, Kade (natl.) 128, Renjis (natl.) 90, Koll  
 (natl.) 111 Stimmen.

### Die Sozialdemokratie bei den Abgeordnetenwahlen.

Den gestern angeführten Wahlkreisen, in denen bei der  
 Wahl der Abgeordneten sozialdemokratische Wahl-  
 männerstimmen abgegeben wurden, treten noch die  
 folgenden hinzu:

#### Brandenburg.

Kradowalde, Friedeberg. Gewählt v. Voß (L) und v. Baldow (L)  
 mit je 280 St. Es erhielten Kraeger (fr.) 17 St., Kopsch (fr.)  
 17 St., Bräuner (Soz.) 2 St., Jucht (Soz.) 2 St.

Landberg (Stadt und Land), Soldin. Gewählt Hollische (L)  
 mit 305 St. und v. Kaldreuth (L) mit 332 St. Es erhielten  
 Lehmann (natl.) 93 St., Tews (fr.) 90 St., Wäyel (Soz.) 28 St.  
 und Kaiser (Soz.) 28 St. Zerplittert 68 St.

Rainberg. Gewählt v. Neumann (L) mit 307 St., v. d. Ditten  
 (L) mit 307 St. Es erhielten Borgmann (Soz.) 11 St.,  
 Büchner (Soz.) 10 St., zerplittert 8 St.

4. Stadt Lebus. Gewählt Mathis (natl.) 465 St. und Kauf-  
 mann Hell (fr. Sp.) 276 St. Es erhielten Weiland (Soz.)  
 67 St., Seidel (fr.) 288 St.

Freuzlau-Angermünde. Gewählt v. Arnim (L) mit 377 St. und  
 v. Buch (L) mit 377 St. Es erhielten Lehrer Selchow-Strasburg  
 (fr.) 18 St., Beis-Berlin (Soz.) 19 St., Fabritschger Sad  
 (fr.) 18 St. und Expedient Gadelbusch-Berlin (Soz.) 19 St.  
 Zerplittert 1 St.

Jüterbog-Luckenwalde. Gewählt v. Dergin (frei.) 162 St. Es  
 erhielten Ewald (Soz.) 64 St. und Fabritschger Pariser (natl.)  
 82 St.

Kottbus (Stadt und Land), Spremberg, Anlau. Gewählt  
 Henning (L) mit 437 St. und Jessen v. Dirlsen mit 448 St. Es  
 erhielten Koehrig (fr. Sp.) 202 St., Truettstedt (fr. Sp.) 209 St.,  
 Bernstein (Soz.) 107 St. und Schubert (Soz.) 107 St.  
 (Wahlberechtigter Verbleibend.)

West- und Ostprignitz. Gewählt v. Salbern (L) mit 312 St.,  
 Wegner (L) mit 306 St., Rambold (L) mit 284 St. Es erhielten  
 Liche (fr.) 213 St., Eggert (L) 217 St., Dörl (natl.) 193 St.,  
 Wegner (fr.) 11 St., Eggert (fr.) 9 St., Böcke (Soz.) 8 St.,  
 Schöckold (Soz.) und Schubert (Soz.) je 20 St.

#### Die übrigen Provinzen.

Stettin. (Stadt.) Gewählt Lippmann (fr. Sp.) mit 505 St.  
 Es erhielt Herbert (Soz.) 231 St.

Lauenburg, Bätow, Stolp. (Stadt und Land.) Gewählt  
 Schmeling (L) mit 504 St., Bül (L) mit 503 St., v. Wöhn (L) mit  
 501 St. Es erhielten Herbert (Soz.) 13 St., Kunze (Soz.)  
 13 St., Horn (Soz.) 13 St., Schmidt (fr.) 8 St., Rubow (fr.)  
 8 St., Judd (fr.) 8 St.

Rumpitz, Strehlen. Gewählt v. Lud (L) mit 207 Stimmen.  
 Es erhielt Schütz-Vreslau (Soz.) 10 Stimmen.

Rangensalza, Weisenfer, Mühlhausen (Stadt und Land.) Ge-  
 wählt Klamm (fr.) mit 278 Stimmen und v. Pagle (L) mit 271  
 Stimmen. Es erhielten Jaffé (natl.) 174 Stimmen, Dr. Winter (natl.)  
 188 Stimmen, Schäfer (Soz.) 85 St., Dönneke (Soz.)  
 85 Stimmen.

Dieserleben, Halberstadt (Stadt und Land), Graffschaft  
 Wernigerode. Gewählt Biersdorf (natl.) 415 St., und Voß  
 (natl.) 413 St. Es erhielten v. Guseb (L) 172 St., Riechel-  
 mann (L) 174 St., Bartels (Soz.) 88 St. und Hoffmann  
 (Soz.) 88 St.

Osterholz, Blumenthal, Wilm. Gewählt Martens (natl.). Es  
 erhielt Dr. Martens (natl.) 123 St., Giese (v. b. L.) 92 St.,  
 Zwabekind (fr.) 38 St. und Jigarenmacher Berle (Soz.) 75 St.

Osterode-Duderstadt. Gewählt Otto (L) mit 138 St. Es er-  
 hielt Schmidt (natl.) 93 St. Rechtsanwalt Liebknecht (Soz.)  
 18 St.

Wießbaden (Stadt), Untertannkreis. Gewählt Parling (natl.)  
 mit 310 Stimmen. Es erhielten Alberti (fr. Sp.) 126, Schneider  
 (B.) 6, Vogt Herr (Soz.) 23 Stimmen.

### Glückwünsche zu den Wahltagen.

Budapest, 17. Juni.

Selbst im Kampfe gegen ein elendestes aller Wahlsysteme be-  
 glückwünschen wir die deutsche Sozialdemokratie als die siegreiche  
 Bekämpferin der Dreiklassenschmach.

Parteileitung der ungarländischen Sozialdemokratie.  
 Wudinger, Sekretär.

Kopenhagen, 17. Juni. Nach vollendeter Landtagswahl sendet  
 die Sozialdemokratie in Dänemark unserer deutschen Bruderpartei  
 herzliche Grüße und Glückwünsche. Euer Sieg ist ein neuer, gut  
 geführter Schlag gegen die Reaktion, und dieser wird mächtig

zur Erreichung des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechts beitragen. Ein Hoch der Durchführung des Rechtes des Proletariats! Ein Hoch dem internationalen Sozialismus!

Die Sozialdemokratie in Dänemark. N. A.: P. Knudsen.

Stuttgart, 17. Juni.

Den Bahnbrechern im Junkerstaate herzlichen Glückwunsch zu Ihrem Siege. Nicht nur Preußens, des ganzen Reiches Volk setzt seine Hoffnungen auf die große historische Aufgabe, die Euler harret. Mit kollegialem Gruß

die sozialdemokratische Fraktion des württembergischen Landtages.

## Die Vorbereitung des Umfalls.

Als ob irgend jemand den verschiedenen Dementis geglaubt hätte, wird noch einmal offiziös versichert, daß das Spiritusmonopol unter den Steuervorlagen der Regierung seine Stelle finden werde. Wir haben daran ebenso wenig geglaubt, wie an der Besteuerung des Tabaks und des Bieres. Wir glauben im Gegenteil, daß der Widerstand gegen die Ausplünderung der breiten Volksmassen sehr bald wird einsetzen müssen. Denn wie wir die Blockmajorität kennen, wird sie im Herbst alle Mittel in Bewegung setzen, um den Raub möglichst rasch in Sicherheit zu bringen. Die Taktik des Schweigens und Bewilligens, die beim Vereinsgesetz erfolgreich gewesen ist, wird wiederum anzuwenden versucht werden. Und schon werden die üblichen Mittel angewandt, um dem Blockfreisinn klarzumachen, daß er wieder Opfer zu parieren hat.

Herr Träger, der die Sünden des Freisinnes zwar nicht billigt, aber doch immer mitmacht, hat vor kurzem erklärt, der Freisinn müsse bei der Finanzreform seine Zustimmung solange verweigern, bis die Regierung in der Frage des preussischen Wahlrechts nachgegeben habe. Gegen diesen „Ruhhandel“ wenden sich nun mit großer Energie die „Münchener Neuesten Nachrichten“, ein Blatt, das der Regierung unbedingt ergeben ist, und in dem deswegen auch der berühmte Müller-Meinungen seine Raketenangebote abzulagern pflegt. Auch die neueste Auslassung dürfte auf diesen Herrn zurückzuführen sein. Nun würden wir verstehen, daß, wenn es so etwas wie freisinnige Prinzipien gäbe, man vom Standpunkt dieser Prinzipien den von Träger vorgeschlagenen Ruhhandel bekämpft. Der Freisinn müßte erklären, daß er einer Regierung der schlimmsten Reaktion überhaupt keine Mittel bewilligen, daß er aber selbst um den Preis von Jugendsünden auf politischem Gebiete unmöglich seine Prinzipien verraten und für indirekte Steuern stimmen könnte, die eine so furchtbare Belastung der Volkswirtschaft bedeuten. Daß Herr Müller-Meinungen weder freisinnige noch andere Prinzipien hat, ist jedoch zur Genüge bekannt. Und die Polemik der „Münch. N. Nachr.“ hat auch einen anderen Inhalt. Der Freisinn soll für die Reichsfinanzreform stimmen ohne jedes Jugendsündens. Der echte Blockfreisinnige hat nicht nur kein Wort des Protestes gegen indirekte Steuern, sondern ihn schüttelt nur die Angst, daß der Freisinn überhaupt irgendwelche Forderungen erhöhe, die die Konservativen verschlucken könnten. „Den Block über alles“, das ist sein einziges Trachten. Da aber der Block auf allen Gebieten die schlimmste Reaktion bedeutet und nichts anderes ist, als die Diktatur der Junker, so hat der Freisinn alles zu vermeiden, was auch nur im entferntesten etwas anderes ist als schlimmste Reaktion. Man muß Herrn Müller-Meinungen bestätigen, daß er damit nur der Taktik treu bleibt, die der Blockfreisinn bisher befolgt hat.

Man kann dabei ganz gut beobachten, wie rasch der Freisinn bereits den reaktionären Jargon zu plappern gelernt hat. Die „Münch. N. Nachr.“ schreiben:

„Die Reichsfinanzreform ist eine nationale Forderung, ja geradezu die Grundlage künftigen Lebens und Gedeihens unseres Vaterlandes. Der Wandel und Ordnung zu schaffen, ist eine gebieterische Notwendigkeit, bei der wir nicht wanken und zögeln.“

Genau, die Ausplünderung der großen Masse der Nation ist die „nationale“ Forderung der Großgrundbesitzer und der Kapitalmagnaten. Und in dieser nationalen Gemeinschaft befindet sich der Freisinn der Börse und der Arbeiterfeindschaft gewiß an dem richtigen Orte.

## Politische Uebersicht.

Berlin, den 17. Juni 1908.

### Die Einberufung des Landtags.

Der „Reichsanzeiger“ macht bekannt, daß die beiden Häuser des preussischen Landtags auf den 26. Juni 1908 zusammenberufen werden.

Dieser Zusammentritt des preussischen Landtags wird nur von sehr kurzer Dauer sein. Nach zwei Tagen werden wahrscheinlich die beiden Häuser des Landtags, das Dreiklassenparlament und das aus erblicher Belastung hervorgegangene Herrenhaus, wieder verlagert werden.

Die Einberufung erfolgt, um dem Artikel 51 der Verfassung zu genügen, wonach der Landtag innerhalb 90 Tagen nach seiner Auflösung versammelt sein muß. Die Auflösung fand bekanntlich statt, damit die Wahlen vor dem Schluß der regulären Legislaturperiode erfolgen konnten, die erst im Herbst abließ.

### Ueber die Verlängerung der Dienstzeit zur See.

Zu dem neuesten militaristischen Attentat auf das deutsche Volk, dem angeblich vom Prinzen Heinrich ausgehenden Pläne, die Dienstzeit für die zelta 30 000 „gemeinen“ Marinesoldaten um sechs Monate, also von drei Jahren auf 3 1/2 Jahre zu verlängern, bemerkt Oberst a. D. Gädle im „Berliner Tageblatt“:

„Aber die zwangsweise Verlängerung der Dienstzeit vermehrt die Ungleichheit der drückenden Lasten und damit notwendigerweise die Unzufriedenheit. Wir werden dann in Zukunft Leute von einjähriger, zweijähriger, dreijähriger und dreieinhalbjähriger Dienstverpflichtung haben. Man muß alle anderen Mittel erschöpfen, ehe man zu einer so gehässigen Maßregel schreitet. Und da fragt es sich denn doch, ob man bei genügend hohem Solde nicht Leute zu einer freiwilligen Dienstübernahme auf ein viertes Jahr veranlassen kann. Auch man zum Zwange greifen, so kann das nur unter Bewährung einer ausreichenden Gegenleistung seitens des Staates geschehen. Und es ist doch mehr als notwendig, wenn man diesen Ausgleich in der Gewährung bestimmter Ernteklaube an den zweiten Jahrgang des Landheeres erblicken will. Man sieht den agrarischen Pferdeschutz und die wahrhaft räuberische „Selbstlosigkeit“ unserer Junker. Uebrigens — beiläufig gesagt — enthält die Festlegung von Ernteklaube eine Verkürzung der zweijährigen Dienstzeit, die dann von der Regierung nicht mehr als Inkonsistenz hingestellt werden kann.“

Wir können nur wiederholen, daß wir eine Verlängerung der dreijährigen Dienstzeit als notwendig auch nur für einen Teil der bisher dreijährig dienenden überhaupt nicht anzuerkennen vermögen. Die Zahl der länger dienenden Chargierten ist gerade bei der Marine eine so außerordentlich große, daß sich eine Verlängerung der Marinezeit in seiner Beziehung rechtfertigen ließe. Um so weniger, als man in Frankreich die allgemeine Dienstzeit für die Marine auf zwei Jahre herabgesetzt hat —

### Eine nette Perspektive.

Kürzlich wurde gemeldet, daß England als neuesten Neubau seiner Flotte vom Typ der „Dreadnought“-Klasse ein Schiff von 21 000 Tonnen Displacement und mit noch schwererer Artillerie als bisher in Bau gegeben habe, das durch Gaskraftmaschinen angetrieben werden solle.

Wie dem „Berliner Tageblatt“ von marine-technischer Seite mitgeteilt wird, sollen die neuen Geschütze dieses den „Dreadnought“ um 1500 Tonnen Wasserdrängung übertreffenden Schiffes aus 34,3 Zentimeter-Geschützen bestehen, während das schwerste Geschützkaliber bisher 30,5 Zentimeter betrug.

Schon durch diese abermalige Vergrößerung des riesenhaften Typs und durch die Einführung einer noch schwereren Artillerie würde dies Schiff viel kostspieliger werden als die größten der bisher in Bau gegebenen Riesenschiffe!

Besonders interessant ist aber folgende Auslassung des „N. Z.“:

„Für die Fortbewegung des Panzerkolosses sollen weder Kolbenmaschinen noch Turbinenmaschinen (und zwar haben bisher letztere alle „Dreadnought“-Schiffe an Bord) zum Einbau gelangen, sondern Gaskraftmaschinen, bei denen weder eine Rauchtentwässerung stattfindet, noch Schornsteine erforderlich sind. Wenn es den englischen Ingenieuren gelingen sollte, eine Gaskraftmaschine zu konstruieren, die sich zum Einbau für ein 21 000 Tonnen großes Minenschiff eignet, das heißt diese dem Schiff die erforderliche Geschwindigkeit geben kann, so würde dies erneut einen vollständigen Umschwung für die Konstruktionspläne der weiter zu bauenden Schiffschiffe oder Panzerkreuzer bedeuten. Die neuen Schiffe mit Gaskraftmaschinen ohne Schornsteine wären nur noch schwimmende Panzerfestungen, die ein völlig freies Schußfeld nach allen Seiten hätten, da jeder Dedaubau in Wegfall käme. Derartige Schiffe würden außerdem dem Feinde ein verringertes Zielobjekt bieten und in ihren Bewegungen länger verborgen bleiben. Die Geschwindigkeit würde in neue Bahnen gelenkt werden, deren Folgen sich heute noch nicht im entferntesten übersehen lassen und was dergleichen Reversierungen in seetriedwissenschaftlicher Beziehung mehr wären.“

Sollte sich die Meldung über den Einbau der Gaskraftmaschinen bestätigen, so würde damit der jetzt vorhandene Typ der Schiffschiffe mit einem Schlage zum alten Eisen geworfen werden! Die vom Flottenchef befallenen Nationen müßten dann in fieberhaftem Wettkampf neue Milliarden verausgaben, um an Stelle der so teuren, aber leider entwerteten schwimmenden Särge eine „zeitgemäße“ Schiffschiff-Flotte zu schaffen! —

### Zur Naturgeschichte des Blockliberalismus.

Der Heidelberger katholische Frauenverein für die Frauen- und Kinderfürsorge forderte in einer Petition an die Zweite badische Kammer einen Staatszuschuß unter ausdrücklicher Betonung des konfessionellen Charakters zur Verringerung „gesellener Mädchen“, die nur durch die Religion möglich sei. Dem empfehlenden Beschluß der Kommission gegenüber beantragten die Sozialdemokraten, daß der Staatszuschuß nur zu gewähren sei, wenn diese Bereitwilligkeit paritätisch fundiert werde. Mit Ausnahme dreier Nationalliberaler stimmte der ganze demokratisch-liberale Block mit dem Zentrum gegen den sozialdemokratischen Antrag. Und zwar aus prinzipiellen Gründen!

### Proletarier brauchen kein Wahlrecht!

Das ist die Ansicht der Stadtverordnetenmehrheit in Kachen. Der Sozialdemokratische Verein für Kachen-Stadt hatte bei der Gemeindevertretung den Antrag gestellt, den zur Teilnahme an der Gemeindevahl berechtigenden Jenus von 6 auf 4 M. herabzusetzen. In ihrer jüngsten Sitzung hat die Stadtverordnetenversammlung den Antrag mit 17 gegen 15 Stimmen abgelehnt. Geschlossen stimmten die „Liberalen“ gegen die Herabsetzung. Das hätte den Antrag aber nicht zu Fall gebracht, denn die Zentrumspartei hat nahezu zwei Drittel der Stadtverordnetenstimme. Mit den Liberalen stimmten aber noch der Zentrumsmann Dr. Courth und der Konsulent des Zentrums Kommerzienrat Vossen gegen den Antrag; ein dritter Zentrumsmann, angehöriger, Thöhen, enthielt (1) sich der Stimme, und fünf Zentrumsmannverordnete, darunter der Fraktionsvorsitzende Goeßels, waren der Sitzung ferngeblieben, wenn nicht sämtlich, so doch zum Teil, weil sie nicht für den Antrag stimmen wollten. Die Ablehnung des Antrages ist um so brutaler, als in Kachen noch städtische indirekte Steuern erhoben werden, und zwar auf Fleisch, Margarine (1) und Brennmaterial. Zur Befürwortung des Antrages führte ein Zentrumsmannverordneter auch an: die Sozialdemokraten würden die Ablehnung agitatorisch ausnützen. Das läßt tief blicken! —

### Der Eulenburg-Prozess.

Die „Tägliche Rundschau“ will den einander widersprechenden Nachrichten einer Menge Blätter gegenüber auf Grund besonderer Erkundigungen nochmals „feststellen“, daß, soweit die Anordnungen der Gerichtsbehörden Einfluß darauf haben, der Prozeß gegen den Fürsten Eulenburg das Schwurgericht am Berliner Landgericht I bereits in seiner nächsten Tagung beschäftigen wird. Das Hauptverfahren ist eröffnet; die Schwurgerichtsperiode beginnt am 22. Juni; die Terminverteilung hat noch nicht stattgefunden, doch ist anzunehmen, daß der Termin auf das Ende des Monats hin, wahrscheinlich auf den 29. d. M., gelegt werden wird. Landgerichtsdirektor Kanow wird bekanntlich die Verhandlungen leiten. Für den Fürsten Eulenburg würde ein Aufschieben der Verhandlungen bis zur nächsten Schwurgerichtsperiode eine Verlängerung seiner Untersuchungshaft um mindestens drei Monate bedeuten. Trotz alledem ist es sehr zweifelhaft, ob es wirklich bereits jetzt zur Hauptverhandlung kommt. Der Fürst ist so krank, daß es unsicher ist, ob er fähig ist, einer mehrtägigen Verhandlung beizuwohnen und zu folgen. Die Gerichtsarzte werden in dieser Frage das letzte Wort zu sprechen haben.

Also der Fürst ist wieder sehr krank. Ist das die Einleitung zur Bestätigung, daß er geistesgestört ist? —

### Soldatenshinder.

Wegen Mißhandlung eines Untergebenen und Mißbrauchs der Dienstgewalt hatte sich am 15. Juni vor dem Kriegsgericht in Breslau der Bismarckweibel Nieze vom Infanterie-Regiment 51 zu verantworten. In der Nacht zum 4. Mai war der Angeklagte auf der Treppe dem Musikstiller Wälba begegnet, welcher austreten ging. Der Bismarckweibel herrschte den Musikstiller sofort an: „Wohin gehen Sie?“ Wälba erwiderte: „Austreten.“ Mit den Worten: „So gehen Sie austreten?“ versetzte Nieze dem Gemeinen ohne jeden Grund, wie vor Gericht festgestellt wurde, vier Ohrfeigen und außerdem noch eine Anzahl Mißhandlungen. Dem Gefreiten Wälba, der davon wußte, drohte der Bismarckweibel bei Strafe, nichts zu sagen! Der Mißhandelte beschwerte sich jedoch bei dem Hauptmann, und so kam die Sache vor das Kriegs-

gericht. Der Anklageverteiler beantragte unter Annahme eines minder schweren Falles die bezeichnend milde Strafe von vierzehn Tagen gelinden Arrest. Der Verteidiger verlangte gar Freisprechung! Das Kriegsgericht erkannte auf drei Wochen gelinden Arrest.

Also wenn ein Vorgesetzter einen Untergebenen zufällig be- gegnet und ihm ohne jeden Anlaß vier Ohrfeigen und eine Anzahl Mißhandlungen versetzt, so ist das ein „minder schwerer Fall“, der mit gelindem Arrest geahndet wird. Aber die preussische Armee war von jeher die klassische Stätte des Verprügelns Untergebener!

### Gegen einen alten Zollkopf

wendet sich eine Interpellation der sozialdemokratischen Fraktion der Zweiten badischen Kammer, durch welche die Regierung zur Beseitigung des Wäldegeldes auf der Rheinbrücke Mannheim-Ludwigshafen aufgefordert wird. Diese sozialdemokratische Forderung ist früher schon erfolglos erhoben worden; jetzt kam der alte Vorwand nicht mehr geltend gemacht werden, da die Pfalzbahn aus dem privaten vom 1. Januar 1900 ab in den Staatsbetrieb übergeht. Die Gebühren sollten ursprünglich zur Kostendeckung verwendet werden; sie bildeten schließlich eine Quelle zur Erhöhung der Gesellschaftsdividenden. —

### Oesterreich.

#### Der Studentenstreik.

Trotz der Erklärung der Rektoren, daß die Freiheit der Wissenschaft gesichert sei, haben die Innsbrucker Studenten beschlossen, am Streik festzuhalten. Sie verlangen, daß Bahemann noch im laufenden Semester in Innsbruck Vorlesungen halte. Bahmann selbst wird für das nächste Wintersemester als Professor nach Prag berufen. —

### Frankreich.

#### Eine Friedensrede Bichons.

Paris, 16. Juni. Auf einem heute stattgefundenen Bankett der Alliance Republicaine-Democratique sprach der Minister des Auswärtigen Bichon über die auswärtsige Lage und führte aus: Die durch enge und solide Freundschaften gestärkte große Allianz Frankreichs hat Frankreich neue Autorität verliehen, die es einzig für den Frieden und die Versöhnung benützt hat. Kein Kriegsgedanke hat sich in die vollzogenen Annäherungen und geknüpften Entente gemischt. Die einen wie die anderen hatten kein anderes Ziel, als zur Erhaltung des Friedens beizutragen, ohne in einer Bildung von Gruppierungen, die von läbelvollen, auf die Schädigung dieser oder jener Macht hinzielenden Gedanken erfüllt sind, augenblickliche, gefährliche, unnütze Genugtuungen zu suchen. Wir haben nur im Hinblick auf die internationale Eintracht gehandelt und mit dem aufrichtigen Wunsch, die Garantien zu vermehren, ohne irgendwo Unruhe oder Feindschaften hervorzuheben. Wir haben nur den einen Wunsch, geschützt vor Komplikationen und indem wir uns vor Abenteuer hüten, unsere demokratische Arbeit fortzusetzen. Wenn unsere Truppen zeitweilig in Marokko, wo sie unser Prestige wahrten und unser Land ehrten, engagiert waren, so war das nötig wegen des Schutzes unserer Interessen, wegen der Sicherheit unserer afrikanischen Besitzungen. Wir sind und aber unserer Pflichten und Obliegenheiten bewußt und wissen, was wir uns und Europa schulden, und keine Gefahr kann für den Weltfrieden aus unserer provisorischen Intervention entstehen, die sich auf unbestreitbare Rechte stützt und die wir in der Unabhängigkeit und in der Ausübung unseres Rechtes begrenzen werden. —

### Der Streik von Bigneux.

Paris, 17. Juni. Aus Bigneux wird eine allmähliche Wiederaufnahme der Arbeit berichtet. Truppen beschützen die Pariser Streikbrecher.

### Belgien.

#### Die Provinzialwahlen.

Brüssel, 16. Juni. (Fig. Ver.)

Die Provinzialwahlen, sonst vorwiegend wenn nicht ausschließlich von lokalen Interessen beherrscht, hatten diesmal allgemeines politisches Interesse, da man eine neue Minderung des liberalen Einflusses erwartete.

Das Wahlergebnis, obgleich es nur geringe Verschiebungen brachte und die Gewinne und Verluste der Opposition sich ausgleichten, zeigt dennoch im Anwachsen der oppositionellen Stimmen eine Veränderung, des Kräfteverhältnisses der Parteien zugunsten der Opposition. Für die Liberalen ist es freilich charakteristisch, daß ihnen die Tatsache, knapp ihre Majorität aufrecht erhalten zu haben, genügt. . .

In der Provinz Brabant bleibt das alte Verhältnis, bis auf die eine Veränderung aufrecht, daß in Uccle ein Liberaler ausgeschieden ist. — In Brüssel sind die Kandidaten des liberal-sozialistischen Kartells mit großer Majorität gewählt worden, ebenso in Anderlecht, einem Brüsseler Vorort.

Größeres Interesse konzentrierte sich auf die Wahlen in Namur, wo die Liberalen die Liberalen zu stürzen hofften. Indes glücken ihre Siege dort ihre Verluste kaum aus. Auch in den anderen Provinzen, wie im Hennegau und Luxemburg, zeigt sich dasselbe Spiel von Gewinn und Verlusten.

Die Sozialdemokraten haben nicht nur ihre Situation aufrechterhalten, sondern verzeichnen nach einer Mitteilung des „Peuple“ einen Gewinn von vier Mandaten. Eine Reihe von Stichwahlen werden das Gesamtergebnis kaum wesentlich berühren.

Ergeben so die Provinzialwahlen auch im großen ganzen weder Sieger noch Besiegte, so zeigt nichtsdestoweniger ihr Resultat das Erstarren der oppositionellen Stimmen, das moralische und politische Zurückweichen der Liberalen, die auf neue Eroberungen längst nicht mehr ausweichen und als höchsten politischen Triumph preisen, noch nicht völlig verdrängt zu sein.

Uebrigens sind die Provinzialwahlen die einzigen, die von der Proportionalvertretung ausgeschlossen sind. — Sie sind wohl die letzten, die unter dem alten Schindelsystem stattfinden. — Das allmähliche aber sichere Zurückweichen des Liberalismus besetzt mit jeder Wahl immer mehr die Hoffnung auf die baldige Verwirklichung des Prinzips eines allgemeinen, gleichen und reinen Wahlrechts für alle Vertretungskörper.

### Eine heisse Frage.

Brüssel, 17. Juni. Am Schluß der heutigen Kammer-sitzung brachten die Sozialdemokraten eine Interpellation ein, worin sie an die Regierung die Frage richteten, ob sie sich angesichts des Ergebnisses der jüngsten Wahlen stark genug fühle, die Regierungsgeschäfte fortzuführen.

### Italien.

#### Der Abbruch der Verhandlungen in Parma.

Rom, den 12. Juni 1908. (Fig. Ver.)

Nach fünfzigem Waffenstillstand ist der Kampf in der Provinz Parma mit der alten Erbitterung wieder aufgenommen worden. Die Vorschläge der Einigungs-Kommission sind von den Arbeiterorganisationen der 23 an dem Streik beteiligten Ortschaften einstimmig zurückgewiesen worden. Denn, wenn diese Kommission auch eine Revision des Pachtertrages für notwendig erklärte, so ignorierte sie doch in ihren konkreten Forderungen die Ansprüche der Arbeiter vollständig. Daher waren ihre Vorschläge auch den

Agriern annehmbar erschienen, obwohl unter diesen sich Heißköpfe befanden, die verlangten, die Arbeiter sollten bedingungslos die Waffen strecken. Die wesentlichsten Einigungsvorschläge waren: Der Tarifvertrag vom Mai 1907 ist dahin zu interpretieren, daß alles Hofgefinde — ob es Vieh zu besorgen hat oder nicht — zwei Stunden täglich länger arbeiten muß als die Tagelöhner und daß der Landarbeiter einen Jahresvertrag, wenn er Familie hat, für jede weitere Stufe außer dem kontraktmäßigen einzigen Raum 20 Lire jährlich zu bezahlen hat. Weiter hat die Einigungs-Kommission vorgeschlagen, die Verpflichtungen der Arbeiter im Jahresvertrag auch auf deren Frauen auszuweiten und eine Schiedsgerichtskommission einzusetzen, die aus 3 Arbeitern und 3 Grundbesitzern bestehen soll, unter dem Vorsitz der Präsidenten des Gerichtshofes. Die Streikenden hätten somit die Arbeit wieder aufnehmen sollen, ohne ihre Interpretation des Tarifvertrages vom vorigen Jahre durchzusetzen und irgend welche Garantien für die Zukunft erlangen zu haben. Unter solchen Bedingungen hätten nur Streikende, die am Ende ihrer moralischen und materiellen Widerstandskraft waren, vom Kampfe absteigen können.

Wie es heißt, wären die Arbeiter nicht abgeneigt, neue Verhandlungen anzuknüpfen, auf folgender Basis: Einheitstarif von 27 Cent pro Stunde für die männlichen, 18 Cent für die weiblichen Tagelöhner der ganzen Provinz, 600 Lire Jahresgehalt für das Hofgefinde, für das mit Minderkraft beehrte 100 Lire mehr. Bei Beibehaltung der zwei Stunden Mehrarbeit für das Hofgefinde ohne Vieh bis zum 11. November 1908, unter der Bedingung, daß die Mehrarbeit nicht Feldarbeit sei. Abschaffung der Kategorie des Hofgefindes ohne Vieh von diesem Zeitpunkt an. Falllassen der Forderung, die die Unternehmer nötigen sollte, ihre Arbeiter nur durch die Gewerkschaft zu beziehen.

Verhandlungen auf dieser von den Arbeiterorganisationen angenommenen Grundlage sind aber noch nicht im Gange. Da der wirtschaftliche Schaden für die Provinz unermesslich groß ist, schlägt der hiesige „Messaggero“, ein demokratisches Blatt, eine Volksabstimmung im ganzen Lande vor, die zum Ende des Kampfes raten soll. Da es sich aber um einen Interessenkampf handelt, wird auch ein Plebiszit für den Frieden die streitenden Parteien nicht zum Nachgeben bestimmen. Nachgeben werden nur die, die sich am Ende ihrer Kräfte fällen.

Von diesem Punkte sind die Arbeiter noch recht weit entfernt. Wegen 2000 der Streikenden, also gegen 5 Proz., haben außerhalb Arbeit gefunden, zwischen 6 und 7000 sind in öffentlichen Arbeiten beschäftigt. Bis jetzt sind 2300 Kinder aus dem Streikgebiet verschickt worden; in dieser Woche sollen noch gegen 500 abreisen. Die Streiksammlungen haben 100 000 Lire überschritten. Mit Staunen und Bewunderung blickt das italienische Proletariat auf den Kesselfampf seiner Kameraden. Solange diese Sympathie sich in Taten äußert und der Kampfmut der Streikenden ungebrochen ist, warum sollten sie da wohl vom Kampfe absteigen? —

## England.

### Auflage des Altersversicherungsgesetzes.

London, 16. Juni. In der zweiten Lesung des Altersversicherungsgesetzes verteidigte der Schatzkanzler Lloyd George die Vorlage und gab zu bedenken, daß der Entwurf notwendigweise unvollständig und als ein Versuch betrachtet werden müßte. Das Beitragsystem sei in England nicht durchführbar. Keiner hob die Großherzigkeit hervor, die in dem Regierungsentwurf zum Ausdruck komme, und wies darauf hin, daß die höchste aufzubewehende Summe nach der Schätzung sieben und eine halbe Million Pfund Sterling sein würde. Der Liberale Cox beantragte ein Amendement zugunsten des Beitragsystems und empfahl warm das deutsche und das österreichische System.

Der Antrag wurde jedoch mit 417 gegen 29 Stimmen abgelehnt. Danach wurde die Vorlage angenommen.

## Rußland.

### Eine neue Aera Bobrikow.

Die Monarchenzusammenkunft in Neval und die leidenschaftlichen Plotten- und Militärdelationen in der Duma haben eine Frage in den Hintergrund gedrückt, die von der größten politischen Tragweite sein dürfte. Vor einigen Tagen wurde das Protokoll des Ministerrates über die Behandlung finnländischer Angelegenheiten veröffentlicht, deren Inhalt die gehegten Versärfürungen hinsichtlich der Selbständigkeit Finnlands reschiffertigt und den Anbruch einer neuen Aera Bobrikow zur Gewißheit macht.

Stolypin kündigte bereits bei der Erörterung der finnlands-Interpellationen in der Duma an, daß die gegenwärtigen Beziehungen Finnlands und des Reiches in der nächsten Zukunft geregelt werden würden. Schon damals war aus den Reden des Ministerpräsidenten und seiner treuen Gefolgschaft, der Oskobristen, ersichtlich, daß ein entscheidender Coup gegen die finnländische Autonomie geplant wurde. Daß er aber von so tief einschneidender Wirkung sein würde, daran glaubten selbst die gemäßigtesten Politiker nicht. Wie aus dem Protokoll des Ministerrates hervorgeht, sollen fast alle finnländischen Angelegenheiten nicht wie bisher durch den finnländischen Ministerpräsidenten direkt dem Zaren berichtet, sondern vorerst dem russischen Ministerrate geprüft werden. Der Ministerrat gewinnt nun an das Recht, sowohl Landtags- wie Verwaltungsgesetzentwürfe, Petitionen und Vorlagen des Landtages und des Senates zu prüfen und sein Gutachten darüber zu fällen. Er bleibt zwar der Form nach ein beratendes Organ, in Wirklichkeit jedoch gewinnt er das Recht, gegen alle Bestimmungen des finnländischen Landtages Einspruch zu erheben. Das bedeutet de facto die Aufhebung der finnländischen Autonomie und die Ausbreitung der Macht der russischen Regierung auf die inneren finnländischen Angelegenheiten.

Daß das finnländische Volk diese brutale Verletzung seiner hergebrachten Rechte und die offenkundige Rückkehr zur Bobrikowschen Gewaltpolitik nicht ruhig hinnehmen wird, versteht sich von selbst. Selbst das Organ der konservativen altfinnischen Partei, „Unsi Suometar“, bezeichnet das Vorgehen der russischen Regierung als einen Bruch der Verfassung. „Die Grundgesetze — so schreibt das Blatt — verlangen, daß das Land nur mit Beihilfe einheimischer Behörden regiert werden soll und gestatten somit nur finnländischen Behörden, öffentliche Macht in finnländischen Angelegenheiten auszuüben.“ Weit energischer drücken sich natürlich die jungfinnischen und sozialdemokratischen Blätter aus. Es herrscht allgemein die Ueberzeugung, daß die bevorstehenden Landtagswahlen und der neue Landtag die Antwort auf die Schandthaten der Zarenregierung erteilen werden.

Das mannhafte Auftreten der bürgerlichen Demokratie in Finnland hebt sich vorteilhaft ab von der kläglichen Haltung, die die „maßgebenden“ Politiker der Kadettenpartei eingenommen haben. So winkelt die „Reich“, daß man zwar „von einer vollen Wiederkehr zum Manifest vom 16. Februar 1899, welche die finnländische Konstitution aufhob, nicht sprechen könne“, daß es leicht möglich sei, daß der „gemäßigte Teil der finnländischen Politiker sich mit dieser Maßnahme noch ausöhnen werde“, daß aber dem Rechtsbewußtsein des „kleinen Volkes“ eine „schwere Prüfung“ auferlegt

werde. Darum sei es notwendig, daß die russischen Staatsmänner Gall machten und jeden weiteren Schritt sorgfältig erwägten. . . Das ist alles, was die Wortführer des russischen Liberalismus, die auf ihre Dienste bei der Einleitung der englisch-russischen Annäherung so stolz sind, angeht des jüngsten Verfassungskrisis des meinedigen Zaren und des Ausbruchs einer neuen Aera Bobrikow zu sagen vermöchten. —

## Eine neue Anleihe.

Petersburg, 17. Juni. Finanzminister Kolochoy brachte in der Reichsduma einen Gesetzentwurf ein, der den Finanzminister ermächtigen soll, bereits vor Genehmigung des Reichsbudgets für 1908 eine innere Anleihe bis zur Höhe von etwa 200 Millionen Rubel aufzunehmen.

## Die sibirische Bahn.

Petersburg, 16. Juni. Die Reichsduma hat die Vorlage des Wegebauministers betreffend den Bau des zweiten Stranges der sibirischen Bahn, dessen Kostenschlag 127 Millionen Rubel beträgt, angenommen.

## Marokko.

### Mulay Hafid an der Regierung.

Paris, 17. Juni. Aus Fez wird gemeldet, daß Sultana Ben Bagdadi, sein Bruder Modani und 11 Kotalen aus dem Stamm der Bagdadi als Gefangene nach Marakech gebracht worden sind. El Glani wurde zum Großvezir, Venkelbong zum Justizminister, der Vnder Glanis zum Kriegsminister und Ben Daoud zum Gouverneur von Marakech ernannt. Mulay Hafid hat sich gestern mit seiner Cousine, der Tochter Mulay Jemalis, vermählt. Er ließ die elektrischen Anlagen, die Automobile und alle Gegenstände europäischen Ursprungs, die Abdul Afis gehörten, zerstören. —

## Amerika.

### Das Wahlprogramm der Republikaner.

Chicago, 16. Juni. Die der heute eröffneten nationalen republikanischen Konvention in der heutigen Versammlung unterbreitete Plattform tritt ungewidert für die Politik Roosevelts ein und verlangt energisch eine Tarifreform, welche einen Ausgleich der Hölle dahin herbeiführt, daß dem Konsumenten die günstigsten Preisverhältnisse gesichert werden, Hand in Hand mit dem Schutze der heimischen Industrie und der heimischen Arbeit. Die Hölle mühten der Differenz zwischen den europäischen und den amerikanischen Produktionskosten einschließlich eines angemessenen Gewinns für den amerikanischen Unternehmer entsprechen. Das Prinzip des Schutzes wird im allgemeinen angenommen. Das Programm empfiehlt eine Abänderung des Antitrustgesetzes dahin, daß die Eisenbahngesellschaften in den Stand gesetzt werden, verständliche Verkehrsabmachungen einzugehen, ohne gerichtliche Verfolgung zu riskieren. Dann tritt sie energisch ein für eine fortgesetzte Entschärfung der Flotte einschließlich einer andauernden Vermehrung der Linienfahrzeuge zum Zweck des Schutzes der amerikanischen Interessen im Ausland und zur Stütze für die Monroe doktrin. Endlich spricht sie sich für die Aufrechterhaltung der Armees auf der gegenwärtigen Grundlage aus.

Nach der Eröffnung gab Bundes Senator Burrow einen Ueberblick über die republikanischen Erzeugnisse der letzten vier Jahre. Als er den Namen Roosevelts erwähnte, erscholl langanhaltender Beifall. Burrow führte aus, die republikanische Partei begünstige solche Tarifrevision, wie sie die veränderten industriellen Zustände in Amerika und im Ausland erforderten, jedoch unter Beobachtung des Hauptgesichtspunktes des Schutzes der amerikanischen Industrie. Burrow erörterte ferner die jetzige Weltmachstellung Amerikas, deren Einfluß im Interesse des Friedens und der Veredelung der Menschheit ausgedehnt werde.

## Aus der Partei.

### Die Eröffnung des Pressebureaus

ist für den 15. Juli in Aussicht genommen. Mit der Leitung des Bureaus wurde durch Beschluß des Rates und des Parteivorstands der Genosse Emil Eichhorn betraut. Gemäß dem Beschluß des Effener Parteitags wird die Parteikorrespondenz von dem neuen Institut herausgegeben. Sie erscheint vom 1. Juli ab nur noch vierzehntäglich. Die Redakteure der Parteikorrespondenz arbeiten im Pressebureau mit. Untergebracht wird das Bureau im Hause Lindenstraße 69.

### Aus der französischen Partei.

Am Sonntag trat der Generalkonvent der geeinigten Partei zu einer Beratung zusammen, die hauptsächlich der Feststellung der Tagesordnung des Parteitags galt, der in der ersten Hälfte des Oktober in Toulouse stattfinden wird, in unmittelbarem Anschluß an den in Marseille tagenden Kongreß der Arbeitskonföderation.

Aus den vom Parteisekretär Dubreuilh erstatteten Berichten ist besonders der über die Gemeindevahlen hervorzuheben. Bislang haben 55 Parteiföderationen die von der Verwaltungskommission ausgehenden Fragebogen zurückgeschickt. Danach waren in 760 Gemeinden vollständige oder unvollständige sozialistische Listen aufgestellt, und in 380 Gemeinden wurden Ergebnisse erzielt. Im ersten Wahlgang wurden 1961 sozialistische Gemeinderäte gewählt. Im zweiten Wahlgang drangen in 210 Gemeinden 941 Parteigenossen durch. Bei einer mäßigen Schätzung der Resultate in den Gebieten der zanzig Föderationen, die ihre Antworten nicht eingereicht haben, kommt man zu einer Gesamtziffer von ungefähr 8500 sozialistischen Gemeinderäten. Angesichts dieses Resultats kann man von einer Niederlage des Sozialismus nicht sprechen. Wohl aber, meinte Dubreuilh, läßt sich von einem Zurückweichen der Demokratie sprechen. Die Führer der radikalen Partei sind nach rechts abgewandert und ihre Wählerschaften desgleichen. Wenn die ausgeprochen reaktionären Parteien gewonnen haben, geschah das auf Kosten des Radikalismus, nicht auf Kosten des Sozialismus. Die Demokratie und die Republik selbst werden immer mehr auf die Kraft der sozialistischen Arbeiterklasse allein angewiesen, die um ihrer Zukunft willen die politischen Freiheiten verteidigt.

Die Diskussion über die Berichte war sehr lebhaft, da Genosse Braze die Frage der selbständigen Aktion der Partei und das Verhältnis zur Arbeitskonföderation anschnitt. In der Seineföderation ist nämlich eine Tendenz vorhanden, die Rolle der Partei zugunsten der Arbeitskonföderation einzugewinnen und in dieser die Organisation zu erbilden, die eigentlich alle Aufgaben der proletarischen Revolution zu übernehmen bestimmt ist. Diese Vorliebe für die Auffassungen des Syndikalismus, die namentlich auch in der „Humanité“ zur Geltung kommt, hat zuletzt dazu geführt, daß die Verwaltungskommission der Partei nach dem Wutbad von Drabeil sich mit einer farblosen Resolution begnügte, im übrigen aber die ganze Protektion der Arbeitskonföderation anheimgab, deren jetzige Leiter sie zu antiparlamentarischer und anarchischer Agitation ausnützten. Das Protestmeeting im Manege-Saint-Paul gipfelte in demagogischen Angriffen auf die sozialistischen Abgeordneten und kindischen Drohungen gegen das Parlament und endigte in sinnlosem Rabau. Anarchistische Sturmkolonnen aber, die in das Streikgebiet zogen, richteten unverantwortlichen Unfug an, der die Situation der Regierung gegenüber den sozialistischen Interpellanten verbesserte und dem Ministerpräsidenten, wenn auch keine Rechtfertigung des Arbeitermordes, so doch die Ausrede auf Genetätigkeiten der Arbeiter lieferte. Es ist in der Tat unleugbar, daß eine zweite Katastrophe nur durch

die Kalblütigkeit der Beamten vermieden wurde, und das Lob für den standhaften Unterpräsidenten, dem die anarchischen Ausflüchter einen Revolver an die Stirne setzten, verdient keine Anfechtung. In weiten Kreisen der Partei aber wurde die Verärgerung über die Folgen rege, die das wohlwollende Stillschweigen gegenüber dieser Indiscipline, welche sich bis zur Erhebung von Durchfahrtszöllen von den das Streikgebiet durchquerenden Automobilen erstreckte, für den Geist in den Organisationen haben muß. Diese Stimmung fand besonders scharfen Ausdruck in einem Artikel, den Genosse Kappoport in der letzten Nummer des „Socialisme“ veröffentlichte und der über den Kreis der Freunde Guesdes hinaus Zustimmung fand. Der Artikel protestiert gegen die freiwillige Unterordnung der Partei unter die anarchischen oder anarchisierenden Leiter der Konföderation, die gerade jetzt übermenschliche Anstrengungen machen, um den Bergarbeiterverband den Eintritt zu versagen und so ihre erkünstelte Mehrheit zu erhalten. Die Partei müsse endlich die Beschlüsse der Internationalen befolgen und das Tischbuch zwischen sich und den Anarchisten verschneiden.

Um die in diesem Artikel entwickelten Gesichtspunkte bewegte sich die Diskussion, die allerdings resultarlos abgebrochen wurde. Die Frage aber drängt nach der Entscheidung und sie wird zweifellos den Parteitag beherrschen.

Eine ganze Reihe von Föderationen hat Anträge eingebracht, die auf die Rolle der sozialistischen Abgeordneten und auf die Bedeutung der sozialen Gesetzgebung Bezug haben. Sie werden zusammen als erster Punkt der Tagesordnung unter dem zusammenfassenden Titel: Die Aktion der sozialistischen Partei verhandelt werden.

Als zweiter Punkt wurde die Aenderung des Parteistatuts angelehrt, als dritter die Agrarfrage. Der Kongreß in Limoges im Jahre 1906 hatte die Aussendung von eingehenden Fragebogen über dieses Thema beschlossen. Es ist eine genügende Anzahl von Antworten eingetroffen, um dem Genossen Compère Morel, dem bekannten Vorkämpfer der Landagitation, die Ausarbeitung eines auf diese Erhebung gestützten Berichtes zu ermöglichen.

Von den übrigen Beschlüssen ist noch zu erwähnen: Eine Beglückwünschung der preussischen und der belgischen Genossen zu ihren Wahlen, eine Sympathieerklärung für die streikenden Landarbeiter der Provinz Parma sowie für die in Mailand verhaftete Genossin Sorgue, die derzeit der Herbeistückenden Gruppe angehört.

Bailiant berichtet über ein Schreiben, das er in seinem Namen sowie in dem des zweiten Delegierten Jaurès an das internationale Bureau gerichtet hat. Es lautet: „Die Frage, die uns interessiert und die wir auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung zu setzen beantragen, ist folgende: Die kombinierte Aktion der Proletarier und Sozialisten der betroffenen Länder, um den europäischen und kolonialen Konflikten vorzubeugen, womit die Regierungen, mittels ihrer Vereinbarungen, Veruneinigungen und Intrigen sie bedrohen.“

Ueber die angelegentlichsten Freundschaftsbeziehungen zwischen dem Präsidenten der Republik und dem Zaren beschloß die Versammlung folgende vom Genossen Conguet vorgelegte und von den Vertretern einer großen Zahl von Föderationen unterzeichnete Resolution:

„Der Nationalrat erklärt, daß die französische sozialistische Partei, getreu der Pflicht der internationalen sozialistischen Solidarität, sich mit Empörung gegen den Versuch des Herrn Fallières beim russischen Autokraten erhebt, der in einem Augenblick stattfinden soll, wo die zarische Regierung die Erschließung, die Denkart und die Deportationen nach Sibirien vervielfacht. Er fordert nach dem Beispiel der italienischen und neuesten der englischen Arbeiter die Parteioorganisationen auf, den Protest zur Durchführung zu bringen. Er erklärt, daß, falls der Zar Nikolaus, wie man angeündigt hat, nach Frankreich käme, das ganze Proletariat sich erheben würde, um den Henkern des russischen Volkes seinen ganzen Haß und seine Verachtung kundzugeben.“

Die Resolution wurde einstimmig unter lebhaften Beifall angenommen.

Der Nationalrat beschloß weiter, die Stellung eines „Attaches des Kabinetts“ in einem Ministerium, die nicht die eines bezahlten Arbeiters, sondern die eines persönlichen Dienstleistungen zu erklären, und forderte die Föderation auf, gegen ihre Beschlüsse Trotz bietenden Mitglieder mit dem Ausschluß vorzugeben. Zum Schluß beauftragte die Versammlung das Bureau mit der Abfassung einer Resolution gegen die Regierungspolitik und das marokkanische Abenteuer.

## Aus Industrie und Handel.

### Börsenkurse im Mai.

Wie eine Aufstellung der „Frankf. Ztg.“ deutlich zum Ausdruck bringt, brachte die Erleichterung am Geldmarkt im Monat Mai teilweise ein Hinusschlagen der Kurse der festverzinslichen Werte, während die Industriepapiere im allgemeinen ihren Preisstand nicht behaupten konnten. Die Aufstellung umfaßt die Hälfte der gehandelten Börsenwerte und zeigt die folgenden Kursveränderungen:

	1908		1907
	Mai	April	Mai
Deutsche Staatsanleihen	89,08	88,15	89,79
Deutsche Provinzial- u. Kreisaml.	91,85	91,84	94,39
Deutsche Kommunalanleihen	93,48	93,63	95,51
Ausländ. Staats- u. Kommunalanl.	90,83	89,40	88,82
Reisepapiere	164,07	163,75	161,85
Kommunale u. landschaftl. Pfand- u. Rentenbriefe	91,01	90,71	93,05
Hypothek.-Pfandbr. u. Oblig.	92,75	92,20	94,03
Deutsche Eisenbahnprior.-Oblig.	94,31	94,61	96,14
Ausländ. Eisenbahnprior.-Oblig.	83,09	82,80	83,65
Klein- u. Straßenbahn-Oblig.	91,72	91,65	92,57
Obligations von industriellen u. Bergwerks-Gesellschaften	96,79	96,68	98,23
	90,89	90,23	90,67

Der Durchschnitt im Mai d. J. geht sowohl über den des Vormonats wie auch über den des Mai im Jahre 1907 hinaus. Eine andere Entwicklung läßt die folgende Zusammenstellung erkennen.

	Kursstand		
	Mai 1908	April 1908	Mai 1907
Bergbau, Hütten und Salinen	182,83	186,76	205,11
Steine und Erden	179,85	183,42	192,28
Metalle und Maschinen	175,02	174,73	168,06
Chemische Industrie	315,68	317,58	297,57
Textilgewerbe	134,89	134,85	145,06
Papier	123,64	131,27	150,95
Leder	135,19	134,84	152,86
Holz und Schnitzstoffe	241,01	237,79	227,90
Nahrungsmittel und Genussmittel	190,80	190,18	191,90
Baugewerbe	125,17	121,96	118,47
Bankaktien, deutsche	154,17	154,14	152,50
Bankaktien, ausländische	159,44	158,21	177,54
Versicherungsgewerbe	449,58	442,78	448,57
Verkehrswesen	106,82	105,11	112,07
Sonstige Gewerbe	148,92	148,54	177,08
	145,74	145,29	140,67

Daß der Gesamtdurchschnitt im Mai des Vorjahres den des Vormonats noch um etwas überholt hat, ist eine Folge des günstigen Standes der deutschen Bankaktien und des etwas gestiegenen Kurzes der Metallindustrie- und Maschinenfabrik-Aktien. Recht merkwürdig ist der Rückgang der Werte der Montanindustrie.

**Bereinigtes Holz- und Leinwandmarkt.** Der Bruttoertrag der Monate Januar bis März 1908 betrug nach Abzug der Zentralverwaltungs- und Obligationen 1792 918,88 Mark, blieb gegen den entsprechenden Zeitraum des Vorjahres um 211 868,05 Mark zurück. — Der Gesamtbruttoertrag der drei ersten Viertel des laufenden Geschäftsjahres beläuft sich auf 5 628 007,88 Mark und ist trotz höherer Wertgewinne gegen das Vorjahr um 140 738,82 Mark niedriger wegen erhöhter Zinsenlast.

**Der nord- und ostdeutsche Holzmarkt.** Das Geschäft ist noch immer flau, denn wenn auch fiskalische Bauten in letzter Zeit in Angriff genommen wurden, so genügt diese doch nicht, um den zahlreichen Holzfirmen Beschäftigung zu bieten. Es fehlt eben an der regen Tätigkeit der privaten Bauunternehmer. Daß die Absatzverhältnisse auf dem Holzmarkt ungünstig sind, zeigt sich übrigens auch beim Holzeinkauf. Die Schlaghändler haben im Jahre 1907 ihre Lager reichlich mit Ware angefüllt, ohne Rücksicht auf den eingetretenen Geschäftsrückgang, und müssen sich daher vor allem bemühen, ihre alten Bestände zu veräußern, bevor sie den zahlreichen Angeboten, die von den ostdeutschen Sägewerken in frischen Einschnitten gemacht wurden, Beachtung schenken. Die Vorfrist des Holzhandels ist auch an den zurückgehenden Preisen bei den Terminen der ost- und norddeutschen fiskalischen Waldungen sichtbar. Ramentlich für geringere Holzarten werden nur niedrige Gebote abgegeben; in vielen Fällen müßten sogar Submissionen aufgehoben werden, da die eingegangenen Gebote nicht die Billigung der Behörden fanden.

**Der Saatenstandsbericht des österreichischen Ackerbauministeriums** für Mitte Juni stellt eine gute, zum Teil sehr gute Pflanzung in Aussicht. Die Winterfrüchte stehen gut, auch sehr gut, insbesondere Winterweizen und auch Winterroggen. Die Sommerfrüchte zeigen eine gute Entwicklung. Gerste und Hafer stehen befriedigend, Weizen ist in bester Entwicklung, daselbe gilt für Kartoffeln. Die Futterrüben weisen einen guten und sehr guten Stand auf, Lein und in den Süden durch Insekten; das Vereinzeln hat begonnen. Kleewiesen meist vorzüglich, Weinstock ausgezeichnet.

## Soziales.

### Schmiergeldernutzen.

Einen besonders traurigen Fall unlauteren Geschäftsgebarens veröffentlicht die „Deutsche Juristen-Zeitung“. Die Papiergroßhandlung J. Wilhelm Kubewille bietet Anwalts-Bureauvorstehern 10 Prozent auf alle Aufträge seitens ihrer Chefs. Die Firma bezieht sich dabei auf ein Inserat in der „Juristen-Zeitung“. Diese „Juristen-Zeitung“ ist ein in Ausstattung, Format usw. der bekannten „Deutschen Juristen-Zeitung“ täuschend nachgemachte Zeitung. Die bekannte Juristen-Zeitung hat die geeigneten Schritte gegen die Nachahmung unternommen. Unsere Leser entnehmen sich, daß auch wir vor wenigen Monaten gegen eine Nachahmung, die sich unseren Titel beilegte, vorgehen mußten und mit Erfolg vorgegangen sind.

### Vom Kinderelend auf dem Lande.

Seit Jahrzehnten schon kämpft die Sozialdemokratie einen bitteren Kampf um das kindliche Elend auf dem Lande. So leicht läßt sich der ostelbische wie der westliche Agrarier seine billigsten und willigsten Arbeitskräften nicht nehmen. Fast schimmer noch ist es aber, wenn die Eltern selbst ihre Kinder im zartesten Alter schon mit ins Arbeitsjoch spannen und sie zwingen, die ganze von der Schule freigelegene Zeit und oft noch mehr als diese draußen auf dem Acker in Wind und Wetter, bei Hitze und Kälte ihre schwachen Kräfte zu opfern. Gewiß mag ja die Lage vieler ländlicher Kleinrentner — auch hier dank dem Großkapital — eine wenig beneidenswerte sein und sie mögen glauben, ohne die Mithilfe ihrer Kinder nicht durchkommen zu können. Man trübt sich dann mit der alten Redensart, daß das Schaffen und Sichregen in der freien Natur doch nur gesund sei. Aber das ist bei dem über die jugendlichen Kräfte hinausgehenden Maße der zu leistenden Arbeit ein verhängnisvoller Irrtum und dann vergißt man ganz die plötzlichen Gefahren für Leib und Leben, die als sogenannte Betriebsunfälle auch in der Landwirtschaft die Kinder im höchsten Grade bedrohen. Und wenn dann ein solcher Unfall eingetreten ist, und die Eltern wenden sich an die Berufsgenossenschaft, da werden sie sogar häufig abgewiesen und statt der angeblich nicht zu entbehrenden Arbeitskraft haben sie nun einen elenden Krüppel zu Hause.

Zwei Fälle, mit denen sich jüngst das Breslauer Schiedsgericht für Arbeiterversicherung zu befassen hatte, sind außerordentlich lehrreich hierfür. In einem Dorfe des Kreises Groß-Wartenberg hatte ein zehnjähriges Schulmädchen seiner Mutter beim Kartoffelgraben zu helfen, indem es die Kartoffeln in Körbe schütten und nach einem ziemlich engeren stehenden Wagen schleppen mußte. Bei dieser schweren Arbeit passierte es, daß der Schuh dem Kinde den Fuß etwas auftrieb. Trotzdem befaß die Mutter dem armen Buben, die Arbeit fortzusetzen. Am Abend aber war der Fuß fast angeschwollen und da ärztliche Hilfe sofort nicht beschafft werden konnte, stellte sich eine bis zur Hüfte sich ausdehnende Knocheneiterung ein, die mit den schrecklichsten Schmerzen verbunden war und schließlich zur Amputation des Fußes vom Unterschenkel führte. Der Vater der Kleinen beanspruchte als versicherter ländlicher Betriebsunternehmer Unfallrente. Der Kreisaustrich aber lehnte sie ab, einmal, weil in dem Reiben der Schuhe kein Betriebsunfall zu erblicken sei und dann, weil die Knocheneiterung nicht mit jener Reibung im ursächlichen Zusammenhange stehe. Der Vater verklagte den Kreisaustrich vor dem Schiedsgericht. Es war ein erschütterndes Bild, wie der Bedauernswerte sein verkrüppeltes Kind auf dem Arme dem Gerichte zeigte. Vergeblich war sein Hinweis, daß die Reibung durch das Schleppen der schweren Körbe entstanden sein müsse. Die Klage wurde abgewiesen. Nicht einmal die recht erheblichen Reisekosten nach Breslau wurden dem Armen erstattet.

In dem zweiten Falle hatte eine Stellenbesitzerin ihre zwölftjährige Tochter zum Grasmähen mitgenommen. Das Kind mußte das gehauene Gras sammeln und auf einen Karren tragen, den die Mutter vor sich her stieß. Dabei stolperte sie aber, der Karren fiel in einen Teich und zog die Frau mit ins Wasser. Sie wäre ertrunken, wenn ihre tapferen Kinder ihr nicht zu Hilfe gesprungen wäre. Dabei verletzte sich die Kleine an der Hand, aber so empfindlich, daß sie vom November bis zum Mai im Krankenhaus zubringen mußte und dauernden Schaden an ihrer Gesundheit erlitten hat. Auch hier lehnte der zuständige Kreisaustrich die Gewährung einer Unfallrente ab, weil ein Betriebsunfall nicht vorliege. Obgleich nun sogar der Bezirksarzt begutachtete, daß für die erste Zeit die Vollrente und für die Zukunft 33 1/2 Prozent zu zahlen seien, kam das Schiedsgericht doch nicht zu einer Anerkennung. Es will erst noch einmal den behandelnden Arzt hören, und schließlich wird auch das Gericht wohl das Vorliegen eines Betriebsunfalles verneinen.

### Aus dem Reiche der Metzgermeister.

Dem bereits in Nr. 183 des „Vorwärts“ vom 10. Juni kurz besprochenen Geschäftsbericht der Fleischereiverbandsorganisation für 1907 entnehmen wir noch nachstehende interessante Einzelheiten. Der Bericht meldet die schon erwähnten hohen Unfallziffern und meint trauernd: „Ja, es zeigte sich schon verschiedene Male, daß auch Unfälle, deren Folgen die Verletzten zur Geltendmachung eines Anspruches wohl berechtigt hätten, nicht gemeldet worden sind und die Verletzten aus diesem Grunde ihrer Ansprüche verlustig gingen. Man ist sich offenbar noch nicht überall darüber klar geworden, daß die Berufsgenossenschaften verpflichtet sind, berechnete Forderungen, Entschädigungsansprüche, von Amts wegen festzustellen, also nicht erst darauf warten zu lassen, bis der Verletzte seinen Anspruch geltend macht“. Sehr richtig. Nur üben fast alle Berufsgenossenschaften

keine Praxis und trennen sich dann königlich, wenn der unwissende Verletzte die Verjährungsfrist verläßt.

Die Unfallstatistik des Berichtes ergibt, daß von den gemeldeten Unfällen nur 1120 entschädigt wurden, die 1062 männliche und 58 weibliche Arbeiter betrafen. Unter 16 Jahren waren noch 89 Verletzte, unter 20 Jahren 308, während nur 5 Verletzte das 70. Lebensjahr erreicht hatten.

Das Unfallvermögen innerhalb der ersten 13 Wochen des Unfalles wurde nur in 15 Fällen von der Berufsgenossenschaft übernommen und hierfür ganze — 403 Mark verausgabt!

Die Aufsichtsberechtigten der Berufsgenossenschaft erwähnen in ihrem Bericht ausdrücklich: „Bedeutenderweise hat die Beschäftigung jugendlicher Arbeiter an gefährlichen Arbeitsmaschinen außer vierzehn Unfällen leichter Art, zehn schwere Unfälle gezeitigt, durch die mehrfach der Verlust ganzer Hände zu beklagen war.“ Ferner: „Bei der geringen Zahl des Aufsichtspersonals — 8 Beamte für 58 500 Betriebe — kam naturgemäß nur ein kleiner Teil des überaus großen Bezirkes in einem Jahre Erlebigung finden“. Sehr richtig! Man will aber doch keine ausreichenden Revisionen der Betriebe. Amüsant ist es auch, daß die Beamten schreiben: „Die Betriebsrevisionen fanden zwar im allgemeinen ohne vorherige Benachrichtigung der Unternehmer statt. Nichtsdestoweniger ist in vielen Fällen den Mitgliedern die Anwesenheit der technischen Aufsichtsberechtigten bekannt gewesen. Es bringt dies der Verkehr mit den oft auf den Schlachthöfen geführten Innungen, Krankenkassen, die Revision der Schlachthöfe und der Verkehr mit den Dbermeistern und den Vertrauensmännern mit sich“. So kamen die „unberhofften Revisionen“ zu stande... Besigelt wurden wieder 4677 Mängel, obgleich nur drei Beamte tätig waren. Die Zahl der revidierten Betriebe wird merkwürdigerweise nicht angegeben. Bemerkenswert ist hier: „Es zeigt sich, daß eine einmalige Revision der Betriebe nicht genügend ist, daß vielmehr nachgeprüft werden muß, ob die gefundenen Mängel auch tatsächlich beseitigt sind.“ Natürlich. Deshalb hat man ja auch nur drei Beamte angestellt! Sehr richtig bemerkt jedoch der Genossenschaftsvorstand selbst im Bericht: „Es ist eine recht mißliche Sache, wenn junge Leute, die sich dem Fleischergewerbe widmen wollen oder mit Erfolg gewidmet haben, durch den Verlust oder Verfrümmelung wichtiger Gliedmaßen für ihr ganzes Leben auf das schwerste geschädigt werden. Der Bezug einer Rente bietet ja niemals einen vollen Ersatz für die in Verlust geratene Erwerbsfähigkeit“. Und trotzdem so jaghaft in der Unfallverhütung? In 839 Betrieben wurde die Anleitung für erste Hilfeleistung „nicht vorgefunden“ und in 227 Fällen das Fehlen von genügendem Verbandsmaterial beanstandet. Auch meldet der Bericht lautmäßig: „Gesundheitsschädlichen Einflüssen sind die Beschäftigten der Fleischerei-Berufsgenossenschaft nicht ausgesetzt“. Einige Zeilen oben klagt aber der Beamte: „Eine Arbeiterin gibt an, daß sie eine Lungenerkrankung sich dadurch zugezogen habe, daß der Unternehmer trotz ihrer Einwendungen sie veranlasste, in einer mit Rauch gefüllten Rauchkammer Gänsebrüste aufzuhängen. Auf ihre Entgegnung, daß dies des Rauches wegen nicht möglich sei, hat der Unternehmer geantwortet: „Na, Ihr seid ja versichert!“

So der Bericht selbst! In drei Stunden war aber trotzdem die jährliche Genossenschaftsversammlung zu Ende. Alles war in „bester Ordnung“, wie sich die Unternehmer ja selbst bescheinigen. Der Vorsitzende der Berufsgenossenschaft erhält für seine „Wartung“ pro Jahr 3500 M. Entschädigung! Sehr zufrieden konnte dieser Herr mit den Erfolgen der Berufsgenossenschaft im Streitverfahren sein. Die Schiedsgerichte erledigten 299 Berufungen der Verletzten zugunsten der Berufsgenossenschaft und nur 71 zugunsten der Verletzten. Auch das Reichversicherungsamt war nicht „untätig“ und entschied 80 Male zugunsten der Berufsgenossenschaft und nur 24 zugunsten der Verletzten, oder deren Hinterbliebenen.

## Gewerkschaftliches.

### Die „Rot“ der Zwischenmeister.

Fast möchte man daran glauben, wenn man die soeben erschienene Nr. 1 der „Konfektion“, eines Blattes des neugegründeten Zwischenmeister-Bundes liest.

Wenn z. B. die „Konfektion“ von „unwahren Vorkämpfern der Heimarbeiter-Ausstellung“ schreibt oder von der „eigentlichen Lage“, in der die Zwischenmeister allein sich befinden, oder von „widerstandsloser Masse, die zu vernichten sehr leicht schien“ usw., so charakterisiert das einen Geist der Ueberhebung sondergleichen. Und wenn das Blättchen von Kollegen und Kolleginnen spricht, „denen das Messer noch nicht weit genug an der Kehle sah, um für ihre eigene Existenz etwas befürchten zu müssen“, dann klingt das wie Hoch über die armen Heimarbeiter.

Wir sehen schon im Geiste die armen Zwischenmeister, durch die überaus hohen Forderungen der Arbeiter — Stundenlöhne von 20—25 Pf. sind schon sehr hohe — gezwungen, mit dem Wettkampf in der Hand die Regierung um Hilfe anzusehen.

In unzähligen Verammlungen, in vielen Zeitungsartikeln ist festgestellt worden, daß die Heimarbeiter-Ausstellung, auch nach der Konfektion anlangt, noch zu läche Bilder gezeigt hat, daß sie gar nicht erschöpfend all das Elend, die Not, den Jammer unserer Heimarbeiter und deren Familien wiedergeben konnte. Und nun kommen die Herren her und gründen einen Bund, um besser gegen das Heimarbeiter-Gesetz Stellung nehmen zu können. Der Bund bezweckt weiter die Förderung der gewerblichen Interessen seiner Mitglieder.

Gewöhnlich machen das die Herren Zwischenmeister so: Haben sie z. B. 50 Pf. Lohnzuschlag für ein Duzend Blusen erzielt, so wandern davon natürlich 45 Pf. in ihre eigene Tasche und die Arbeiterin, die einzig und allein die ganze Schwere der Heimarbeit zu schmecken hat, erhält sage und schreibe 5 Pf.

Gewiß gibt es auch noch anständige, humane Zwischenmeister, die im besten Einvernehmen mit ihren Arbeitern leben, die auch gern die eventuell errungene Lohnzulage mit dem Arbeiter teilen. Aber sie sind eben leider nur seltene Ausnahmen.

Wenn die Zwischenmeister, die angeblich den gewichtigsten Faktor in der Konfektionsbranche bilden, sich darüber aufregen, ob der eigentlichen Lage, in der sie allein sich befinden, so sollen sie sich gefast sein lassen, daß wir das Zwischenmeisterstystem allerdings als den schlimmsten Parasit des Heimarbeiters betrachten. Und um dagegen energisch den Kampf zu führen, ist es notwendig, alle Heimarbeiter der zuständigen gewerkschaftlichen Organisation, dem Verband der Schneider und Schneiderinnen, zuzuführen.

Das ist die beste Antwort auf den Kampfruf der Zwischenmeister!

### Berlin und Umgegend.

Der Streik der Schlosser bei der Firma Tenner dauert nun schon zirka drei Wochen, und trotzdem die Firma durch diesen Streik einen nicht unbeträchtlichen Schaden erfahren hat, ist die Betriebsleitung durchaus nicht zu bewegen, den Streikenden ihre Forderungen zu bewilligen. Die Betriebsleitung will durch ihre ablehnende Haltung wohl den Anschein erwecken, als wenn sie durch die Arbeitswilligen, welche in der letzten Zeit die Plätze der Ausständigen besetzt haben, einen genügenden Ersatz für die Streikenden bekommen habe, die Streikenden wissen es aber besser, wie es mit diesem „Ersatz“ aussieht. Vor einigen Tagen ist eine Kommission aus den noch im

Betriebe beschäftigten Arbeitern bei der Firma zwecks Beflegung des Streiks vorstellig geworden. Jedoch diese Vermittlung ist den betreffenden Kollegen sehr schlecht gelohnt worden. Der Inhaber der Firma, ein Herr Reich, lehnte nicht nur jede Verständigung ab, sondern erklärte, daß in Zukunft eine ganz andere Behandlung der Arbeiter eingeführt wird! Die Sache werde noch schärfer gehandhabt werden!

Auf Grund dieser Erklärung haben sich die Kollegen aus dem Maschinenbau veranlaßt, aus Solidarität für die Streikenden ebenfalls die Arbeit niederzulegen. So hat es die Firma durch ihre halbstarke Ablehnung selbst verschuldet, wenn sie durch die Arbeitsniederlegung dieser Kollegen abermals materiellen Schaden erlitten hat.

Die Haltung der Streikenden selbst ist musterhaft und die Kollegen haben alle Veranlassung, frohen Mutes in die Zukunft zu blicken. Alle Metallarbeiter aber ersehen wir, im Interesse des Abwehrkampfes unserer Kollegen jedes Arbeitsangebot, ob dieses direkt von der Firma oder von anderer Stelle an sie gerichtet wird, strikte abzulehnen.

Die Firma Tenner, Lehferstr. 18/19, ist gesperrt.

Deutscher Metallarbeiterverband.  
Ortsverwaltung Berlin.

### Deutsches Reich.

#### Entschundene gelbe Herrlichkeit.

Ueber ein halbes Jahr dauerte der Kampf, den der Verband der Steinarbeiter um das Koalitionsrecht seiner bei der Firma Köhler in Reichen beschäftigten Mitglieder kämpfte. Köhler hatte von seinen Arbeitern den Austritt aus der modernen Organisation und den Beitritt zu einem von ihm zu gründenden Betriebsverein (einer Art gelber Unterstützungsverein) verlangt. Es gelang Köhler damals, durch Annoncen und Agenten ein paar hundert Arbeitswillige zusammenzubringen. Der Kampf wurde vom Verband eingestellt. Köhler machte aber mit den arbeitswilligen Elementen die allertraurigsten Erfahrungen, hielt aber trotzdem an seiner Organisationsfeindschaft fest; denn er stellt in dem eifrigen Versuch an einen Vorkämpfer in der Lausitz, die Arbeit bei ihm aufzunehmen, die Bedingung, daß er fleißig und rechtschaffen ist und keinem Verbandsangehörigen, insbesondere nicht dem Verbands der Steinarbeiter Deutschlands. Er verspricht ihm noch lohnende und dauernde Arbeit. Dem Briefe lag ein Aufruf bei, in dem die Tatsachen während der Aussperrung auf den Kopf gestellt waren, wie auch die Durchschnittslöhne in verlockender Höhe darauf bezeichnet waren. Der also Unworbene, ein organisierter Arbeiter, fragte dann bei Köhler an, ob er für die im Aufruf angegebenen Löhne garantiere und die Reisekosten zahle. Da kam aber der hintere Bote nach und zu Ruh und Frieden derjenigen, die etwa auch Arbeitsangebote aus Reichen bekommen sollten, sei dieser Brief hier wörtlich angeführt:

„Aus Ihrem Schreiben vom 14. d. Mts. ersehe ich gern, daß Sie nicht abgeneigt sind, die Arbeit als Pfostensteinbohrer bei mir aufzunehmen, und erwidere ich Ihnen, daß ich allerdings für den in dem Aufruf angegebenen Lohn nicht garantieren kann, denn es liegt doch wohl ganz in Ihrer Geschicklichkeit und Ihrem Fleiß, welche Löhne Sie wöchentlich erzielen. Jedenfalls ist der Durchschnitt der im Aufruf angegebenen Löhne aus den Berufsgenossenschaftslisten ausgerechnet, so daß Sie schon mit einem guten Verdienst bei mir rechnen können.“

Die Reisekosten zu vergüten, bin ich auch nicht in der Lage, weil es mich zu weit führen würde, wenn ich alle diese Ansuchen genehmigen wollte. Es sind Leute aus Oberösterreich nach hier gezogen und haben auch ihre Familien auf ihre Kosten nachkommen lassen, so daß ich denke, daß auch Sie die Kosten nicht zu scheuen brauchen, um nach hier zu ziehen. Jedenfalls sollte es mich freuen, wenn Sie nach hier kommen könnten, und bleibe ich Ihres Eintreffens gewärtig.“

Es verharret

Hochachtungsvoll

pa. Rechner Granitwerk.  
Oswald Köhler.“

Der Arbeiter verzichtete natürlich. Es war ihm nur darum zu tun gewesen, die Versprechungen des Herrn auf ihren richtigen Wert zurückzuführen. Köhler hatte seinerzeit beim Streik der Steinmehrer über 200 Arbeitswillige bekommen. Der größte Teil hat schon längst wegen Unfähigkeit den Betrieb wieder verlassen müssen, und der von Herrn Köhler mit so großen Hoffnungen gegründete gelbe Verein ist im Aussterben.

Schnell beendeter Streik. Der Streik in der Ristenfabrik von Gebr. Leimbrock in Löwenstein und Niederbühl ist zugunsten der Arbeiter beendet.

Der Streik in der Wolgaster Zementfabrik dauert ununterbrochen fort. Zugang ist mit allen gesetzlichen Mitteln fernzuhalten. Die Streikleitung.

### Ausland.

Warnung vor Zugang von Möbelstählern nach Arnheim in Holland. Der Allgemeine niederländische Möbelstählerverband teilt mit, daß in der Möbelstahlfabrik von Mund in Arnheim gestreikt wird. Der Fabrikant, selbst von Geburt Deutscher, pflegt häufig Arbeitskräfte aus Deutschland zu beziehen und ist auch jetzt bemüht, sich deutsche Arbeiter zu verschaffen, die also Streiklosgeldern leisten sollen. Kein Möbelstähler, Drechsler, Polsterer oder Maschinenarbeiter soll sich verlocken lassen, nach Arnheim zu reisen.

Toulon, 16. Juni. Der Ausstand der Erzeblader scheint größere Ausdehnung annehmen zu wollen, da auch die übrigen Arbeiter sich mit den Ausständigen solidarisch zu erklären beabsichtigen.

## Letzte Nachrichten und Depeschen.

### Das Reichvereinsgesetz in Oeffen.

Darmstadt, 17. Juni. (W. Z. W.) Die zweite Kammer nahm heute, entgegen dem Antrage des Ausschusses, die Anträge der Abg. Ulrich und Köhler, betreffend die Ausführung des Reichsvereinsgesetzes, an, obwohl diese Anträge durch die inzwischen veröffentlichten Ausführungsbestimmungen zum Reichvereinsgesetz erledigt sind. Die angenommenen Anträge geben im wesentlichen dem Wunsche Ausdruck, daß dem Lande die Vereins- und Versammlungsfreiheit, entsprechend der Zusage der Regierung, erhalten bleibe.

### Dreihundert Arbeiterfamilien brotlos.

Barth (Vatzen), 17. Juni. (W. Z. W.) Die Spiegelstahlfabrik Zimmermann in Barth ist gestern nacht zum größten Teil niedergebrannt. Auch das Wohnhaus des Kommerzienrats Zimmermann, des Besitzers der Fabrik, wurde zum Teil ein Raub der Flammen. Der Schaden wird auf 400 000 M. geschätzt. Gegen 300 Arbeiter sind brotlos.

### Von der Prinz-Heinrich-Automobilfabrik.

Frankfurt a. M., 17. Juni. (W. Z. W.) ... Fünf Wagen blieben mit Defekten auf der Strecke liegen. ... Durch den Wagen Nr. 85 wurde ein Kind leicht am Ankerbergl. Wagen Nr. 67 stürzte eine 10 Meter hohe Kollision hinab. ... Die Südseite der Straße war für die Mitglieder des Automobilklubs und die geladenen Gäste reserviert. ...

### Staatliche Krankenversicherung in Norwegen.

In Norwegen wurde durch Verordnung vom 19. August 1885 eine Kommission zum Studium der Arbeiterversicherung eingesetzt. Von den verschiedenen Gesetzentwürfen und Anregungen, die seitdem in Norwegen zwecks Durchführung einer Versicherung gegeben wurden, sind zum Gesetzgebungs-Erfolg nur das Fabrikarbeitsgesetz vom 27. Juni 1892 und das Gesetz über Unfallversicherung vom 23. Juli 1894 geblieben. Dies letztere Gesetz beruht nicht auf dem Unterbau von Berufsgenossenschaften. Es sieht vielmehr eine Reichsversicherungsanstalt mit einem Generaldirektor (Oscar Schjöl) und 2 Direktoren sowie einer Reihe (etwa 600) Aufsichtsbeamten vor, die von den Gemeindevorständen ernannt, aber der Reichsversicherungsanstalt unterstellt sind. Für die Krankenversicherung sind die verschiedenartigsten Systeme aufgestellt. Am einfachsten, billigsten und zuverlässigsten wäre die Durchführung des Vorschlages der norwegischen Arbeiterpartei. Diese verlangt ausdrücklich bei Gelegenheit der Beratung des letzten Vorschlages über Krankenversicherung, der nur 178 000 Köpfe der gesamten etwa zwei Millionen zählenden Bevölkerung umfaßt hätte, auf dem Parteitag im Jahre 1902 eine Sozialversicherung im weitesten Sinne. Die Mittel zur Durchführung dieser Versicherung sollten durch direkte Steuern erhoben werden. Die norwegische Arbeiterpartei verlangt ferner eine schrittweise Durchführung von Anstellung von Ärzten und Hebammen auf festem Gehalt, freie Medizin und Uebernahme des gesamten Apothekenwesens durch den Staat samt freie Krankenhauspflanze.

Leider ist diese Ordnung des Krankenversicherungswesens nicht durchgegangen. Aber die norwegische Arbeiterpartei hat doch nimmermehr erlitten, daß der Kreis der Versicherten viel weiter gezogen werden soll als die ursprünglichen Vorlagen beabsichtigten und als Deutschland durchgeführt hat.

Das vorige Storting beauftragte die Regierung, bis zur nächsten Stortingperiode einen Gesetzentwurf für staatliche Krankenversicherung auszuarbeiten und dem Storting vorzulegen. In einer Resolution gab das Storting die Grundlage für dieses Gesetz an. Dasselbe sollte in erster Linie die Versicherungspflicht für alle erwerbstätige Arbeiter und Angestellte, die für Lohn in privaten oder öffentlichen Diensten stehen, einführen. Die Ausgaben sollten von den Versicherten und durch staatliche Zuschüsse bestritten werden. Gleichzeitig sollte aber auch in Erwägung gezogen werden, inwieweit die Kommunen und die Arbeitgeber zur teilweisen Tragung der Kosten herangezogen sind.

Mit der Ausarbeitung eines derartigen Entwurfes wurde eine vom Handelsdepartement eingesetzte Kommission betraut, deren Mitglieder sich aus dem Versicherungsdirektor Schjöl, dem Fabrikbesitzer Braenne, dem Schuldirektor Estfjell und dem Generalsekretär des norwegischen Ärztevereins, Dr. Hansson, zusammensetzte. Estfjell ist Stortingabgeordneter und vertritt die radikale Arbeiterpartei.

Der Entwurf ist nun fertiggestellt. Die Kommission hat vorgeschlagen, daß sowohl die Arbeitgeber wie die Kommunen Beiträge zahlen sollen. Falls das Gesetz ohne nennenswerte Veränderungen im Storting zur Annahme gelangt, würden durch dasselbe nach vorläufigen Berechnungen beinahe 50 Prozent der gesamten Bevölkerung Norwegens berührt und circa 25 Prozent der Versicherungspflichtig werden. Der Fabrikarbeiter, der Landarbeiter, die unteren Beamten, Seeleute, Lohnarbeiterinnen, Dienstmädchen u. s. f. über 15 Jahre sollen versicherungspflichtig sein, sobald das Jahreseinkommen auf dem Lande 1200 Kronen und 1400 Kronen in Städten nicht übersteigt. Von Seeleuten sind nur diejenigen pflichtig, deren Fahrt sich nicht über 10 Tagereisen von einem norwegischen Hafen entfernt erstreckt.

Der Entwurf sieht im weiteren eine freiwillige Versicherung für selbständige Arbeiter — Wäschfrauen, Näherinnen, Kleinbauern usw. — vor; aber auch Eheleute, deren Vermögen 7000 Kr. auf dem Lande und 10 000 Kr. in der Stadt nicht übersteigt, werden zur Versicherung zugelassen. Alle Versicherten sollen in bestimmte — 6 — Einnahmeklassen und Risikoklassen — nicht unter 3 und nicht über 6 — eingeteilt werden. Krankengeld und Beiträge sollen nach mittlerem Tagelohn in den verschiedenen Lohnklassen berechnet werden.

Ueber die wichtige Frage der Organisation und Verwaltung der Krankenkassen ist in der Kommission keine volle Einigkeit erzielt.

Die gesamte Kommission verlangt, daß die öffentlichen Krankenkassen — Bezirkskassen — nach dem Prinzip der Selbstverwaltung mit selbständiger ökonomischer Verantwortlichkeit organisiert werden. Die Kassen sollen möglichst an die existierende kommunale Verwaltung (die weit demokratischer ist, als die in Deutschland) angefügt werden und unter einer Reichskrankenkasse als Zentralverwaltung fortieren. Jede Kasse soll ein selbständiges Rechtssubjekt bilden.

Nach dem Entwurf soll in jeder Gemeinde eine öffentliche Krankenkasse errichtet werden und soll den Namen Bezirkskasse (Kredstasse) tragen. Jede Bezirkskasse soll sich selbst verwalten und ist für ihre Einnahmen und Ausgaben verantwortlich. Die Kommissionmehrheit — zwei Mitglieder — beantragt, daß die Arbeitgeber dieselbe Anzahl Vertreter auf der Generalversammlung und im Vorstand haben wie die Versicherten — die Arbeiter. Die Rinderheit — der Storting-Arbeiterrepräsentant und der Arzt — verlangt dagegen, daß die Arbeitgeber nur eine ihrer Anzahl entsprechende Vertretung erhalten und überhaupt nur ein Arbeitgeber dem Vorstande angehören darf. Der Vorstand soll in der Regel aus sechs Mitgliedern bestehen, wovon die Hälfte aus den Kreisen der Versicherten zu wählen ist. Die Kommune soll nach beiden Vorschlägen zwei Vertreter im Vorstande erhalten. Auch auf den Generalversammlungen soll die Kommune eine Vertretung erhalten, da sie nicht nur Beiträge leistet, sondern auch die Verantwortlichkeit für die Kasse übernehmen soll. An der Spitze sämtlicher Bezirkskassen steht die Reichskrankenkasse als kontrollierende und verwaltende Zentralbehörde. Die Verwaltungsstellen derselben trägt der Staat.

Eine Voraussetzung, aber keine Bedingung der Krankenversicherung ist freie Arztwahl. Der Vorstand soll außer der geschäftlichen Leitung und Verwaltung der Kassen Ueber Einkünfte mit Ärzten, Apothekern, Krankenhäusern u. s. f. treffen und ebenso Klagen über diese behandeln.

Als Unterstützung soll in erster Linie freie ärztliche Behandlung gewährt werden und bei Arbeitsverlust ein Krankengeld in der Höhe von 60 Prozent des mittleren Tagelohnes, ebenso Begräbnisgeld, jedoch nicht über 50 Kronen. Weibliche Mitglieder sollen bei Geburten 4 Wochen Krankengeld und eventuelle ärztliche Hilfe erhalten. Die Unterstützungsberechtigung erstreckt sich auch auf die Ehefrau eines Mitgliedes und dessen Kinder unter fünfzehn Jahren; in diesem Falle sichert die Kasse jedoch nur freien Arzt, Medizin soll, mit Ausnahme der notwendigen Medizin in chirurgischen Fällen, nicht gewährt werden, kann aber — sowie zahnärztliche Behandlung — bei Zuschlagsprämie gesichert werden. Anstatt freier ärztlicher Behandlung im Hause kann einem Mitgliede freier Aufenthalt und Verpflegung im Krankenhaus gewährt werden. Dasselbe gilt auch für Frau und Kinder, insofern keine verantwortliche Behandlung im Hause möglich ist. Die Dauer der sämtlichen Unterstützungen sind auf 26 Wochen vorgesehen. Eine Karenzzeit von drei Tagen schlägt leider der Entwurf vor.

Eine wichtige Bestimmung zum Vorteile der unfallversicherungspflichtigen Arbeitgeber enthält der Entwurf. Nach dem norwegischen Unfallversicherungsgesetz sind die Arbeitgeber verpflichtet, bei einem Unfälle sämtliche Kosten und Lohn während der ersten vier Wochen dem verunglückten Arbeiter zu zahlen, falls derselbe nicht Mitglied einer Krankenkasse ist. Durch Einführung der öffentlichen Krankenversicherung wird der Arbeitgeber dieser Pflicht enthoben und die Krankenkasse leistet nur die gewöhnliche Unterstützung. Eine Rinderheit — der Arbeiterabgeordnete — will, daß die Kassen nur die ersten vier Wochen Unterstützungen leisten, während der Arzt 13 Wochen wie in Deutschland vorschlägt.

Die Einnahmen der Bezirkskassen sollen wie folgt reguliert werden: versicherungspflichtige Mitglieder bezahlen sechs Zehntel, Arbeitgeber ein Zehntel, die Kommune ein Zehntel und der Staat zwei Zehntel. In Deutschland bezahlen, wie bekannt, die Arbeitgeber ein Drittel, aber Staat und Kommune nichts. Die Kommune soll aber im weiteren auch die Kosten für notwendige Lokalitäten für Vorstandssitzungen, Versammlungen und Wahlen tragen. Die freiwilligen Mitglieder sollen sieben Zehntel der Gesamtkosten tragen, während Staat und Kommune den Rest übernimmt.

Ein Teil — höchstens ein Viertel — des Staatsbeitrages soll als Regulierungsfonds abgesetzt werden, der zur Ausgleichung oder Deckung von Unterbilanzen angewandt werden soll. Der Rest des Staatsbeitrages wird gleich und direkt den Kassen aus-

gezahlt. Jede Bezirkskasse soll einen Reservefonds für unvorhergesehene Ausgaben anlegen.

Als einmalige Ausgabe soll der Staat im weiteren 225 000 Kr. für Organisation der Kassen bezahlen.

Ob die bereits bestehenden Krankenkassen — private, kommunale, gewerkschaftliche — ihre bisherige Tätigkeit fortsetzen können, soll von bestimmten Voraussetzungen abhängen. Als Minimalleistungen dieser Kassen gelten die Unterstellungsbedingungen der staatlichen Krankenkasse. Keine Kasse — kommunale und Betriebskassen ausgenommen — soll in Zukunft anerkannt werden können, welche nicht mindestens 200 Mitglieder zählt. Die Kontrolle dieser Kassen liegt der Reichskrankenkasse ob. Aber auch zu diesen Kassen soll sowohl Staat und Kommune wie Arbeitgeber, der leiste jedoch nur für versicherungspflichtige Mitglieder, Beiträge zahlen. In diesem Falle soll der Staat zwei Kronen für jedes Mitglied pro Jahr bezahlen, Kommune und Arbeitgeber jedoch nur eine Krone.

Für Erledigung von Streitfällen sind genaue Bestimmungen auszuarbeiten, ebenso über alle Verpflichtungen und Rechte der Versicherten, der Arbeitgeber und Kassenbeamten. Die Schiedsgerichte sollen aus drei Mitgliedern bestehen: einem Arbeitgeber, einem Arbeiter und einem Gemeinderatsmitglied.

Nach diesem Gesetzentwurf würde Norwegen 400 000 versicherungspflichtige Hauptpersonen aufweisen. Freiwillige kann man vorläufig auf circa 50 000 Hauptpersonen rechnen. Dazu kommen aber noch 180 000 Ehefrauen mit 380 000 Kindern unter 15 Jahren. Die gesamte Versicherung würde somit gegen eine Million Menschen oder beinahe 50 Prozent der gesamten Bevölkerung umfassen.

Die Kosten dieser Versicherung nach oben genannten Berechnungen betragen circa 3 1/2 Mill. Kronen; davon sollen die Versicherten circa 4 Millionen Kronen oder circa 9 Kronen pro Mitglied per Jahr bezahlen. Dies entspricht einem Wochenbeitrage von circa 18 Oere = 20 Pfg. Die Arbeitgeber sollen über 600 000 Kronen bezahlen, die Kommunen circa 675 000 Kronen und der Staat circa 1 350 000 Kronen plus Ausgaben für die Zentralverwaltung.

Die ganze Prämie, inklusive Zuschüsse des Staates, der Kommunen und der Arbeitgeber plus Administration ist auf 15 Kronen pro Mitglied angeschlagen pro Jahr!

Infolge dieses Gesetzentwurfes würde die jetzige Reichsversicherungsanstalt, die sich nur mit Unfallversicherung befaßt, teilweise anders organisiert werden müssen, indem nun beide Versicherungszweige unter eine Oberleitung gesetzt werden sollen. Die Reichskrankenkasse und die Reichs-Unfallversicherungsanstalt (die jetzige Reichsversicherungsanstalt) sollen zwei parallele Versicherungskassen bilden, die unter gemeinsamer Oberleitung — Reichsversicherungsverwaltung — mit jurisdiktorischer und administrativer Macht stehen.

### Die Koalitionsfreiheit und die technischen Angestellten.

Die öffentliche Versammlung, die der Bund der technischen industriellen Beamten nach den Sophienfäden einberufen hatte, war sehr zahlreich besucht und füllte den großen Saal samt den Galerien. Der Referent Ingenieur Lüdemann schilderte zunächst die Grundzüge und die Entwicklung des Bundes, der, wie der Redner ausführte, nach dem glänzenden Vorbild der Lohnarbeiter die Verbesserung der Lebenslage seiner Mitglieder erstrebt, an Stelle der Alleinherrschaft der Unternehmer ein konstitutionelles Fabrikssystem einführen will, soziale Forderungen, wie namentlich auch die Abschaffung der Konkurrenzkauf, zu verwirklichen sucht, aber seine Ziele vor allem durch Verhandlungen mit den Unternehmern zu erreichen trachtet. Mit Unterstützung äußerte sich der Redner über das bekannte Rundschreiben des Verbandes bayerischer Metallindustriellen, in dem er insofern auch einen Treubruch erblickt, als am 28. Mai durch Verhandlungen mit der Generaldirektion der Augsburgischer Maschinenfabrik, an denen der Redner als Vertreter des Bundes teilnahm, eine Einigung erzielt worden war, wonach die 20 organisierten Angestellten angeordnete Entlassung vorläufig rückgängig gemacht wurde. Der Generaldirektor Guggenheimer ist die treibende Kraft im Vorstand jenes Verbandes, der am 3. Juni durch das Rundschreiben zur Vahregulierung der im Bund und der in 4 Handlungsgesellschaften organisierten Angestellten aufforderte. Als die Generaldirektion darüber zur Rede gestellt wurde, erhielten die Bundesmitglieder nach allerlei anderen Ausflüchten die Antwort, die verwerflichen Tendenzen des Bundes wären dadurch festgestellt, daß der Bund auf einen

einzelne zu gehen kann schließlich unsere Sache viel weniger sein als dem Leser eine weitere Bekräftigung mit diesen Verufen einer ästhetischen Sommerkultur zu empfehlen. Ehren wir guten Willen, so mehrten wir hoffentlich auch gutes Können.

### Humor und Satire.

— Ein glatter Handel. Leopold zum alten Heuhler Uncle Sam: Beschäftigen Sie sich, bitte, nicht mit dem, was hinter der Tür sich abspielt, und wenn Sie Beweismittel haben, seien Sie ohne Sorge: ich will Kaufschul genug für ein elastisches Gewissen liefern.

— Versetzte Predigt. Der Missionar: Christus hat gesagt: Eure linke Hand soll nicht wissen, was die rechte tut. — Der Eingeborene: Den Regier geht das nichts an. Hier im Dorf hat kein Mensch mehr eine rechte Hand.

— Nach der Untersuchung. Leopold, im Bericht lesend: „Am 17. Juni wurden in Congo sechzig Frauen getrennt.“ — Was für ne Verrücktheit. Ich will doch nicht, daß man mit der Religion seinen Spott treibe.“ (L'Assiette au beurre: Der freie Kongo-Kirchhof.)

### Notizen.

— Wie alt sind die Stahlfedern? Diese Frage gestattet eine von Herrn v. Büttch herausgegebene Geschichte hiesiger Patrizierfamilien genau zu beantworten. Während in England, das vielfach für das Ursprungsland der Stahlfedern gilt, erst 1808 das erste Patent auf Metallfedern genommen wurde, wurden nach den Aufzeichnungen des hiesigen Bürgermeistersdieners Janßen von diesen bereits 1748 zur Zeit des hiesigen Kongresses „stahlene Federn“ hergestellt und verkauft. Sie waren freilich damals ein Luxusartikel und teuer genug.

— Visitenkarten mit Stadtplänen. London ist jetzt so groß, daß Labirynth seiner Straßen und Plätze ist so kompliziert und die Namen der Straßen wiederholen sich selbst in nahe beieinander gelegenen Ortschaften so häufig, daß viele Bewohner der Riesstadt, um etwaigen Besuchern Irrungen und Wirrungen und Zeitverlust zu ersparen, in neuerer Zeit auf die Rückseite ihrer Visitenkarten und auf ihre Briefbogen einen kleinen Stadtplan drucken lassen, auf welchem genau ihre Wohnung und die angrenzenden Straßen angegeben sind; die nachgebildeten Straßennetze führen gewöhnlich bis zu einem Punkte, von dem aus man sich leicht zurechtfinden kann, bis zu einem Denkmal, einer Untergrundbahnstation, einem öffentlichen Gebäude usw.

— Schlechter Kobdeneschlag. Im Jahre 1907 ist, wie der „Zoolog“ mittelt, das Ergebnis des Kobdeneschlages überaus schlecht gewesen. Ungünstige Wetterverhältnisse und außerordentlich starkes Föhnwind schädigten die Ausbeute sehr. Zwei von den vier- und zwanzig ausgesandten Schiffen gingen verloren und die Zahl der erbeuteten Felle blieb um 100 000 gegen das Vorjahr zurück, was einem Geldschaden von etwa 600 000 Kr. entspricht. Insgesamt wurde fast eine Viertelmillion Kobden getötet.

### Kleines feuilleton.

Aus dem Rechtsleben der Herero. Das Recht der Herero zeigt noch starke Spuren früheren Mutterrechts, besonders im Erbrecht, auf dessen verwideltste Bestimmungen hier aber nicht näher eingegangen werden kann. Doch auch im sonstigen Familienrecht finden sich noch einige Anklänge. So steht die Mutter in hohen Ehren und bei ihren Töchten und ihrer Haube schwebt der Herero. Der mütterliche Oheim vertritt die Stelle des Vormundes und die mütterliche Tante wird Mutter genannt und behandelt Neffen und Nichten auch wie eigene Kinder. Die Namensgebung erfolgt, je nach der härteren oder schwächeren Entwicklung des Kindes in der ersten bis sechsten Woche nach der Geburt. Das Kind wird zu diesem Zweck von der Mutter zu dem „heiligen Feuer“ getragen, wo es vom Vater sodann mit Fett eingerieben wird und nach irgend einem dem Moment der Geburt begleitenden Zufall oder einer Naturerscheinung, manchmal auch nach dem Namen eines Affen seinen Namen erhält. Geburt von Zwillingen, die sonst bei den Naturvölkern in der Regel als Unglück bedeutend angesehen wird und meistens zur Tötung von Mutter und Kindern führt, ist bei den Herero ein sehr eintägiges Geschäft, da der Vater berechtigt ist, durch Umherziehen im ganzen Lande eine Art Zwillingsteuer in Vieh zu erheben. Nach verschiedenen religiösen Zeremonien, der Besänftigung, der Zahnweiche und der Haarweiche, werden Knaben und Mädchen im Alter von 11 bis 14 Jahren volljährig und damit auch ehelänglich. Verlobungen finden auch schon vorher vielfach statt. Die Ehe ist wie fast überall bei den Völkern eine Kauf- und Vollgarnie ist erlaubt. Häufig herrscht aber in der Regel Monogamie, da die meisten Herero ihrer Vermählung wegen sich den Luxus von mehreren Frauen nicht gestatten können. Die Ehe wird von den Eltern geschlossen, die Kinder haben keine freie Wahl. Der Kaufpreis besteht meistens aus einigen Kindern und Schafen. Die Ehefrau kann über ihr Vermögen, das sie von ihren Verwandten oder ihrem Gatten geschenkt erhalten hat, frei verfügen, doch ist sie im übrigen vollkommen Sklavin des Mannes, der sie nur nicht töten darf. Dagegen kann er sie ausleihen oder vielmehr vermieten, da er dafür Entgelt erhält, was insbesondere Europäern gegenüber geschieht. Trotzdem werden die Frauen aber selten mißhandelt und ihr Einfluß auf die Männer ist nicht zu unterschätzen. Ehecheidung ist sehr leicht. Der Mann kann seine Gattin, die ihm nicht mehr behagt, verstoßen, die Frau den Mann, der ihr mißfällt, verlassen.

Das Vermögensrecht ist wenig entwickelt. Eigentum an Grund und Boden ist unbekannt. Jeder kann bauen, weiden, jagen und graben, wo es ihm beliebt. Bewegliche Sachen kann sich jeder aneignen, wo er sie findet, sie werden dadurch freies Eigentum. Dem Vieh werden vielfach besondere Eigentumszeichen in das Ohr oder das Horn geschnitten. Nicht nur Sachen, sondern auch Menschen können verpfändet werden. Kauf und Tausch sind wenig entwickelt, ausgebeutet dagegen das Institut der Leihe. Selbst ohne vorher eingeholte Genehmigung der Eigentümer hält man sich für befugt, Milchvieh, notwendige Kleidungsstücke und überhaupt Sachen, die ich nicht in verschlossenen Köpfen befinden, zu leihen.

Blutrache und Strafrecht der in den Häuptlingen verkörperten Obrigkeit, also königliches Strafrecht, bestehen nebeneinander. Die Blutrache geschieht von Stamm zu Stamm, von Familie zu Familie, manchmal auch nur durch Wegnahme von Vieh. Vielfach werden Mord und Totschlag auch als Klagesache vor das Häuptlingsgericht gebracht, doch scheint das Rechtsbewußtsein des Volkes die Blutrache als berechtigt anzusehen. Ablösung der Blutrache durch ein Wehrgeld ist möglich und kommt nicht selten vor. Die vom Häuptling verhängten Strafen sind in der Regel Vermögensstrafen; mit dem Tode werden nur unverbesserliche Diebe und Zauberer bestraft.

### Musik.

Die Moritz-Oper ist nun bereits seit vielen Jahren unser ständiger Sommergast. Arm am Beutel, aber gesund am Herzen, gibt sie sich redliche Mühe, weiteren Kreisen eine Auswahl des bewährten Opernrepertoires darzubieten. Sonnabend, den 13. ds. Mts. ist sie wieder in die Räume des östlichen Schiller-Theaters eingezogen.

Mit Donizettis „Regimentstochter“ und mit Meyerbeers „Afrikanerin“ bestreitet die Direktion den ersten Abschnitt ihrer jetzigen Tätigkeit. Unsere Stadiprobe wählte die Aufführung der zweitgenannten Oper am Dienstag. Vor 43 Jahren als hinterlassenes Werk des kurz vorher gestorbenen Komponisten zum ersten Mal aufgeführt, ragt sie in eine Zeit herein, die längst über Meyerbeer den Stab so bricht, wie es Richard Wagner im ersten Teile seiner Schrift „Oper und Drama“ mit seiner einseitigen Grundlichkeit getan hat. Wo sitzt nun eigentlich das Unheil? Wir finden es nicht, wenn wir mit unserer Antwort bei der Musik — wohl aber, wenn wir mit ihr beim Texte beginnen. E. Scriche, der große Pariser Theaterpädagoge, sagt mit dem Griff seiner sicheren Routine einen Stoff, der in eines Dichters Hand ebenso zu Gold werden kann, wie er hier zu Blei wird. Die Affäre des portugiesischen Seehelden Vasco de Gama mit einer für ihn sterbenden indischen Sklavin Selica halten wir dem dramatischen Geschehen gegenüber, das uns der Text etwa von Beethovens „Fidelio“ oder von Weders „Freischütz“ vorführt. So viel Innerliches hier, so viel Unwahrscheinliches dort! Dann vergleichen wir die Musik zur „Afrikanerin“ etwa mit der zur „Regimentstochter“. So viel leichtfertige Made bei Donizetti, so viel solide Durcharbeitete bei Meyerbeer. Man hat bald heraus, wie er des Dichters Meister ist, wie er in milden und harten und doch auch wieder zurückhaltenden Tonkombinationen dem Texte folgt, der ihm nur wenig echte Herzenslänge möglich macht, und wie er sich dann in Spielereien mit dubelndem Gesang, mit aparten Fälschungen und dergleichen verliert.

Daß unsere Gäste schon mit ihrem schwachen Orchester, d. h. mit 13 Streichern, aller Nachsicht bedürfen, ist leicht zu merken. Doch die Hauptdarstellerin, die hier bereits bewährte Margarete König, ihr gut dramatisches Spiel mit einer Gelangenschaft verbindet, der nur noch ein weicherer Klang der höchsten Töne fehlt, haben wir ebenfalls bald heraus. Und wenn wir die übrigen Künstler betrachten, so unterscheiden wir nicht allzu schwer manche gute Züge der Stimmanlage von manchen Ungeländlichkeiten in ihrer Verwertung. Ins-

keine Widerlegung veröffentlicht habe. Wertwändig ist es nun, daß das Rundschreiben just am selben Tage erlassen wurde, als der „Post“-Artikel erschien, was also eine Widerlegung gar nicht abwartete, und ebenso merkwürdig ist es, daß die Auszüge aus Publikationen des Bundes, die die „Post“ in ihren Artikeln gegen den Bund verwendet, just dieselben Entstellungen enthalten wie die Abdrucke, mit denen die Generaldirektion bei den Verhandlungen operierte. — Der Referent legte großen Wert darauf, daß durch die Gesetzgebung ein wirklicher Schutz des Koalitionsrechtes der Arbeiter und Angestellten geschaffen werde, und diese Forderung wird denn auch in der Resolution besonders betont, die im übrigen den schärfsten Protest der annähernd 1000 versammelten Privatangestellten gegen das Vorgehen des Verbandes bayerischer Metallindustrieller enthält.

An das Referat schloß sich eine lange Diskussion, die bis 11 Uhr dauerte und an der die auf Einladung des Bundes erschienenen Gäste regen Anteil nahmen. Von unseren Parteigenossen sprachen die Reichstagsabgeordneten Robert Schmidt und Rechtsanwalt Heine, ferner Schriftsteller Julian Borchardt. Genosse Schmidt befandete den Angestellten seine rege Anteilnahme an ihrem Kampfe für die Koalitionsfreiheit und die gewerkschaftlichen Ziele ihrer Organisation, machte sie auf die Klagengegenstände wie darauf aufmerksam, daß bloße Proteste auf die Dauer schwerlich etwas nützen, sich immer wieder neue Konflikte mit den Unternehmern ergeben würden und der Bund deshalb wie die Arbeiterorganisationen

zum Kampf gerüstet

sein müsse. Der Redner wies auch darauf hin, daß von der jetzigen Regierung, die ja den Staatsbeamten und Staatsangestellten selbst aufs strengste verbietet, sich irgendwie zu organisieren, kein irgendwie wirksamer Schutz des Koalitionsrechtes zu erwarten ist, und ebenso wenig von den Parlamentsvertretern des Unternehmertums, das ja naturgemäß nur seine eigenen Interessen wahrnimmt.

Der nächste Redner war Dr. Breitscheid, der die Bundesmitglieder aufforderte, ihre gewerkschaftliche Organisation bis zu den letzten Konsequenzen

im Sinne der modernen Arbeiterbewegung durchzuführen und das laue Verhalten gewisser Parteien und Politiker in der Frage der Koalitionsfreiheit bedauerte.

Sodann teilte ein Mitglied des Bundesvorstandes mit, daß der Vorstand beschlossen hat, eine Maßregelungsunterstützung in der Höhe von zwei Dritteln des Gehalts an Leibge, von drei Vierteln des Gehalts nebst Zuschlägen für die Kinder an verheiratete Mitglieder zu zahlen, und daß, um das Solidaritätsgefühl unter der Kollegenchaft zu stärken, dafür 8 Monate lang eine Extrasteuern in der Höhe des Monatsbeitrages erhoben werden soll.

Echt „nationalliberal“ Ausführungen machte der sich „jungliberal“ nennende Regierungsrat Dr. Bönsgen. Er suchte den Anwesenden weiszumachen, wer heute noch Angestellter sei, könne morgen schon Unternehmer sein. Es läme auch gar nicht darauf an, welcher politischen Partei sich die Privatbeamten anschließen, nur sollten sie innerhalb der betreffenden Partei ihren Interessen Geltung verschaffen.

Demgegenüber legte Genosse Wolfgang Heine dar, wie die Angestellten mit akademischer Bildung vielfach noch mehr Unterdrückung und Anechtung

zu erdulden haben als die stark organisierten Lohnarbeiter, und wie die Unternehmer, denen in ihrem eingebildeten Herrenmenschen-tum alle moralischen Erwägungen für die Sache sind, völlige Unterwerfung von ihnen fordern. Die Privatbeamten sollten aber gründlich erwägen, welche Partei ihre Rechte wirksam vertritt und beachten, was die Vertreter der Parteien im Parlament sagen werden.

Genosse Julian Borchardt erklärte, daß die Privatbeamten, die auch nur einigermaßen mit den Verhältnissen bekannt seien, gar nicht abwarten brauchen, was die verschiedenen Parlamentsvertreter sagen werden, sondern von vornherein wissen müssen, daß es eben

nur die Sozialdemokratie

ist, die energisch für die Interessen der Angestellten wie Arbeiter kämpft, während die bürgerlichen Parteien, wie es nicht anders sein kann, für das Unternehmerinteresse eintreten. Hätten jene 5 Organisationen ihre 800 000 Mitglieder beizeiten über die Klagengegenstände aufgeklärt und zum Kampf gerüstet dagestanden, die Metallindustriellen würden keine Lust gezeigt haben, mit ihnen anzuhängen.

Gegenüber dem Bestreben unserer Genossen, den Anwesenden die Grundbegriffe des Klassenkampfes klarzumachen, suchte ein Ingenieur die Fabel von Interessensharmonie zu vertreten, wurde aber bald durch allgemeine Unruhe und Schlußrufe zum Schweigen gebracht.

Im Laufe der Diskussion gaben Vertreter verschiedener Organisationen Sympathie- und Solidaritätserklärungen ab, so vom Technikerverband, vom Verband der Maschinenbauwerkmeister und vom Verband der Kunstgewerblichen Zeichner.

Eine in den Germania-Sälen einberufene Versammlung war ebenfalls sehr stark besucht und nahm einen ähnlichen Verlauf. Die in beiden Versammlungen angenommene Resolution lautet:

Die am 16. Juni 1908 in den Germania- und Sophien-Sälen auf Einladung des Bundes der technisch-industriellen Beamten versammelten Privatangestellten Groß-Berlins erheben schärfsten Protest gegen den hinterhältigen Eingriff des Verbandes bayerischer Metallindustrieller in das gesetzlich verbürgte Koalitionsrecht. Sie fordern die gesamten Privatangestellten Deutschlands auf, sich zur energischen Abwehr der gegen die Verbesserung der Standesverhältnisse gerichteten Angriffe zusammenzuschließen und Schulter an Schulter in den Kampf um das Recht der Koalition einzutreten. Von den gesetzgebenden Faktoren erwartet die Versammlung, daß sie nunmehr mit größter Beschleunigung dafür sorgen werden, daß die Behinderung am gesetzmäßigen Gebrauch der Koalitionsfreiheit unter Strafe gestellt wird. Der Presse, die sich der bedrohten Angestellten in so einmütiger Weise angenommen hat, spricht sie dafür ihren herzlichsten Dank aus und bittet sie, ihnen auch fernerhin helfen und fördernd zur Seite zu stehen.

In einer imposanten Demonstrationsversammlung in Nürnberg protestierten 2000 Angestellte der Industrie gegen den Erlaß des Bayerischen Industriellenverbandes, der die brutale Entlassung der Angehörigen der Berufsorganisationen der Bureauangestellten, Techniker, Ingenieure usw. forderte. Alle Redner bezeichneten den Erlaß als einen Schlag ins Wasser, der die Privatbeamten endlich aufgerüttelt und sie in Massen den Organisationen zugeführt habe. Referent Professor Hummel-Karlruhe erklärte, der Erlaß werde eine Epoche bilden in der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, denn auch in den geistigen Arbeitern sei nun der Gehalts einwoh: Nicht mehr getrennt marschieren, sondern immer vereint zu schlagen. Aus allen Teilen Deutschlands liefen Telegramme ein, worin die Privatbeamten den Berufsorganen Bayerns im Kampfe gegen den Bayerischen Metallindustriellenverband moralische und finanzielle Unterstützung zusichern. Im Laufe der Versammlung sandten die Metallindustriellen das unten folgende Schreiben. Dieses Schreiben wurde allgemein als Komödie bezeichnet. Der im Namen der sozialdemokratischen Partei sprechende Abg. Dr. Sühheim wurde mit stürmischem Beifall empfangen. Der Sekretär Osterhorn der Jungliberalen schüttelte den früheren Führer König, der den Erlaß unterzeichnet hat, ab.

Ein neuer Akt.

Der Verband der Metallindustriellen hält es anscheinend aus latistischen Gründen für gut, etwas Öl auf die Wogen der Bewegung auszugießen, wie folgendes Schreiben kundgibt:

Nürnberg, 16. Juni 1908. Der Beschluß vom 21. Mai 1908 und die an die Mitglieder hinausgegebene Warnung vor den Angehörigen der im Schreiben vom 8. Juni 1908 bezeichneten Verbände beruht nach Ueberzeugung des Vorstandes auf einer reiflichen Prüfung der Tendenzen der einzelnen Verbände auf Grund vorliegender Äußerungen derselben.

Mittlerweile ist von verschiedener Seite dem Vorstand Material erbracht worden, welches denselben veranlaßt, in eine wiederholte Prüfung der Frage einzutreten und bis zu deren Erledigung seinen Mitgliedern einen Ausschub im Vollzuge des Rundschreibens vom 8. Juni 1908 zu empfehlen.

Der Vorstand wird gleichzeitig den im Rundschreiben bezeichneten Verbänden Gelegenheit geben, über ihre prinzipielle Stellungnahme dem Arbeitgeber gegenüber sich zu äußern und allenfallsige irrtümliche Ansichten hierüber zu berichtigen.

Bemerkt wird, daß der Technikerverband in den Beschluß vom 21. Juni 1908 niemals mit einbezogen war.

Der Vorstand des Verbandes bayerischer Metallindustrieller. J. S. gez.: Krz. 2. Vorsitzender.

Ich habe der heutigen Sitzung nicht angemahnt, erkläre aber zu dem vorstehenden Beschluß mein Einverständnis. gez. Dr. A. Kieppel, 1. Vorsitzender.

XII. Generalversammlung des Zentralverbandes der Schuhmacher Deutschlands.

Gotha, 15. Juni 1908.

Im festlich geschmückten Saale des Volkshauses eröffnete Simon Nürnberg als Vorsitzender des Verbandes die Generalversammlung.

Als Vertreter des österreichischen Schuhmacherverbandes ist Müller-Wien erschienen; der schweizerische Schuhmacherverband ist durch Zinner-Winterthur vertreten. Zinner nahm in den achtziger Jahre bereits lebhaften Anteil an der Schuhmacherbewegung. Da er österreichischer Staatsangehöriger war, wurde er im Jahre 1888 — zur Zeit des Sozialistengesetzes — als lästiger Ausländer aus Gotha ausgewiesen. Jetzt ist Zinner Bürger der Schweiz. Der Kollege Bod hatte darum nachgesucht, Zinner für die Tagung der Generalversammlung der Schuhmacher Deutschlands in Gotha den Aufenthalt zu gestatten. Das ist zwar geschehen, das Schriftstück der gothaischen Regierung ist aber ein neues Kennzeichen für die Kulturhöhe Deutschlands, und muß dasselbe daher der Radwelt erhalten bleiben. Es lautet wörtlich:

Abchrift.

Stadtrat zu Gotha. Herzogl. Sächsisches Staatsministerium A. II. 2960, zu 8028 II. Gotha, den 4. Juni 1908, Anlage: Aften.

Auf ein Gesuch des Wilhelm Bod in Gotha ist beschlossen worden, dem Journalisten Dinis Zinner einen mehrtägigen Aufenthalt vom 12.—25. Juni 1908 in der Stadt Gotha unter der Bedingung zu gestatten, daß er in keiner Weise eine politische oder sozialistische Agitation entfalte.

Der Stadtrat hat den Wilhelm Bod hiervon in Kenntnis zu setzen und ausdrücklich darauf hinzuweisen, daß Zinner sofort ausgewiesen werde, wenn er agitatorisch tätig wird.

An den Stadtrat, hier, J. N. 8028. In Abchrift an Herrn Wilhelm Bod hier, Sonneborner Straße 18.

Als Vorsitzende werden Simon Nürnberg und Karlus Kassel, als Schriftführer Leg-Stuttgart, Klüh-Niel, Liehe-Berlin, Goldmann-Schneinfurt, Demberger-Weihenfeld, Rohleder-Schmölln, Weikers-Halle und Finkheimer-Bremen gewählt.

Die Präzisionsliste ergibt die Anwesenheit von 64 Delegierten, 9 Gauleitern, 8 Vorstandsmitgliedern, 1 Mitglied des Ausschusses und 1 Redakteur des Fachblattes, des hiesigen älteren Veteranen und früheren Vorsitzenden Siebert-Nürnberg, Knoll-Berlin als Vertreter der Generalkommission.

Nach Erledigung einiger Formalitäten erstattet der Vorsitzende Simon Nürnberg Bericht. Der Mitgliederbestand hat sich in den beiden letzten Jahren wie folgt gestaltet: Zahl der Mitglieder am Schlusse des 4. Quartals 1906: 28 548; eingetreten in der Berichtsperiode 29 968; zusammen 58 511. Ausgetreten und ausgeschieden 30 368; Zahl der Mitglieder am Schlusse des 4. Quartals 1907: 28 188. Demnach ist in der zweijährigen Berichtsperiode eine Mitgliederzunahme von 6612 zu verzeichnen.

Der christliche Federarbeiterverband hat etwa 4441 Mitglieder, der Hirsch-Dundersche Verband dürfte noch etwa 5300 Schuhmacher als Mitglieder zählen, während die Gelben in der Schuhbranche fast vollständig verschwunden sind. Wo bisher der Versuch gemacht wurde, die gelbe Organisation zu ruh und frommen der Arbeitgeber zu gründen, haben sie nach einiger Zeit schmachlich Schiffbruch erlitten. In Burg bei Magdeburg haben wir trotz des Fabrikantenvereins jetzt bei der Firma Lad u. Co. 1350 Mitglieder!

Die Arbeitslosigkeit unter den Mitgliedern ist im Juni diesen Monats. Während im März 1908 nur 142 Mitglieder arbeitslos waren, stieg die Zahl am 31. Dezember 1908 auf 885 und am 31. Dezember 1907 auf 990, gleich 7,02 Proz.

Nach in keiner Berichtsperiode war die Lohn- und Streikbewegung eine so umfangreiche wie in der letzten. Es fanden statt in den Berichtsperioden:

	Angriffstreiks	Abwehrstreiks	Differenzen ohne Streik	Zusammen
1898/99 . . . . .	23	29	65	117
1900/01 . . . . .	20	35	105	160
1902/03 . . . . .	25	48	124	197
1904/05 . . . . .	29	55	155	239
1906/07 . . . . .	84	41	380	485

Insgesamt wurde in den beiden letzten Jahren erzielt: für 12 573 Personen 45 998 Stunden Arbeitszeitverlängerung und für 15 847 Personen 27 007 M. Lohn-erhöhung pro Woche.

Diese Zahlen bilden einen Wertmesser für den Erfolg gewerkschaftlicher Organisation. Die Gesamtkosten der Lohn- und Streikbewegung in der Berichtsperiode 1906/07 889 887 M. Bei den Lohnbewegungen hat es sich gezeigt, daß die Christlichen oft die größten Schwierigkeiten bereiten. Die Jugend darf nicht von der Organisation abgefordert werden. Pflicht der älteren Kollegen muß es sein, die jungen Kollegen bei Spaziergängen, in Versammlungen usw. in der Naturwissenschaft zu belehren. Die Fluktuation der Mitglieder ist zwar noch groß, ist aber in der Abnahme begriffen.

Hoffen wir — so schließt Redner —, daß die Arbeiten der Generalversammlung abermals dazu beitragen, weitere Fortschritte im Interesse der Kollegenchaft zu machen. (Beifall.)

Den Kassenbericht erstattet der Kassierer Reuß-Nürnberg. Die Gesamteinnahme und Ausgabe bilanziert in den letzten zwei Jahren mit 1842 197,72 M. In den Ausgaben figurieren: für Arbeitslosenunterstützung 79 864,46 M., für Krankenunterstützung 256 591,61 M., für Reiseunterstützung 37 051,96 M., für Umzugsunterstützung 15 582,92 M., für Wöchnerinnenunterstützung 5628,— M., für Notfallunterstützung 8927,02 M., für Unterstützung in

Sterbefällen 12 471,— M., für Maßregelungsunterstützung 5580,71 M., für Rechtschutz 8566,28 M., für Streikunterstützung 200 472,88 M.

Der Kassenbestand betrug am Schlusse 1907 in der Hauptkasse 439 640,80 M.

Grunow-Breslau: Der Bericht des Vorstandes ist allgemein befriedigend. Die Agitation in Schl. sien wird besonders gehemmt durch die großpolnische Bewegung. Jugendliche kommen hier fast nicht in Frage. Die gewerkschaftlichen Unterrichtskurse in Berlin, woran Redner teilgenommen, können in der jetzigen Form nicht den gewünschten Erfolg zeitigen. Sechs Vorträge an einem Tage sind nicht zu verdauen. Legiens Vorträge müßten gedruckt und dann verbreitet werden.

Höller mann-Pirmasens: Die Christlichen stellen das Verlangen, auch dort zur Beratung hinzugezogen zu werden, wo sie überhaupt keine Mitglieder hatten.

Staab-Potsdam fragt an, ob diejenigen organisierten Kollegen, welche als Hilfsleiter im Nebenerwerb teilweise tätig sind, auch noch der Organisation der Gastwirtsgehilfen angehören müssen, welche Frage von Knoll-Berlin als Vertreter der Generalkommission im bejahenden Sinne beantwortet wird.

Rüller-Wien schildert in längeren Ausführungen die Organisationsverhältnisse der österreichischen Kollegen und statet der deutschen Organisation den Dank für gewährte finanzielle Hilfe ab.

Solzhausen-Hamburg: Die Mittel für weitere Beschuldigung der gewerkschaftlichen Unterrichtskurse können wir nicht bewilligen.

Leg-Stuttgart: Den christlichen Gewerkschaften gegenüber sind wir von Anfang an viel zu entgegenkommend gewesen. Die Ansicht Simons über die Ausbildung und Belehrung der Jugendlichen teile ich. Die gewerkschaftlichen Kurse haben wenig Wert. Die Schule des praktischen Lebens ist die beste.

Vendig-Berlin: Pflicht des Vorstandes ist es, den Zahlstellen eine gemeinverständliche Darstellung der jetzigen vereinsrechtlichen Bestimmungen zur Verfügung zu stellen.

Finkheimer-Bremen: Die gewerkschaftlichen Unterrichtskurse sind für uns zwecklos.

Gotha, 16. Juni 1908.

Herrmann-Nürnberg: Unsere Gewerkschaft darf sich der Pflicht nicht entziehen, für die politische Arbeiterbewegung Opfer zu bringen. Wir können es daher nur mit Freuden begründen, wenn unser Kollege Simon das Mandat als bayrischer Landtagsabgeordneter angenommen hat und sich demgemäß hervortragend der politischen Bewegung widmet. Allerdings darf dadurch in der Geschäftstätigkeit des Vorstandes keine Störung eintreten. Leider ist dies heute teilweise der Fall. Es kommt noch der Umstand hinzu, daß das Vorstandsmittglied Kollege König auch zugleich Gauleiter für Bayern ist. Letzterer kann insolge dessen auch nur teilweise seinen Posten im Bureau ausfüllen. Die einzelnen Beamten werden dadurch überlastet, worunter die Organisation leidet. Hier muß Abhilfe geschaffen werden. Für die nötigen Ersatzkräfte müssen wir sorgen. Es dürfte sich empfehlen, eine siebengliedrige Kommission zu wählen, welche diese und ähnliche Fragen zu prüfen und eine entsprechende Vorlage zu machen hat. In der Frage der Beschuldigung der gewerkschaftlichen Unterrichtskurse herrschen im Vorstand Meinungsverschiedenheiten. Mir scheint diese Art der Ausbildung unserer Gewerkschaftsfunktionäre nicht die richtige. Die Hauptsache ist, in den einzelnen Ortschaften Einrichtungen zu treffen, wo unseren Funktionären Gelegenheit zur Ausbildung in den Elementarfächern gegeben wird. Schaffen wir eine solche Institution, so haben wir ganz erheblichen Nutzen. — Redner bespricht alsdann noch mehrere Fragen, welche in der Debatte berührt worden sind, die aber kein allgemeines Interesse haben.

Knoll-Berlin, Vertreter der Generalkommission, verteidigt die Institution der gewerkschaftlichen Unterrichtskurse und wendet sich in längeren Ausführungen gegen die Ausführungen verschiedener Redner. Herrmann, so führt Redner aus, verkennt völlig die Aufgaben dieser Kurse. Sie sollen den einzelnen Gewerkschaftsfunktionären nur Gelegenheiten geben, sich die nötige Sachkenntnis zur systematischen Bearbeitung der die Gewerkschaften interessierenden Fragen anzueignen. Gewiß sind noch Mängel vorhanden. Aber wo finden Sie eine so neue Institution ohne Mängel? Freilich ist die praktische Schule des Lebens nach wie vor notwendig. Unsere heutige Zeit verlangt aber gebildete Köpfe, zumal auch unsere Gegner juristisch äußerst geschulte Leute in ihren Diensten haben.

Es beteiligt sich noch eine ganze Anzahl Redner an der Diskussion. Neue Momente treten nicht hervor. Mehrere auf den Vorstandsbericht bezügliche Anträge werden teils durch Annahme, teils durch Ablehnung oder Ueberweisung erledigt.

Erste Generalversammlung des Zentralverbandes der Götthner und Göttherei-Hilfsarbeiter Deutschlands.

Kassel, 15. Juni 1908.

Vom ersten Verhandlungstage ist noch einiges nachzutragen: Der Vorsitzende Winkelmann erklärt, daß die Grenzfreistigkeiten mit dem Verlande der Drauer trotz der auf der Vorstandskonferenz gefaßten Resolution nicht beseitigt sind. Es würde Aufgabe des Gewerkschaftskongresses sein, hier Wandel zu schaffen. Mit den Unterstützungseinrichtungen dürfe der Verband nicht weiter gehen, als wie es geschehen ist, und deshalb müssen alle diesbezüglichen Wünsche begraben werden, wenn nicht eine ziemlich betragsmäßige Erhöhung stattfindet. In kurzen Worten streift Redner die Verhandlungen des Kölner Gewerkschaftskongresses und gibt der Meinung Ausdruck, daß die Aufsicht über

den Waffenstreik

heut im allgemeinen eine ganz andere ist, als wie zur Zeit der Kölner Tagung. Die Beschuldigung des Internationalen Kongresses in Stuttgart bezeichnet Winkelmann als unbringend für die Organisation. Auf Beschluß sollen dieselben auch in Zukunft beschildet werden. Nachdem der Kassierer Thierfelder noch einige Erläuterungen zum Kassenbericht gegeben und festgestellt, daß das gesamte Vermögen 78 800,21 Mark beträgt, beantragt die Revisionskommission Entlastung für den Vorstand. — Die gestern für Agitation vermerkte Summe ist nicht richtig, da sich die Ziffern verschoben haben. Es muß heißen: für Agitation wurden 7145,00 verausgabt. — Der Bericht über die Tätigkeit des Ausschusses beschäftigt sich nur mit inneren Verbandsangelegenheiten.

Die Debatte

über den gesamten Vorstandsbericht gestaltet sich recht lebhaft und zeitigt manche gute Anregung für die fernere Agitation.

Eine Anfrage, warum die Generalkommission nicht auf der Generalversammlung vertreten ist, wird im Sätzwort von Winkelmann dahin beantwortet, daß der Vorstand es für selbstverständlich gehalten hat, daß die Generalkommission sich vertreten lassen würde. Aus diesem Grunde sei keine besondere Einladung erfolgt.

Ulrich-Leipzig macht bemerkenswerte Ausführungen betreffs der Grenzfreistigkeiten. Redner glaubt, daß diese Erscheinungen durch die wirtschaftliche Entwicklung gefördert werden, da der Kampf zwischen Industrie- und Berufsverbänden immer mehr in den Vordergrund trete.

2. Verhandlungstag.

Den Bericht über das Verbandsorgan gibt Redakteur Holtmann. Die Verbandszeitung, die aus den kleinsten Anfängen sich emporgearbeitet hat, erscheine heute in einer Auflage von 10 200 Exemplaren. Das Organ verurteilt in der letzten Geschäftsperiode einen Kostenaufwand von 22 Pf. pro Kopf und Quartal. In der Geschäftsperiode wurden drei Anzeigen gegen die Redaktion anhängig gemacht, die Verurteilung zu Geldstrafen im Gefolge hatten.

Gröger bedauert, daß die Zwistigkeiten zwischen dem Hauptvorstand und einzelnen Kollegen in Hamburg nicht im Verbands-

organ, sondern im „Hamburger Echo“ zum Austrag gekommen sind; es sei endlich Zeit, daß Ruhe zwischen Hamburg und Bremen einträte. Auch die „Vorwärts“-Affäre wird bei dieser Gelegenheit nochmals aufgerollt und die Haltung des Redakteurs zu dieser Frage verurteilt. Umland-Hamburg verlangt, die Generalversammlung solle Klipp und Klar erklären, daß sie mit der Haltung des Redakteurs in dieser Frage nicht einverstanden ist und die damalige Äußerung über den Parteivorstand entschieden zurückweist. Winkeleimann-Bremen findet die Monita gegen die Schreibweise des Redakteurs nicht ganz berechtigt und weist die Beschuldigungen energisch zurück. Zur eigenen Streitangelegenheit mit den Hamburger Kollegen will Redner kein weiteres Wort verlieren. Durch Schlussantrag wird die Debatte beendet und nimmt Redakteur Holmann seinen damaligen Vorwurf gegen den Parteivorstand zurück. Es gelangen sodann die zu diesem Punkt gestellten Anträge zur Abstimmung und werden diese mit großer Mehrheit angenommen.

## Aus der Frauenbewegung.

### Damenwahlrecht.

In den „Sozialistischen Monatsheften“ veröffentlicht Genossin Wally Zeppler einen Artikel über „Wahlrecht“, der bei vielen sozialistischen gestandenen Frauen starken Widerspruch hervorgerufen wird. Genossin Zeppler verweist auf den Wahlrechtskampf der englischen bürgerlichen Frauen und gibt der Erwartung Ausdruck, daß die Wahlrechtsbill, die Premierminister Asquith in Aussicht gestellt hat, herauskommen und Gesetzeskraft erlangen wird. Und sie will glauben machen, damit sei ein großer Fortschritt erzielt. Das fordert zum Protest heraus. Alle Anerkennung für die Fähigkeit, mit der die Damen ihr Ziel verfolgen. Aber in diesem einen Fortschritt zu sehen, müssen wir abweisen. Und es handelt sich hier nur um die Einführung eines beschränkten Frauenwahlrechts, eines Wahlrechts, das von Besitz, Bildung usw. abhängt, kurzum eines Damenprivilegiertenwahlrechts. Die mit diesem Geruch geführte Frauenwahlrechtsbewegung in England geht in der Hauptsache nur von bürgerlichen Frauen aus, und daß die bürgerlichen Frauen hier wie überall nach Klasseninteressen streben, ist erklärlich. Liegt es doch im innersten Wesen der bürgerlichen Frauenbewegung begründet, nicht mit den proletarischen Schwestern zusammen zu kämpfen. Weibler Interessen gehen abgrundtief auseinander. Die Erfahrung hat gezeigt und die Forderungen beweisen es täglich, daß die bürgerliche Frauenbewegung fast in keiner Beziehung mit der proletarischen konform geht. Erstere will lediglich der Frau ihrer Klasse dienen, nicht um die Klassenherrschaft zu schwächen, sondern nur um Mit-herrscherin zu werden. Weit entfernt ist sie von dem Gedanken, die kapitalistische Gesellschaft durch eine sozialistische zu ersetzen; zu dieser steht sie in diametraler, bewusstem Gegensatz. Die proletarischen Frauen können aber nur durch Aufhebung der Klassenherrschaft zu ihrem vollen Rechte in der Gesellschaft gelangen. Die proletarischen Frauen müssen es daher auch ablehnen, sich für „Reformen“ zu engagieren, die tatsächlich eine Verschärfung der Fesseln für das Proletariat bedeutet, die die Macht der Privilegierten, ihre Ausbeutungsgewalt gegenüber den Arbeitern, vergrößert.

Auf dem Internationalen sozialistischen Kongress in Stuttgart ist konsequent das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht auch für die Frauen verlangt worden, und den Genossen ist laut angenommener Resolution die Verpflichtung auferlegt, jederzeit für die Forderung einzutreten. Und das mit gutem Recht und politischer Logik. Ein beschränktes Frauenwahlrecht kann dem Proletariat nur Schädigung seiner Interessen bringen. Haben wir einmal ein solches Wahlrecht, so wird es sich als außerordentlich konservativ erweisen. Jedes Privilegiertenwahlrecht bedeutet eine Herrschaftsverlängerung der besitzenden Klassen. Unbegreiflich ist es uns aber, daß eine Sozialistin dem Damenwahlrecht das Wort reden kann. Genossin Zeppler meint, daß, wenn nur überhaupt erst ein Frauenwahlrecht „erungen“ sei, gleichviel wie es aussieht, eine Verbesserung nicht lange auf sich warten lasse. Der beste Beweis für die Unrichtigkeit solcher Ansicht ist das nun seit 1849 bestehende preussische Wahlrecht. Ein Zeichen, wie wohl sich die bürgerliche Klasse bei diesem Wahlrecht befindet. Und da soll die Sozialdemokratie helfen, noch ein neues Welschwahlrecht einzuführen.

Gerade jetzt, wo wir uns eingehend mit dem preussischen Wahlrecht beschäftigen haben, das Pluralwahlrecht in seiner ganzen Völlständigkeit erkannt ist, müsstet die Verteidigung des Damenwahlrechts wie bewusster Hohn und gewollte Probolation an. Jedenfalls wird das Extravergnügen der Genossin Zeppler energischen Widerspruch und schärfste Verurteilung auslösen. Um so mehr als die ganze Aktion mit einer höflichen Argumentation gerechtfertigt wird. Genossin Zeppler bezeichnet unsere Beteiligung an der Landtagswahl als Abwechslung von unserem Prinzip. Daß wir uns heute an den Landtagswahlen beteiligen, bedeutet nicht im geringsten Anerkennung des herrschenden Systems. Wir bekämpfen dieses heute so gut wie ebendem. Das ist in jeder Versammlung, in jedem Artikel betont worden, und wir meinen, besser könnte das von Anfang an gefestete Prinzip nicht hochgehalten werden. Die Frage der Wahlbeteiligung ist eine solche der Taktik und nicht des Prinzips.

Es ist ein fundamentaler Unterschied, ob man ohne Schuld mit einem schon bestehenden Klassenwahlrecht zu tun hat, oder ob man selbst ein solches befristet. Wer das verkennt und für ein neues Privilegiertenwahlrecht eintritt, muß damit rechnen, daß er den Lesern der gegnerischen Blätter als neuer Weisheitsträger unter den Sozialdemokraten serviert wird. Und die Feinde der Arbeiterschaft mögen die Gelegenheit, wenn sie die Knäppler, die ihnen aus unserem Lager, wenn auch ungewollt, gereicht werden, zum Verprügeln der Arbeiter gebrauchen. Wenn Gen. Zeppler weiter davon spricht, daß die Sozialdemokratie in den verschiedenen Parlamenten für keine Verbesserungen stimmt, und daß als einen Verstoß gegen die bisherigen Prinzipien erklärt, dann stellt sie die Dinge geradezu auf den Kopf. Es ist doch ein Unterschied, ob man gleich möglichst bescheiden im Forderung tritt, oder ob man — nachdem alle Hebel zur Durchbringung einer Forderung in Bewegung gesetzt sind, aber bei den Gegnern nur tauben Ohren predigt — nimmt, was überhaupt noch zu bekommen ist.

In der Frage des beschränkten Frauenwahlrechts handelt es sich aber überhaupt nicht um eine Verbesserung, sondern um eine folgenreichere Verschlechterung. Die Sozialdemokratie fordert in praktischen Fragen „alles“, um viel zu erreichen. Deshalb zu verlangen, sie soll ihre Grundföhe verleugnen, um — Verschlechterungen zu erlangen, ist eine Argumentation, die das helle Entzünden aller Nichtsozialdemokraten auslösen wird. Da müssen wir doch die sozialliberalen und anderen bürgerlichen radikalen Frauen loben die das neue Vereinsgesetz wegen seines Ausnahmeharakters ablehnten. Und da muß man erleben, daß sich Sozialdemokratinnen für ein Damenwahlrecht erwärmen. Wir haben's wirklich weit gebracht!

### Der internationale Frauenwahlrechtskongress und die proletarischen Frauen zu Amsterdam.

In Amsterdam im „Concertgebouw“ wurde am Montag die Eröffnungsfest der internationalen Kongresses für Frauenwahlrecht

abgehalten, der von dem „Weltverband“ der Frauen veranstaltet wird. Die proletarischen Frauen haben natürlich nichts von diesem Damenkongress zu erwarten. Zur Eröffnungsfest hatte man Kinder herangeholt, die Lieder singen mußten — nicht etwa von Freiheit und Gleichheit — sondern zu Lob und Preis der Königin; z. B. so:

Unser Niederland ist ein ehrlieh Land,  
Sein Fürst ist eine Frau!  
Wo Frauenhand das Szepter führt,  
Gedeiht das Recht der Frauen.  
Das alte Volk mit neuem Sinn  
Baut hoffend auf die Königin,  
Wilhelmina von Nassau.

Man hat in Niederland noch verdammt wenig davon gespürt, daß dort das Recht der Frauen besonders gut gedeiht.

Der sozialdemokratische Frauenklub und die Föderation der sozialdemokratischen Arbeiterpartei hatten am Montag eine Versammlung veranstaltet, um ihre Stellung zu jenem Damenkongress klarzulegen. Als Referenten sprachen die Genossen Wijnkoop und Frau Noosje Vos. Jener zeigte, daß durch das Frauenwahlrecht, das die Kongressdamen erstreben, das soziale Elend nicht aus der Welt geschafft werden kann. Da den Damen nichts an dem Wahlrecht für die proletarischen Frauen liegt, würden sie sich mit einem Damenwahlrecht zufrieden geben. Die Genossin Vos nahm sich besonders die „Liberale Union“ aufs Korn, die bekanntlich ein Frauenwahlrecht mit Ausschluß der Ehefrauen haben will. — Es folgte eine Debatte, an der sich auch einige Kongressdamen beteiligten, die aber gegen die wohlbegründeten Ausführungen der Referenten nicht aufkommen konnten.

### Allgemeiner Wahlverein Berlin und Umgegend.

Anmeldungen und Beiträge nehmen für den 4. Kreis (Osten) entgegen: Frau Fern, Elbinger Straße 2 IV. Frau Gulin, Hornsdorfer Straße 80 III. Frau Gungar, Andrastr. 44 III. Frau Vohm, Große Frankfurter Straße 7. Frau Wengels, Warshauer Straße 20 II. Frau Köhler, Schreinerstr. 86 II. Frau Förster, Stralauer Allee 17 III. Bureau des Wahlvereins Stralauer Platz 1—2 II. Expedition Ramm, Petersburger Platz 4.

### Versammlungen — Veranstaltungen.

Nummelsburg. Donnerstag, den 18. Juni, abends 8 1/2 Uhr, bei Tempel, Alt-Borghagen 66; Vortrag. Genosse Simon Kagenstein: „Was muß die Proletarierin vom Alkohol wissen?“

## Gerichts-Zeitung.

### Unter der Gefindeordnung.

Wegen angeblich unberechtigten Verlassens des Dienstes waren die polnischen Arbeiterinnen Josepha und Viktoria Kubitzki von dem Gemeindevorsteher in Wupp mit Strafmahndaten von je 15 M. bedacht worden. Die Arbeiterinnen, die den Dienst bei dem früheren Dienstherrn Michaelis in Wupp ganz mit Recht verlassen haben, vertreteten ihren Kampf gegen Michaelis mit anerkanntem Eifer. Sie nahmen sich einen Verteidiger, schenken die zweite Reife von Viertelweid nach Halle nicht und rollten da die Behandlung auf dem Gutshof auf. Man hatte sie bei schwerer Arbeit, treuer Pflichterfüllung schwarze Hände und schlechte Katholiken genannt. Dann hatten sie zu wenig Essen bekommen und der Gutsherr hatte den beiden Mädchen in der ersten Zeit pro Woche 1 M. und schließlich 20 M. rechtswidrig vom Lohne vorenthalten. In der Verhandlung vor der Strafkammer Halle nannte der in die Enge getriebene Gutsherr die Mädchen „Freileins“ und gab zu, daß sie „noch so eine Stücker Wandel Part“ zu fordern hätten. Die Strafkammer in Halle sprach die Mädchen frei.

### Der vorgeschobene Geschäftsinhaber.

Der Häufig gelübten unläuterer Manipulation, zahlungsunfähige Personen als Geschäftsinhaber vorzuschoben, hinter deren Rücken dann die wirklichen Unternehmer Deutung suchen, ist dieser Tage die 2. Kammer des Kaufmannsgerichts mit einer durchaus zureichenden Entscheidung etwas entgegengetreten. Der Kläger K. wurde als Verkäufer für die Filiale eines Weingeschäftes engagiert, als dessen Inhaber ein gewisser Henseler figurierte. In Wirklichkeit hatte aber die Frau des Henseler, ein Fräulein Neumann, die ganze Geschäftsleitung unter sich. Im März wurde das Geschäft geschlossen, und Henseler reiste nach Frankreich, angeblich zur Regelung geschäftlicher Angelegenheiten. Um zu seinem Gelde zu kommen, erhob K. die Klage gegen Fräulein Neumann, dem diese habe das Geschäft geführt, zuletzt die Kassen-eingänge zu sich genommen und dem Kläger auch die eingekaufte Kautions in Katen zurückgezahlt. Mehrere Zeugen bestätigten auch eidlich die Behauptungen des Klägers. Der Zeuge Henseler, der kurz vor dem Termin von seiner „Geschäftsreise“ zurückgekehrt war, wollte die Forderung des Klägers für sich anerkennen, nur habe seine Frau nichts damit zu tun, denn er allein sei Inhaber gewesen. Auf eindringliches Befragen des Vorsitzenden und unter wiederholtem Hinweis auf die Gefahren des Meineids mußte H. aber zugeben, daß er ohne einen Pfennig eigenes Vermögen in kurzer Zeit fünf Weinhandlungen gründete, die nach und nach alle verkrachten. Den Hauptbetrag zur Gründung dieser Geschäfte, insgesamt circa 7000 M., gab ihm seine Frau Fräulein K.

Das Gericht kam auf Grund der Beweisaufnahme zu der Ueberzeugung, daß die Beklagte sich bereits während der Anwesenheit des Henseler als Geschäftsinhaberin geriert hat. Sie hatte die ganze Geschäftsleitung in die Hand genommen, hat den Lieferanten Aufträge erteilt und schließlich vom eigenen Gelde dem Kläger die Kautions zurückgezahlt. Die Beklagte hat somit die von H. begründete Schuld als Selbstschuld neben H. übernommen, wie ja auch in der Hauptsache mit ihrem Gelde das Geschäft gegründet wurde. Gemäß § 414 des Bürgerlichen Gesetzbuchs ist somit die Beklagte verpflichtet, dem Kläger das Gehalt bis 30. Juni zu zahlen, und wird dem Klageantrag gemäß verurteilt.

Auffällig ist, wie selten gegen solche Strohmännchen- oder Strohfraulein-Schreibungen Klage wegen Betruges durch die Staatsanwaltschaft erhoben wird.

### Lohnunterschlagung.

Der Meister H. hatte dem Bildhauer W. für seinen Kollegen S. 25 M. übergeben. W. führte aber seinen Auftrag, dem S. das Geld abzuliefern, nicht aus. Er war in lustige Gesellschaft geraten, machte ein „Eisheinen“ mit und verschwendete das Geld. Er schrieb an den Kollegen, daß er es verjumpt habe und ihm das Geld später geben werde. Als S. nach mehreren Wochen das Geld nicht erhalten hatte, verklagte er den Arbeitgeber auf Zahlung. Dieser wandte ein, er sei seiner Verpflichtung gegenüber dem Kläger S. ledig, wofür er sich besonders darauf berief, daß S. das Geld seinem Kollegen W. gestundet habe. S. möge sich an W. halten. Die Kammer III des Berliner Gewerbergerichts unter Vorsitz des Magistratsassessors Dr. Prerauer verurteilte jedoch mit Recht den Beklagten, an den Kläger S. die 25 M. Lohn zu zahlen. Begründet wurde angeführt, der Arbeitgeber hafet dem Arbeiter für den Lohn, wenn er das Geld einem unverantwortlichen Mittelsmann gebe und dieser es hinter sich behalte. Der Kollege W. sei ein unverantwortlicher Mittelsmann. Beklagter müsse dem Kläger S. den verdienten Lohn zahlen und versuchen, das schon mal an W. gezahlte Geld von diesem wieder zu erlangen.

### Prozess Riedel.

In dem Strafprozess gegen den Dr. phil. Viktor Riedel beantragte gestern der Staatsanwalt Dr. Schindler gegen den Angeklagten wegen Verleitung zum Weineide in zwei Fällen

Verführung Minderjähriger in vier Fällen und Sittlichkeitsverbrechen in einem Fall eine Gesamtstrafe von 8 Jahren Zuchthaus und 10 Jahren Ehrverlust. — Nachdem Rechtsanwalt Dr. Alsborg in 2 1/2 stündigem Plädoyer über die Schuldfrage des Angeklagten sich ausgelassen hatte, mußte die Sitzung wegen der bei der großen Hitze eingetretenen Erschöpfung der Prozeßbeteiligten abgebrochen werden. Zur Fortsetzung des Plädoyers des Dr. Alsborg und Entgegennahme des Plädoyers des Rechtsanwalts Hillebrand wurde hierauf die Sitzung auf heute Donnerstag 9 Uhr vertagt.

### Unterschlagung durch einen Anwalt.

Der Rechtsanwalt Seiler aus Burgstädt wurde gestern vom Chemnitzer Landgericht wegen Unterschlagung von 86000 Mark Kontogeldern zu drei Jahren Gefängnis und fünf Jahren Ehrverlust verurteilt.

### Bergehen gegen die Religion.

Ein junger Burche in Schwandorf (Oberpfalz) machte an Ostern in der dortigen Kirche das Abendmahl mit, wobei er nach Empfang der Hostie mit dem Finger in den Mund griff und unter Bemerkungen wie Dred, Bapp usw. ein Stück von dem Leib des Herrn an seine Hofe wuschte. Deshalb hat ihn das Landgericht in Amberg wegen Vergehens gegen die Religion zu sechs Wochen Gefängnis verurteilt.

Unserem Sangesbruder Karl Kyski, Engelauer, zu seinem heutigen 60. Geburtstag ein dreimal braunes Sängerbuch vom Sängerverein „Rote Reife I“, Schönberg. 27035  
Schon lange Jahre machst Du treu,  
Wir hoffen auch, es bleibt dabei!

Sozialdemokratischer Wahlverein für den 1. Berliner Reichstagswahlkreis  
Todes-Anzeige.  
Den Genossen zur Nachricht, daß unser Mitglied und langjähriger Vertrauensmann, der Schneider

Christian Bohn  
am Dienstag, den 16. d. M., im 42. Lebensjahre verstorben ist.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am Freitag, den 19. d. M., nachmittags 4 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Zentral-Friedhofes in Friedrichshagen aus statt.  
Um zahlreiche Beteiligung ersucht  
208/5  
Der Vorstand.

Verband der Schneider und Schneiderinnen.  
Todes-Anzeige.  
Den Mitgliedern geben wir hiermit bekannt, daß der Kollege

Christian Bohn  
(Mitglied der Verh. Kommission)  
am 16. Juni im Alter von 42 Jahren gestorben ist. 163/6  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet Freitag nachmittags 4 1/2 Uhr von der Leichenhalle des Städtischen Friedhofes, Friedrichshagen, aus statt.  
Die Ortsverwaltung.

Sozialdemokratischer Wahlverein für den 4. Berliner Reichstags-Wahlkreis.  
(Randsberger Viertel.)  
Bezirk Nr. 307.  
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Genosse, der Redner

Gustav Martins  
(Bernauer Str. 12)  
gestorben ist. 218/15  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am Freitag, den 19. Juni, nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle des Krankenhauses im Friedrichshagen aus nach dem Georgenkirchhof, Randsberger Allee, statt.  
Um rege Beteiligung ersucht  
Der Vorstand.

Verband deutscher Gastwirtsgehilfen  
(Ordnungsverwaltung Berlin).  
Am 15. Juni verstarb nach längerem Leiden unser altes Mitglied

Gustav Martins  
im Alter von 62 Jahren.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am Freitag, den 19. Juni, nachm. 5 Uhr, von der Leichenhalle des Krankenhauses im Friedrichshagen aus nach dem Georgenkirchhof, Randsberger Allee, statt.  
Um rege Beteiligung bittet  
288/12  
Der Vorstand.  
Dankagung.  
Odermit sagen wir allen Verwandten, Freunden und Bekannten, insbesondere dem Vorstand sowie den Mitgliedern des 1. Männerabts des Turnvereins „Fichte“, sowie dem Lotterieverein „Königsstadt“ für die rege Beteiligung und Kränzen, und allen, die meinen innigstgeliebten Sohn Felix die letzte Ehre erwiesen haben, unseren herzlichsten Dank. 27106  
Im Namen der Hinterbliebenen  
Moritz Pfeiffer nebst Familie.  
Sage allen Verwandten und Bekannten, der Firma M. Krause und dem Sängerverein meinen herzlichsten Dank für die große Teilnahme und reiche Kranzspende. 27036  
Wwo. H. Uhr.

Sozialdemokratischer Wahlverein Rixdorf.  
Todes-Anzeige.  
Den Parteigenossen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Maler

Max Klemmer  
(16b Bezirk)  
den 18. d. M.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am Donnerstag nachmittags 4 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des alten Rixdorfer Friedhofes (Rudowerstraße) aus statt.  
Um rege Teilnahme ersucht  
235/17  
Der Vorstand.

Deutscher Metallarbeiter-Verband  
Verwaltungsstelle Berlin.  
Todes-Anzeige.  
Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, die Arbeiterin

Emma Mielke  
am 15. d. M. an Lungenleiden gestorben ist.  
Ehre ihrem Andenken!  
Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 18. d. M., mittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Nummelsburger Kirchhofes in Nummelsburg, Neue Prinz Albersstraße, aus statt.  
Rege Beteiligung ersucht  
117/20  
Die Ortsverwaltung.

Verein Berliner Buchdruck- und Maschinenmeister.  
Den Kollegen bringen wir zur Kenntnis, daß unser Mitglied, der Maschinenmeister

Friedrich Gremmers  
am Sonntag den 10. durch Ertrinken gefunden hat.  
30838  
Der Vorstand.  
Dankagung.  
Sage allen Verwandten, Freunden und Bekannten, besonders dem Personal der Firma Lenz sowie dem Metallarbeiter-Verband meinen herzlichsten Dank. 34432  
Fr. Witwe Preiß.  
Es empfiehlt sich bei eintretendem Ertrinken möglichst sofort  
Westmanns  
Trauermagazin  
Hauptgeschäft:  
Berlin W., Mohrenstraße 37a, an den Kolonnen, 2. Haus von der Jerusalemstraße, und NO., Gr. Frankfurterstr. 115, 2. Haus von der Androssstraße, sowie Hauptabz. in allen Eisenbahnstationen.  
Um dem Publikum einen besonderen Vorteil zu bieten, gewähre ich auf diese Anzeige hin bei Kauf  
10 % Rabatt in bar!

Baustellen und Landparzellen  
R. von 4 Mark an  
nahe  
Bahn. Fredersdorf  
Auskunft täglich im Postamt am Bahnhof und bei  
Nieschke & Nitsche  
Berlin, Neue Königl. 16.  
Wanzen  
Schwaben, Russen, Flöhe, Mücken, Blattläuse etc. werden durch meine unfehlbar wirkenden Spezialmittel nicht nur vollständig vertilgt, sondern auch zerstört.  
In Flaschen resp. Schachteln a 30 Pf., 50 Pf., 1.00 bis 3.75 M.  
Zahlreiche lobende Anerkennungen.  
1000 M. Belohnung demjenigen, der mir ein Mittel gegen Wanzen, Flöhe, Mücken, Blattläuse etc. mitteilt.  
Hans Barth, Drogerie Brunnenstr. 14.



Partei-Angelegenheiten.

An die Parteigenossen!

Am Freitag, den 19. Juni, von 7 Uhr abends an, findet eine

Flugblattverbreitung

in den Bezirken Groß-Berlins statt. Das Flugblatt soll vornehmlich allen denjenigen...

Vom 21. Juni ab ist dann Nachfrage zu halten und zum Eintritt in den Wahlverein und Abonnement für den „Vorwärts“ aufzufordern.

Nach den so günstigen Wahlergebnissen dürfte auch diese Arbeit eine erfolgreiche sein und uns denselben großen Erfolg bringen...

Der Zentralvorstand.

Eine öffentliche Schifferversammlung findet am Sonntag, den 21. Juni, nachmittags 5 Uhr, in Feuersteins Festsaal, Alte Jakobstraße 75, statt.

Zur Verbreitung der Handzettel ersuchen wir die Genossen, welche dieselbe übernommen haben...

Rixdorf. Die Parteigenossen werden darauf hingewiesen, daß die am 19. Juni stattfindende Flugblattverbreitung nunmehr wieder nach der alten Bezirkseinteilung erfolgt.

Stralau. Heute abend findet in allen Bezirken eine wichtige Flugblattverbreitung statt. Da dieselbe äußerst gewissenhaft ausgeführt werden muß, wird erwartet, daß alle Genossen pünktlich zur Stelle sind.

Fredericksdorf-Petersdamm. Heute abend 8 Uhr im Lokal von Max Gierke, Fredericksdorf: Wahlabend.

Trebbin. Am Sonnabend, den 20. Juni, abends 8 Uhr, bei Wolf: Wahlvereinsversammlung. Tagesordnung: 1. Aufnahme neuer Mitglieder und Kasse. 2. Ausgang der Landtagswahl. 3. Verschiedenes.

Vichtenberg. Den Genossen zur Kenntnis, daß auch für unseren Ort die Flugblattverbreitung erst am Freitag, den 19. d. Mts. stattfindet.

Rummelsburg. Den Parteigenossen zur Nachricht, daß die bereits im „Vorwärts“ für heute Donnerstag beantragte Flugblattverbreitung nicht heute, sondern erst morgen Freitag, abends von 7 Uhr ab, von den bekannten Lokalen aus stattfindet.

Die Große Berliner Straßenbahn verfenet an die Presse eine Erklärung zu den Beschlüssen der städtischen Verkehrsdeputation, in der es heißt:

Wie bekannt, haben die Stadt Berlin und mehrere Vorortgemeinden den beiden genannten Gesellschaften die mit Rücksicht auf die Tunnelprojekte nachgesuchte 90jährige Zustimmung...

Eine Stellungnahme unsererseits gegenüber diesen Beschlüssen ist naturgemäß so lange unmöglich, bis die Stadt nicht mit bestimmten Vorschlägen an uns herantritt.

Bei dem erheblichen Eingriff in unsere wohlverordneten Rechte, wie ein solcher bei dem städtischerseits geplanten Arrangement eintreten müßte, darf man sich allerdings nicht verhehlen, daß seiner Durchführung erhebliche Schwierigkeiten im Wege stehen würden.

Die Direktionen: Dr. Mide. Kochler.

Die Erklärung läßt an Dreistigkeit nichts zu wünschen übrig. Daß die Große Berliner im Wege des Ergänzungsverfahrens sich die fehlende Zustimmung zu ihren vollkommen unfertigen, in ständiger Umänderung befindlichen Projekten verschaffen will, hat sie schon oft gesagt; es bedurfte der Wiederholung einer solchen öffentlichen Versicherung durchaus nicht erst.

Was aber die beabsichtigten Tunnelbauten am Opernplatz und am Brandenburger Tor betrifft, so ist es einfach köstlich, zu lesen: „Wir — die Straßenbahn, nicht etwa die Behörden — würden derartige Vorschläge selbstverständlich einer eingehenden Prüfung unterziehen und dabei wie bisher auf die Förderung der öffentlichen Verkehrsinteressen in vollem Maße Rücksicht nehmen.“

Christian Bohne. Wieder ist ein braver und treuer Parteigenosse dahingegangen: der Schneider Christian Bohne.

Vor über zwei Jahrzehnten, noch unter dem stuchwürdigen Sozialistengesetz, trat der Verstorbene der Organisation des ersten

Berliner Wahlkreises bei und wurde bald durch das Vertrauen der Genossen in den Vorstand des damals neu gegründeten Wahlvereins berufen.

Durch sein ruhiges, sicheres und klares Auftreten wurden auch weitere Kreise auf Bohne aufmerksam und vertrauten ihm mit den höchsten Parteiämtern. Vom Jahre 1892—1902 fungierte er als Vertrauensmann der Partei in Berlin.

Trotz einer schweren Verletzung fand man den Genossen Bohne stets im Vordertreffen der Berliner Bewegung, in welcher er sich allgemeiner Sympathie und Achtung erfreute.

Auch in seiner Berufsorganisation war der Verstorbene mit vollem Eifer tätig. An seinem noch offenen Grabe bringen wir dem Dahingegangenen den Hohn des Dankbarkeit und der Anerkennung dar. In Christian Bohne ist uns einer der treuesten Streiter im Emanzipationskampf des Proletariats entziffen worden.

Von der Landtagswahl wird noch berichtet: Durch die Vergeltlichkeit eines Wahlmannes ist das Resultat im 12. Wahlkreis für die Freisinnigen günstig geworden. Bis 2 Minuten vor 7 Uhr standen die Freisinnigen auf 165, die Konservativen auf 164 Stimmen. Die Freisinnigen konnten ihre fehlenden Wahlmänner nicht mehr heranzubringen, während es einem Schlepper der Konservativen gelungen war, noch unmittelbar vor Wahlstich einen Wahlmann seiner Partei zu Hause anzutreffen.

Von einem anderen Wahlmann, der sowohl von den Freisinnigen wie von den Konservativen im 12. Bezirk aufgestellt und gewählt wurde, wird berichtet, daß er von den Schleppern der beiden Parteien nicht aufgefunden war.

Im 10. Landtagswahlbezirk hatte ein Wahlmann der Freisinnigen seine Stimme an der verkehrten Stelle abgegeben und war wieder nach Hause gegangen. Gegen 5 Uhr nachmittags wurde in der freisinnigen Wählerliste festgestellt, daß Herr X. seiner Wahlpflicht noch nicht genügt habe.

Die Ohrfeigen des Direktors. Das „Berliner Tagebl.“ schreibt: Aus einer Reihe von Zuschriften, die uns aus unserem Leserkreise zugeht, ersehen wir, daß der Direktor der Luisenstädtischen Oberschule, Dr. Marcuse, den ihm anvertrauten Kindern Schläge an den Kopf versetzt, die wegen ihrer Gefährlichkeit von der Behörde streng verboten sind.

Arbeiter-Bildungsschule Berlin. Wir machen die Mitglieder darauf aufmerksam, daß auch während der Schulferien die Bibliothek jeden Donnerstag von 8—9 Uhr geöffnet ist. Mitgliederbeiträge können gleichfalls daselbst gezahlt werden.

Zu meinem Bedauern muß ich Ihnen mitteilen, daß Ihr Sohn Fritz sich im Verein mit anderen Schülern wiederholt an grobem Unfug beteiligt hat, der außerhalb der Schule verübt ist. Der Verwalter des Hauses Hohenheide 51 hat sich beschwert. Fritz erhält eine Stunde Nachbleiben. Als ich ihn gestern wegen dieser Sache befragte, benahm er sich so unbescheiden, daß ich ihm eine Ohrfeige gab.

Die Direktionen: Dr. Mide. Kochler.

Es dürfte Herrn Dr. Marcuse bekannt sein, daß ein Lehrer nicht berechtigt ist, an den Kopf zu schlagen. Was soll man aber zu einem Schulleiter sagen, der selber inforrell handelt und keine Vergeßen seiner Schüler zu Haupt- und Staatsaktionen aufbaut? Es ist sehr läßlich vom „Berliner Tageblatt“, daß es Herrn Dr. Marcuse belehrt, daß ein Lehrer nicht berechtigt ist, an den Kopf zu schlagen.

Es dürfte Herrn Dr. Marcuse bekannt sein, daß ein Lehrer nicht berechtigt ist, an den Kopf zu schlagen. Was soll man aber zu einem Schulleiter sagen, der selber inforrell handelt und keine Vergeßen seiner Schüler zu Haupt- und Staatsaktionen aufbaut?

Es dürfte Herrn Dr. Marcuse bekannt sein, daß ein Lehrer nicht berechtigt ist, an den Kopf zu schlagen. Was soll man aber zu einem Schulleiter sagen, der selber inforrell handelt und keine Vergeßen seiner Schüler zu Haupt- und Staatsaktionen aufbaut?

Es dürfte Herrn Dr. Marcuse bekannt sein, daß ein Lehrer nicht berechtigt ist, an den Kopf zu schlagen. Was soll man aber zu einem Schulleiter sagen, der selber inforrell handelt und keine Vergeßen seiner Schüler zu Haupt- und Staatsaktionen aufbaut?

Es dürfte Herrn Dr. Marcuse bekannt sein, daß ein Lehrer nicht berechtigt ist, an den Kopf zu schlagen. Was soll man aber zu einem Schulleiter sagen, der selber inforrell handelt und keine Vergeßen seiner Schüler zu Haupt- und Staatsaktionen aufbaut?

einer Magenkrankheit zu Bett legen. Während nun seine Frau in der Küche mit dem Zubereiten des Abendessens beschäftigt war, erhob sich S. plötzlich von seinem Lager, rief das Fenster auf und stürzte sich aus der Höhe des dritten Stockwerks auf den Hof hinab. Mit zerstückelten Gliedern blieb der Lebensmüde unten liegen. Der Tod trat fast auf der Stelle ein.

Zwei schwere Fahrstuhlunfälle sind wieder zu beklagen. Einer verlief tödlich. Auf dem Schlesischen Bahnhof war seit 30 Jahren der 75 Jahre alte Telegraphenarbeiter Samuel Goyte aus der Friedrichselder Straße 15 im Fallraum der Beleuchtungsanlage beschäftigt.

Auf dem Wege von der Kochstraße nach der Hagenbergstraße sind verloren worden eine Kasse Nr. 2 vom Verband der Tapezierer, sowie eine größere Anzahl Marken verschiedener Sorten, Zeitungen, acht Verbandsbücher und ein Kontobuch. Abzugeben beim Verband der Tapezierer, Engelstraße 15, Zimmer 6a.

Feuerwehrrachrichten. Die Feuerwehr hatte gestern an vielen Stellen zu tun. U. a. nachts in der Pflasterstr. 46, wo in einer Wäderei Holz usw. in Brand geraten war. Um Mitternacht brannten Drehbohlen u. a. in der Bernauerener Straße 7/8.

Der Teltower Kreisaußschuß als „Rechts“-Instanz! Der Rechtsbetrieb, wie er in den von feudalem Geiste beherrschten Verwaltungsorganen, speziell in den unteren, gehandhabt wird, hat schon häufig, aber leider immer noch zu wenig, zu schärfster Kritik herausgefordert.

Vorort-Nachrichten.

Der Teltower Kreisaußschuß als „Rechts“-Instanz! Der Rechtsbetrieb, wie er in den von feudalem Geiste beherrschten Verwaltungsorganen, speziell in den unteren, gehandhabt wird, hat schon häufig, aber leider immer noch zu wenig, zu schärfster Kritik herausgefordert.

Der Teltower Kreisaußschuß als „Rechts“-Instanz! Der Rechtsbetrieb, wie er in den von feudalem Geiste beherrschten Verwaltungsorganen, speziell in den unteren, gehandhabt wird, hat schon häufig, aber leider immer noch zu wenig, zu schärfster Kritik herausgefordert.

Der Teltower Kreisaußschuß als „Rechts“-Instanz! Der Rechtsbetrieb, wie er in den von feudalem Geiste beherrschten Verwaltungsorganen, speziell in den unteren, gehandhabt wird, hat schon häufig, aber leider immer noch zu wenig, zu schärfster Kritik herausgefordert.

Der Teltower Kreisaußschuß als „Rechts“-Instanz! Der Rechtsbetrieb, wie er in den von feudalem Geiste beherrschten Verwaltungsorganen, speziell in den unteren, gehandhabt wird, hat schon häufig, aber leider immer noch zu wenig, zu schärfster Kritik herausgefordert.

aufgenommen worden seien. Die Verfahren sei gesetzlich und habe in Richterhand zu einer Verschiebung der Wählerlisten geführt, was ebenfalls von der Beklagten zugegeben sei. Nach § 55 der L. O. müsse die Gemeindegliederliste, gemäß § 39, Abs. 2, die Grundlage der Wahl bilden. Es müßten daher alle jene Gemeindeglieder, die mit ihren Abgaben im Rückstande seien, bei denen also nur die Ausübung des Wahlrechts für die Dauer dieses Zustandes ruhe, in die Wählerliste aufgenommen werden mit dem entsprechenden Vermerk. Zahle ein solches Gemeindeglied seine Gemeindegabgaben, so müsse es jederzeit laut § 44 der L. O. sein Wahlrecht ausüben können, und deshalb müsse auch die Aufnahme in die Wählerliste erfolgen. Wäre die entgegengekehrte Rechtsauffassung der Beklagten richtig, dann wäre der ganze § 44 der L. O. geradezu unsinnig, und alle diejenigen Wähler, die nach Auslegung der Wählerliste ihre Pflichten gegen die Gemeinde erfüllen, wären einfach rechlos.

Der Einwand der Beklagten, daß die Anweisung des Ministers die Aufnahme der mit Steuern rückständigen Gemeindeglieder in die Wählerliste verbiete, sei hinfällig, weil diese Anweisung gesetzwidrig und von dem höchsten Gerichtshof bereits dekadentiert worden sei, auch die von der Beklagten angezogene Entscheidung des Oberverwaltungsgerichts vom 7. Juli 1903 sei nicht antwortbar, da sie sich mit der Städteordnung befaße und mit der gegenwärtigen Frage absolut nichts zu schaffen habe. Zu seiner — des Klägers — Überraschung berufe sich der Vertreter der Beklagten in seinem Schriftsatz auch auf ein Erkenntnis des Oberverwaltungsgerichts vom 8. Oktober 1903 in Sachen Eisner gegen die Gemeindevertretung Groß-Richterfelde, das aber von der Gegenpartei völlig mißverstanden worden sei. Gerade dieses Urteil, dessen Original hier vorliegt, habe sich mit einer alle Zweifel ausschließenden Deutlichkeit auch darüber ausgesprochen, ob solche Wähler, die mit ihren Abgaben im Rückstande seien, in die Wählerliste aufgenommen werden müßten. Es heiße dort wörtlich: „Auch dafür, ob die Ausübung des Wahlrechtes zeitweilig entzogen ist, muß der Inhalt der Wählerliste maßgebend sein, so daß dem Wahlvorstand eine Prüfung der Richtigkeit dieses Inhaltes nicht zusteht.“ Nach der Anweisung II. zur Ausführung der Landgemeindeordnung vom 28. Dezember 1891 zu B. Nr. 1 soll bei der Aufstellung der Liste der Gemeindeglieder und Stimmberechtigten (§ 39 der Landgemeindeordnung) in ihr das Ruhen des Gemeindeglieds vermerkt werden. Dieser Vermerk muß auch demnach bei Aufstellung der Wählerliste (§ 55) berücksichtigt werden.“

Daraus gehe klar hervor, daß der Klage stattgegeben werden müsse auf Verichtigung der Wählerliste.

Der Vertreter der Beklagten bezog sich in seiner Erwiderung auf die ministerielle Anweisung, die für den Gemeindevorstand maßgebend sei, und auf eine Entscheidung des — Kreisauschusses, der vor einiger Zeit dieselbe Klage von anderer Seite abgewiesen habe. Außerdem — meinte Herr Schulz — seien doch die Wähler gar nicht besser daran, wenn sie mit dem Vermerk des Ruhen in die Wählerliste aufgenommen würden, weil sie, selbst wenn die Abgaben bezahlt worden wären, infolge dieses Vermerkes nicht wählen dürften, denn eine „Abänderung“ der Wählerliste sei unzulässig. Es war dem Kläger nicht schwer, den fundamentalen — Irrtum des Herrn Gemeindevorstandes zu widerlegen.

Der Gerichtshof zog sich hierauf zur Beratung zurück. Genosse Bengel hatte in seinen Ausführungen deutlich genug durchsagen lassen, daß er das Urteil bereits kenne und so war er durchaus nicht überrascht, als der Vorsitzende die Abweisung der Klage verkündete mit der Begründung, daß der Kreisauschuß schon einmal in einer gleichen Sache die Klage abgewiesen habe. Was sind Gesetze, was ist Recht, was sind Entscheidungen der höchsten Instanz für den Keltower Kreisauschuß! Nicht! Es wird dafür gesorgt werden, daß dem Kreisauschuß Belehrung zuteil wird.

### Charlottenburg.

**Freie Volkshöhle Charlottenburg.** Die Jubiläumsvorstellung der „F. W. C.“ findet am Sonntag, den 21. Juni, 8 Uhr nachmittags, im Schiller-Theater, Charlottenburg, statt. Gezeigt wird eines der bekanntesten und beliebtesten Stücke, Hermann Sudermanns „Heimat“. Die Beitragsmarken müssen am Sonnabend, 20. Juni, geklebt sein. — Die nächstfolgende Vorstellung der „F. W. C.“ bringt, wie bereits mitgeteilt, Gerhart Hauptmanns „Weber“.

### Schöneberg.

#### Stadtverordnetenversammlung.

Einem dringlichen Antrage des Magistrats, nach welchem derselben die erforderlichen Mittel zur Bekämpfung der Haarkrankheit zur Verfügung gestellt werden, wird einstimmig zugestimmt. Auf eine Antrage aus der Versammlung über die Entsefung und den Stand der Haarkrankheit erwidert Bürgermeister Blankenstein, daß die Anfänge der Krankheit ungefähr zwei Monate zurückliegen. Da diese Krankheit hier bisher völlig unbekannt war, so habe man sich erst nach Wien und Paris wenden müssen, um die nötigen Anhaltspunkte herauszufinden. Was den Ursprung der Krankheit betrifft, so sei diese wahrscheinlich im katholischen Antoniuskloster entstanden und dann auf die katholische Gemeindeglieder übergegangen. Man habe aber nur mit vereinzelt Fällen zu tun, von einer Epidemie kann nicht die Rede sein. Eine große Anzahl von Kindern sind gewonnen, um der Krankheit möglichst schnell Herr zu werden. Am Donnerstag soll mit den Untersuchungen sämtlicher Volksschüler begonnen werden, worauf am Montag die Untersuchung in den höheren Schulen beginnt. Durch diese Untersuchungen wird man erst die wirklichen Unterlagen für den Stand der Krankheit finden. Von Seiten des Magistrats ist alles in die Wege geleitet, um die Krankheit im Keime zu ersticken. Anlaß zu irgend welchen Wehrmaßnahmen liegt nicht vor. Uebrigens ist die Krankheit ohne jeglichen Einfluß auf den Gesundheitszustand der davon Betroffenen. Es handle sich lediglich um eine Schönheitsverletzung. Stadtv. Dr. Friedemann ergänzte noch die Ausführungen, wobei er darauf hinwies, daß man viel mehr Ursache habe, die Bekämpfung der Kopfleide vorzunehmen, als sich über diese Haarkrankheit ganz unnötigerweise aufzuregen.

Der Ausschuh Antrag, worin der Magistrat ersucht wird, baldigst eine Vorlage über die Einrichtung einer Schreibstube für Beschäftigungslose zu machen, wird angenommen. Der Magistratsvertreter teilte bei dieser Gelegenheit mit, daß es besser sei, die Einrichtung der Schreibstube einem Verein zu übertragen, als in eigener Regie vorzugehen. Desbezügliche Schritte sind schon in die Wege geleitet. In der nächsten Zeit wird eine entsprechende Vorlage gemacht werden.

Zugestimmt wird sodann einer Vorlage des Magistrats, betreffend den Ausbau des Rieselgutes in Deutsch-Wusterhausen, Einrichtung einer Mischwirtschaft und Bau eines Schulhauses. Die erforderlichen Mittel in der Höhe von 204.000 M. werden bewilligt.

Ein Dringlichkeitsantrag der sozialdemokratischen Fraktion, in welchem die erforderlichen Mittel verlangt werden, um eine Anzahl von Kindern in den Monaten Juni, Juli und August täglich nach dem Grunewald zu befördern, wird einem sofort eingeleiteten Ausschuh von 7 Mitgliedern überwiesen.

Die Petition um Ueberweisung von 5000 M. an die Robert Koch-Stiftung wird einstimmig dem Magistrat zur Berücksichtigung empfohlen.

Eine weitere Vorlage des Magistrats verlangt die Einrichtung einer Rechtsauskunftsstelle, wofür die Mittel in Höhe von 3300 M. verlangt werden. Die Einrichtung und Unterhaltung, die im Hause Apostel-Paulus-Str. 8 gedacht ist, soll dem Verein für Rechtsauskunft übertragen werden, wofür die Stadt eine jährliche Unterstützung von 2500 M. an den Verein zu zahlen hat. Die Räume werden auf Kosten der Stadt zur Verfügung gestellt. — Einige Redner halten es für bedenklich, einem Verein ein derartiges Institut zu übertragen und verlangen, daß die Stadt die Angelegenheit selbst in die Hand zu nehmen habe. Die Vorlage wird darauf zunächst einem Ausschuh überwiesen.

Längere Auseinandersetzungen brachte die Vorlage des Magistrats, auf dem städtischen Rieselgute ein Alters- und Siechenheim zu errichten. In der Debatte sprachen mehrere Stadtverordnete ihre Werturteilung darüber aus, daß man mit dieser Einrichtung nach dem Rieselgute gehen solle. Ramentlich wendete sich Stadtverordneter Hoffmann (Soz.) dagegen, daß man die alten Leute nach dem Rieselgut abschieben wolle, man habe vielmehr die Pflicht, diese Leute in der Nähe der Stadt unterzubringen. Die Magistratsvertreter heben die Vorteile hervor, die daraus entstehen, wenn das Alters- und Siechenheim auf dem Rieselgute errichtet würde. — Die Angelegenheit wird zunächst einem Ausschuh von 13 Mitgliedern überwiesen.

Die Bestätigung der Wahl unseres Genossen Magnan in die Schuldeputation, der an die Stelle des nicht bestätigten Genossen Pohlenz gewählt wurde, ist ebenfalls versagt worden. Die Stadtverordnetenversammlung hat nun zum dritten Male an die Ersatzwahl heranzugehen.

### Potsdam.

Jugendspielplätze werden jetzt von der Stadt auf dem brachliegenden städtischen Terrains an der Kasernen-Allee eingerichtet. Der Magistrat fordert für die erforderlichen Planierungsarbeiten einen Betrag von 88 M. Der Magistrat kommt damit einem lang gehegten Wunsch der Bevölkerung von Potsdam W. W. nach, deren Kinder einen geeigneten Spielplatz erlangen müßten. Es wäre freudig zu begrüßen, wenn der Magistrat auch andere städtische Grundstücke, über die nicht verfügt ist, zu diesem Zwecke bereit stelte. Was bei Mietvermietungen an Zinsen auch verloren ginge, das würde dem untergeordneten Interesse des Volkswohles zugute kommen.

## Gerichts-Zeitung.

#### Rachflänge zum Jandorf-Boylott.

Der Arbeiter Suhr hatte im Oktober 1907 vor dem Warenhaus Jandorf in der Veteranenstraße Einladungen zu einer Versammlung der Handlungsgehilfen verteilt. Es war ihm dafür ein Strafmandat über 5 Mark zuteil geworden, weil er keine Erlaubnis zum Verteilen der Druckschriften hatte.

Suhr beantragte gerichtliche Entscheidung. Das Schöffengericht Berlin-Mitte bestätigte den Strafbefehl, indem es eine unentgeltliche Verteilung — die entgeltliche bedarf keiner Genehmigung — deshalb für vorliegend erachtete, weil der Angeklagte die Verteilung vorgenommen hat, ohne Entgelt zu verlangen oder zu erwarten.

Diese Begründung erschien dem Landgericht I, das der Angeklagte alsdann anrief, dem doch unhaltbar, zumal ein Zeuge, wie schon in erster Instanz, behauptete, daß er an den Angeklagten für das Verteilen 1 M. gezahlt hatte. Aber auch in zweiter Instanz wurde der Angeklagte verurteilt. Das Landgericht erklomm den Gipfel der Weisheit, indem es für allein entscheidend erklärte, ob die Personen, an welche die Druckschriften verteilt werden, dafür etwas zahlen oder zu entrichten haben.

Nun ging der Angeklagte an das Kammergericht. Dies hob das Urteil des Landgerichts auf. Es erklärte die Ansicht der Vorinstanz für unzutreffend und sprach aus, daß das Verteilen von Druckschriften dann unentgeltlich sei, wenn der Verteiler für die Arbeit des Verteilens von seinem Auftraggeber keinen Lohn erhalte. Aber auch das Kammergericht sprach den Angeklagten noch nicht frei, es gestand zwar zu, daß der Angeklagte nach den Feststellungen der Strafkammer für die Arbeit des Verteilens eine Vergütung von einer Mark erhalten hatte, es meinte aber weiter: „Gleichwohl wäre die Verteilung keine entgeltliche, wenn etwa der gezahlte Betrag nur zum Schein gegeben, in Wahrheit aber kein Äquivalent für die aufgewendete Mühe sein sollte.“ Das Kammergericht wies deshalb die Sache an das Landgericht zurück.

In der erneuten Verhandlung behauptete gestern der Zeuge Habler, daß er an den Angeklagten für das Verteilen 50 Pfennig pro Stunde gezahlt habe und daß dies der übliche Satz sei, auf dessen Bezahlung ohne Abrede gerechnet werden könne.

Daraufhin beantragte der Verteidiger, Rechtsanwalt Dr. Kurt Rosenfeld, die Freisprechung des Angeklagten und die Uebernahme der notwendigen Auslagen der Verteidigung auf die Staatskasse. Er wies darauf hin, daß es nicht Schuld des Angeklagten gewesen sei, wenn erst das Kammergericht das geltende Recht richtig angewandt habe. Der Staatsanwalt erachtete die Freisprechung für nötig und ausreichend. Das Gericht erkannte auf Freisprechung und legte ferner die Kosten der Verteidigung der Staatskasse auf.

## Vermischtes.

#### Unsere Eisenbahnzustände.

Uns wird geschrieben: Den Tod auf der Maschine fand der Lokomotivheizer Popiela auf dem Bahnhof zu Gleiwitz, wo sich R. durch zu weites Hinauslehnen an einem Lichtmast den Kopf zerschmetterte, so meldet kurz und laß der Telegraph in Nr. 136 dieses Blattes. Daß nur die Angehörigen des Getöteten nicht verabsäumen, wenigstens ihre Ansprüche geltend zu machen, da es ja nicht geling, den höheren Beamten zur Bestrafung zu ziehen, der den Tod des Arbeiters verschuldet hat. Immerhin läßt sich nachweisen, daß hier für die fahrlässige Vernichtung eines Menschenlebens das Eisenbahnbetriebsamt, das die Aufstellung der Lichtmasten anordnet, die Schuld trägt.

Das Hinauslehnen aus der Maschine ist eine unumgänglich notwendige Diensthandlung, denn Lokomotivführer und Heizer müssen fortwährend die Zeichen und Rufe der Rangiermaschinen beachten. Aber selbst wenn es sich nicht um eine Rangiermaschine handelt, bleibt die Sachlage dieselbe. Der Begriff „zu weit hinauslehnen“ ist nicht nach Zentimetern festzusetzen, der Beamte lehnt sich eben so weit hinaus, wie es augenblicklich die Wahrnehmung seiner dienstlichen Tätigkeit fordert, und die Aufstellung der Lichtmasten und alles Eisenbahnzugehöriges muß so erfolgen, daß durch bloßes Hinauslehnen die Köpfe der Arbeiter nicht zerschmettert werden, während die Augen Köpfe der Beamten in der Distanz ihr behagliches Leben führen.

Es fehlt leider an Gesetzebestimmungen, auf Grund deren man die höheren Eisenbahnbeamten für fahrlässige Handlungen zur Verantwortung ziehen kann. Auf den Bahnhöfen ist die Eisenbahnverwaltung selbst Polizei, es gibt also keine Instanz, die bereit wäre, den Beamten, der die fahrlässige Aufstellung des Lichtastes anordnet, hat zu verfolgen, denn die Eisenbahndirektion hat jedenfalls den Lageplan, auf den der Lichtmast eingezeichnet ist, geprüft und durch Unterschrift eines höheren Eisenbahnbeamten genehmigt. Die Direktion wird den Beamten nicht nennen und dem nächst untergebenen Eisenbahninspektor, der die Stelle bezeichnet hat, an der der Lichtmast stehen soll, auch nicht zu nahe treten. Der Eisenbahnminister ist

Jurist, hat keine Vorstellung davon, wie leicht durch ein Versehen am die Menschenleben gefährdet werden und sucht vor allen Dingen nach dem Paragraphen der Dienstvorschriften, gegen den der Zerschmetterte beim Hinauslehnen verstößt hat. Die Strafverfolgung eines Direktionsmitgliedes oder eines Eisenbahnbetriebsbeamten ist wieder ausgeschlossen. Die Lokomotivführer und Heizer dürfen sich auch fernerehin im Dienstfeier an den Pflichten der Eisenbahndirektionen die Köpfe zerschmettern, ohne daß vorbeugende Maßregeln oder Stellungänderung solcher Lichtmasten zu erwarten sind.

Es ist ja bestimmt eine Dienstvorschrift vorhanden, aus der sich beweisen läßt, daß der Zerschmetterte „durch eigene Schuld“ sein Leben verloren hat.

Ein fürchtbares Unwetter entlud sich, wie uns aus Duisburg am Rhein vom Dienstag, den 16. Juni, geschrieben wird, über die Stadt und ihre nächste Umgebung. Schwarz wie die Nacht auf der einen Seite, schgrau auf der anderen türmten sich drohend die Wolken gegeneinander auf, und in kurzer Zeit war der ganze Horizont in eine wildbewegte Masse verwandelt. Bliz auf Bliz zuckte hernieder, begleitet von knatternden Donnerlärm, und krachend flogen bald von diesem, bald von jenem Dache Ziegel, Sparrenstücke und Dachrinneenteile auf den Straßen umher. In einer einzigen Straße wurden nicht weniger als 7 Blizschläge gezählt, auch eine Volksschule wurde während des Unwetters vom Blizschlage getroffen. Telegraphenmasten und Bäume von Rannesstraße lagen an verschiedenen Stellen wie Streichhölzer geknickt abgebrochen auf der Erde. Dabei floß der Regen in Strömen herunter, Gärten vielfach in einen Schlamm verwandelnd. Viele junge Bäume sind entwurzelt und zertrümmert, und der Erfolg mancher Mühe und Arbeit in einer einzigen Stunde vernichtet. In verschiedenen Stellen, unter anderem auch in einem Fabrikgelände, zündete der Bliz, doch konnte unter den strömenden Regengüssen kein größeres Schadenfeuer zum Ausbruch kommen. Wie groß der auf den Feldern und in den Gärten angerichtete Schaden ist, wird sich erst später übersehen lassen.

Ein Opfer der Blizpöbelstöße. In diesen Tagen züchtigte, wie aus Frankfurt a. M. telegraphiert wird, die 45 Jahre alte Lehrerin Sieglismund in dem Vorort Oberad eine 10jährige Schülerin im Schlag sie derart mit dem Kopf auf das Pult, daß das Kind bewußtlos zusammenbrach. Die Schülerin ist gestern nachmittag, ohne das Bewußtsein erlangt zu haben, gestorben. Die Leiche wurde von der Staatsanwaltschaft beschlagnahmt. Die Lehrerin war bereits 15 Jahre in Stellung.

Durch Blizschlag getötet wurde im Kreise Wittlage der Ackerbauer Finkle nebst Frau und Sohn.

**Verband der Friseurgehilfen Deutschlands.** (Zweigverein Berlin und Soroc.) Heute abend 7 1/2 Uhr Generalversammlung Rosenhaller Straße 11/12.

**Verband deutscher Barbiers, Friseure und Perückenmacher-Gehilfen.** Heute abend 10 Uhr Steinstr. 2. **Les- und Vortragsklub „Wilhelm Dieblich“.** Heute abend 9 Uhr bei Dußl, Dampfer Straße 63.

## Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet Lindenstraße Nr. 8, zweiter Hof, dritter Eingang, vier Treppen, am Freitag abends 7 bis 9 Uhr abends, 7 Uhr Sonntag abends 7 bis 9 Uhr abends, 7 Uhr abends. Jede Anfrage ist ein Buchstabe und eine Zahl als Werkzeichen beizufügen. Briefliche Antworten werden nicht erteilt. Eilige Fragen trage man in der Sprechstunde vor.

**N. Müller.** 1. Ra. 2. Boroibohnen — G. 83. Die Steuer ist zu zahlen. Verjährung tritt erst in vier Jahren ein. — G. 2. 500. Straßbar, aber nicht richtig. Auf Rückzahlung könnte mit Erfolg geklagt werden.

**N. B. 15.** Organ die Legeler Feuererlöschung müssen Sie reklamieren. — B. 3. 36. Der Lohn kann in Ihrem Falle in voller Höhe mit Beschlag belegt werden, soweit es sich um die laufende Lohnentlohnung handelt. — N. B. 10. Rigdorf. 1. Rein. 2. Die Verleugung konnte nur nach gerichtlicher Anordnung gegen den Willen der Miteigentümer zwecks Auseinandersetzung durchgeführt werden. Die Kosten fallen der Gesamtheit zur Last. 3. Schweiß. Das wäre auch ohne Verkauf möglich.

**N. B. 11a.** Ja, für die Frau. — N. 4. 1. Ja. 2. Von allen Kindern; für die minderjährigen hätten deren Vormünder zu unterschreiben. 3. und 4. Ist ohne Eintrag in den Vorstand der Eintragung nicht zu beantworten. — 2. Westende. Sie sind im Recht. — W. 3. 200. Der Antrag auf Naturalisation ist seitens des Reichsdeutschen an den Vizekonsul zu richten. Ein Recht auf Naturalisation hat der Ausländer nicht. Wird dem Antrage stattgegeben, so sind 50 Mark Gebühren zu zahlen. — L. 2. 32. Die erste Frage ist zu verneinen, der zweite zu bejahen. Ob der Inhalt der Briefverträge etwa eine andere Benennung enthält, ist ohne Eintrag in die Bücher nicht zu sagen.

**G. 2. 1.** Die Kündigung ist gültig. — G. 3. 7. 1. Rein. 2. Ein Paß ist zweckmäßig, aber nicht notwendig. 3. Der Antrag ist zunächst an das Standesamt zu richten. — W. 26. 1. Ra. 2. Dagegen gibt es keine Mittel. 3. Der Mann kann Herausgabe der Kinder verlangen. — W. 45. Rein: ein Mann wird erst mit zurückgelegtem 21. Lebensjahre heiratsfähig. — Hans 222. 1. Ragen Sie den Bericht. 2. An das zuständige Amt. — N. R. 999. 1. Rein. 2. Vorher warn haben.

3. Werden Sie sich an Reichel, Behnensee, Röllstraße 131 a.

**Amlicher Marktbericht** der städtischen Marktstellen-Direktion über den Großhandel in den Zentral-Markthallen. Marktlinge: Fleisch: Zufuhr schwach, Geschäft still, Preise unverändert. Wild: Zufuhr genügend, Geschäft matt, Preise wenig verändert. Geflügel: Zufuhr genügend, Geschäft still, Preise wenig verändert. Fische: Zufuhr genügend, Geschäft sehr schleppend, Preise nachgebend. Butter und Käse: Geschäft lebhaft, Preise in Butter höher. Gemüse, Obst und Südfrüchte: Zufuhr genügend, Geschäft anfangs lebhaft, später flau, Preise ziemlich fest.

**Witterungsbericht vom 17. Juni 1908, morgens 8 Uhr.**

Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Temperatur in C	Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Temperatur in C
Entenende	758.8	SW	3	16.5	Papenburg	756.5	SW	4	16.5
Damburg	756.8	RWD	2	16.5	Petersburg	768.5	SW	1	16.5
Berlin	757.5	SW	2	16.5	Schiff	757.5	RWD	1	16.5
Ranft a. M.	755.5	SW	4	16.5	Werdern	751.5	SW	2	16.5
Randow	756.5	SW	4	16.5	Varis	754.5	SW	2	16.5
Wien	759.5	SW	2	16.5					

**Wetterprognose für Donnerstag, den 18. Juni 1908.**  
Näher, zunächst ziemlich trübe mit Gewitterregen und mäßigen westlichen Winden, später langsam wieder aufklarend.  
Berliner Wetterbureau.

**Wasserstands-Nachrichten**  
der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Wasserstand	am 16. 6.	am 15. 6.	Wasserstand	am 16. 6.	am 15. 6.
Wemel, Mühl	167	-1	Saale, Großh.	129	-9
Bregel, Ansternburg	30	-2	Havel, Spanbau	98	-1
Wegsel, Horn	140	+38	Havel, Rathenow	145	-1
Ober, Rathbor	102	+3	Spree, Spremberg	94	0
Krossen	107	-5	Bredow	138	0
Ranft	114	0	Weser, Wüsten	-1	-15
Wartze, Schrimm	62	-4	Winden	62	-6
Landberg	40	-1	Rhein, Nagmilkanbau	400	+3
Rhege, Gordan	18	-1	Rhein, Rahn	288	-7
Eide, Restmeyer	-37	-3	Rhein, Rahn	302	-3
Dresden	-145	-5	Redar, Heilbronn	68	-7
Berlin	147	-11	Rhein, Bietheim	128	-2
Magdeburg	141	-5	Rosel, Trier	78	+8

+ bedeutet Zufluß, - Abfluß, - ? Unterpost.

Für den Inhalt der Zukunftsübernahme die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

### Theater.

**Donnerstag, den 18. Juni.**  
Anfang 7 1/2 Uhr.  
Königl. Opernhaus. Die Fugenhoffen.  
Königl. Schauspielhaus. Die Hadensternin.  
Anfang 8 Uhr.  
Deutsches. Die Breitgrün.  
Kammerstücke. Tugendbrüder.  
Unterseeboot.  
Leipzig. Der Raub der Sabine.  
rinnen.  
Neues. Nächte im Hampton-Klub.  
Neues Schauspielhaus. Die  
Dollapringel.  
Kleines. 2 x 2 = 5.  
Berliner. Kaffees.  
Römische Oper. Die Fledermaus.  
Kunspielhaus. Die blaue Maus.  
Schiller O. (Wallner-Theater.)  
Carmen.  
Schiller Charlottenburg. Der Herr  
Ministerialdirektor.  
Friedrich-Wilhelmstädt. Schan-  
spielhaus. Der ungläubige  
Thomas.  
Thalia. Der Selbstmörderklub.  
Dehen. Ein Selbstmörder.  
Neues Operetten. Der Mann mit  
den drei Frauen.  
Luisen. Im Goldland.  
Trianon. Frau Barontin.  
Bernhard Weie. Am Klav.  
Metropol. Das muß man seh'n.  
Apollo. Die sieben Schwestern. Spe-  
zialitäten.  
Wintergarten. Spezialitäten.  
Passage. Spezialitäten.  
Carl Haberland. Spezialitäten.  
Walhalla. Spezialitäten.  
Reichshallen. Seltener Sänger.  
Hronia. Taubenstraße 18/19.  
Abends 8 Uhr: Ueber den Brenner  
nach Venedig.  
Sternwarte. Zwalbenstr. 57/62.

**Berliner Theater.**  
Abends 8 Uhr:  
**Sopfenraths Erben**  
**Kleines Theater.**  
Abends 8 Uhr:  
**2 mal 2 = 5.**  
Freitag: 2 mal 2 = 5.  
Sonnabend: 2 mal 2 = 5.  
Sonntag: 2 mal 2 = 5.  
Montag: 2 mal 2 = 5.

**Theater des Westens.**  
Abends 8 Uhr:  
**Ein Walzertraum.**  
Operette von Oscar Strauß.  
**Friedrich-Wilhelmstädtisches**  
**Schauspielhaus.**  
**Der ungläubige Thomas.**  
Anfang 8 Uhr.  
Freitag: Im weichen Hölz.  
Sonnabend: Der Stadtkompet.  
Sonntag nachm. 3 Uhr: Madame  
Sans Gêne. Abends: Der Stadts-  
kompet.

**Neues Operetten-Theater**  
Schiffbauerdamm 25, an der Luisenbr.  
Sommerpreise. Anfang 8 Uhr:  
**Der Mann mit den drei Frauen.**  
**Luisen-Theater.**  
Reichenberger Straße 34.  
Abends 8 Uhr:  
**Im Goldland.**  
Freitag: Die Stimme des Blutes.  
Sonnabend: Die Stimme d. Blutes.  
Sonntag nachm. 3 Uhr: Der Dämonen-  
besitzer. Abends: Die Stimme des  
Blutes.  
Montag: Goldland.

**BERNHARD ROSE THEATER**  
Or. Franzfurter Str. 132.  
Abends 8 Uhr:  
**Am Klav.**  
Zeitgemäße in 4 Akten von  
Paul Klumpp.  
Wochentagspreise.  
**WINTERGARTEN**  
Neues Programm  
von Publikum u. Presse glänzend  
beurteilt.  
**The Trappell-Family**, weib-  
liche Akrobaten. **Florence u.**  
**Lillian**, musik. Produkt. **Rebla**,  
komischer Jongleur. **Lily Flex-**  
**more**, akrobatische Tänzerin.  
**Mlle. Juliette**, dressierte See-  
löwen. **Tan Kwal Troupe**,  
Chinesen. **Therese Benz**, Reit-  
nummer. **Doherty Sisters**,  
amer. Sängerrinnen u. Tänzerinnen.  
**The Bounding Gordons**,  
amer. Akrobat. **Ferry Corwey**,  
musik. Clown. **Trombetta**,  
italienisches Gesangs- und Tanz-  
Duett. **Der Biograph**.

**Metropol-Theater**  
Juni 27. Male:  
**Das muß man seh'n.**  
Neue in 12 Bildern m. Ges. und Tanz.  
Anfang 8 Uhr. Raucher gestattet.

## Urania.

Wissenschaftliches Theater.  
Taubenstr. 48/49.  
Abends 8 Uhr:  
**Ueber den Brenner nach Venedig.**  
**ZOOLOGISCHER**  
**GARTEN**  
Täglich:  
**Gr. Militär-Doppel-Konzert**  
Eintritt 1 M.  
von abends 6 Uhr ab 50 Pf.,  
Kinder unter 10 Jahren  
— die Hälfte. —

**Lustspielhaus.**  
Abends 8 Uhr:  
**Die blaue Maus.**

## Schiller-Theater.

Schiller-Theater O. (Wallner-Theater). Schiller-Theater Charlottenburg.  
(Morwitt-Oper.)  
Donnerstag, abends 8 Uhr: Der Herr Ministerialdirektor.  
**Carmen.** Lustspiel in drei Akten von Alexander  
D'Almeida und Fabrice Carré.  
Freitag, abends 8 Uhr: Freitag, abends 8 Uhr:  
Marie, die Regimentsstochter. **Gebildete Menschen.**  
Sonnabend, abends 8 Uhr: Sonnabend, abends 8 Uhr:  
**Die Afrikanerin.** Der Herr Ministerialdirektor.

## Diez' Spezialitäten-Theater

Landsberger Allee 76/79, direkt Ringbahn-Station.  
Bestimmte Fahrgelegenheit nach allen Stadtvierteln.  
Ob schön! Kommen! Sehen! Staunen! Ob Regen!  
Täglich: 80652  
**Das größte u. beste Programm Berlins.**  
Nur Attraktionen, u. a.: Zum erstenmal in Europa:  
Das größte Weitzel des Erdballs! Von der gesamten ameri-  
kan. Presse als d. größte Weltwunder bezeichnet: **The great Simpson.**  
Der Held der Welt. Ein bezahlter Selbstmordhandl! Gr. Ball. Kaffeezüge. Volksbefestigungen aller Art.

## Paul Obiglo's Fest-Säle u. Sommer-Theater.

Schwedter-Straße 23-24.  
Empfehle meine Lokalitäten zu Hochzeiten, Fest-  
lichkeiten jeder Art. — Jeden Donnerstag  
im herrlichen schattigen Naturgarten:  
**Otto Steidels Hamburger Sänger.**  
Nach der Soliree: Gr. Freitanz.  
Vereinszimmer, Kegelbahn noch einige Tage frei.  
Gr. Saal ist noch Sonnabends zu vergeben;  
Hochzeit  
Paul Obiglo.

## Walhalla- Variete-Theater

Weinbergsweg 19/20, Rosenthal Tor.  
Spezialitätenvorst. im Garten.  
Bei schlechtem Wetter i. Theater.  
Anfang der Vorstellung 8 Uhr.  
Anfang d. Orientkonzerts 5 Uhr.  
Kleine Preise.

## Apollo Theater

Abends 8 Uhr: Die neuen Attraktionen.  
9 1/2 Uhr: Die süßen Grisetten.  
10 1/2 Uhr: Wiener Festzug  
anlässlich d. Jubiläums Sr. Maj.  
des Kaisers von Österreich.  
10 1/2 Uhr: Best Bernards Compagnie:  
**Ein Abend in einem ameri-  
kanischen Cingel-Cangel.**

# Freie Volksbühne

### Die neuen Mitgliedskarten

werden in den Zahlstellen vom 4. Juli ab ausgegeben. Diejenigen Mitglieder, welche auch  
im nächsten Spieljahr dem Verein angehören wollen, müssen bis 20. Juni ihre alte Mitglieds-  
karte zum Umtausch in der Zahlstelle abgeben und event. Beitragsreste entrichten.  
Der Julibeitrag wird nicht erhoben.

**Der Augustbeitrag und das Einschreibegeld betragen 90 Pfennig.**  
Umschreibungen in eine andere als die bisherige Zahlstelle müssen im Juli-August bewirkt werden.

### Das neue Spieljahr

beginnt am 30. August. Die Vorstellungen finden abwechselnd statt im

**Neuen Schauspielhaus**  
am Nollendorfsplatz

**Thalia-Theater**  
Dresdener Straße 72/73  
in eigener Regie.

**Abend-Abteilungen**  
im  
**Neuen Schauspielhaus**  
(jeden Montagabend 8 Uhr).

**Lessing-Theater**  
Friedrich-Karl-Ufer 1.

**Herrnfeld-Theater**  
Kommandantenstr. 57  
in eigener Regie.

**Extra-Vorstellungen**  
voraussichtlich in der  
**Neuen Lortzing-Oper.**

## Kunstabende, Konzerte, Vorträge

Bürgersaal des Rathauses — Hochschule für Musik — Blüthner-Saal  
Mozart-Saal — neuen Happoldtschen Konzertsäle.

Die Monatschrift „freie Volksbühne“ mit dem beschrei-  
benden Text der  
Stücke, dem Programm und den Vereinsmitteilungen erscheint einige Tage vor den Premierent-  
agen (Herausgeber Dr. C. Schmidt) im Verlage von G. Winkler und wird in den Zahlstellen  
unentgeltlich an die Mitglieder verabfolgt.

**Neue Zahlstellen** sind errichtet in **Rixdorf, Fuldastr. 55 (Max Zirkel).**  
**Rummelsburg, Alt-Boxhagen 50 (M. Havenstein).**  
**SW., Hagelberger Str. 27 (Rudolf Daehn).** **Weißensee, Lothringenstr. 13 (Nerlich).**

### Beitritts-erklärungen nehmen entgegen:

**N.:** Ernst Beyer, Veteranenstr. 11. H. Roloff, Wörther Str. 31. A. Charles, Ackerstr. 154. Paul Masanko, Pankstr. 13. R. Vogel I, Lortzingstr. 37. K. Opitz, Lynarstr. 2. K. Wiesenthal, Ackerstr. 123. A. Tietz, Invalidenstr. 124 (Stettiner Bahnhof). Kriedemann, Stargarder Str. 74. — **NO.:** Franz Niemeier, Weberstr. 19. J. Reul, Barnimstr. 42. — **O.:** P. Horsch I, Engelufer 15 (Gewerkschafts-  
haus). G. Vogel II, Koppenstraße 83. Lohaus, Thauerstr. 63. W. Hense, Petersburger Str. 34. — **SO.:** A. Böttger I, Skalitzer Str. 107. Friedrich, Mariannenstraße 5. Schulz, Görlitzer Straße 58. Karl Scholz, Wrangelstraße 110. — **S.:** Haase, Kottbuser Damm 4. Gottfried Schulz, Admiral-  
straße 40a. W. Börner, Ritterstr. 15. F. Meyer, Dresdener Str. 128/129. — **SW.:** Rudolf Daehn, Hagelberger Str. 27. Muderbach, Lindenstr. 59. F. Ohnesorge, Markgrafstr. 102. A. Böttger II, Zossener Str. 30. — **W.:** Wiemers, Bülowstr. 59. G. Moldenhauer, Barbarossastraße 64. — **NW. (Monat):** Paul Horsch II, Charitéstr. 3 (Ver-  
bandshaus der Metallarbeiter). Lamprecht, Potlitzstr. 10. — **C.:** H. Baum, Stralauer Str. 3/6. Alb. Löwenberg, Neue Schönhauser Str. 18. Clasen, Gipsstr. 27. G. Weinhacht, Grünstr. 21. — **Rixdorf:** F. Henning, Zietenstr. 69. — **Charlottenburg:** F. Schmidt, Wilmersdorfer Str. 130. — **Wilmersdorf:** E. Meyer, Uhland-  
straße 97. — **Tempelhof:** M. Müller, Berliner Str. 41/42. — **Ober-Schöneweide:** H. Knappe, Reulhausstraße 22. — **Tegel:** Johann Lauer, Berliner Str. 92. 241/6

Der Vorstand. I. Vert.: Gustav Winkler, Rixdorf-Berlin, Kirchhofstr. 46, 2 Tr.

## Passage-Theater.

Der größte  
**Salsonerfolg**  
Gastspiel Willi Agoston in der  
tollen Burleske  
**Berlin in Stimmung!**  
Das Tollste vom Tollen  
und die  
neuen Juni-Spezialitäten.

## Passage-Panoptikum.

Ohne Extra-Entree.  
**Der Riese**  
aller Riesen  
**Pisjakoff**  
Eintritt 50 Pf.  
Kinder, Soldaten 25 Pf.

## Brunnen-Theater

Sackstraße 58. Direkt.: Willi Voigt.  
Täglich:  
**Der deutsche Michel.**  
Erstklassige Spezialitäten.  
Karl Braun, Verwandlungs-Künstler.  
Mirz v. Wenzl, Tischtisches-Hauptener.  
Paul Coradini.  
Eröffnung 9 Uhr. Anfang 5 Uhr.  
Vorverkauf von 10 Uhr ab.

## Reichshallen-Theater.

Stettiner Sänger.  
**Variétésterne.**  
Bühnen- und Musik-  
Meusel als  
**Saharet.**  
Britton als  
Isadora Duncan.  
Ein. Wochentags 8 Uhr.  
Sonntag 7 Uhr.

## Fröhels Allerlei-Theater.

Schönhauser Allee 148.  
Täglich:  
**Spreelottchen.**  
Vollständig aus dem Berliner Leben.  
Dazu  
erstklassige Spezialitäten.  
Im Saal von 5 Uhr ab:  
Tanz.

## Berliner Prater-Theater

Kastanien-Allee 7-9.  
Täglich:  
**Die Welt ein Paradies**  
große Ausstattungs-Revue  
und das großartige  
Spezialitäten-Programm.  
Anf. Sonnt. 4 Uhr, Wochent. 4 1/2 Uhr.

## Sanssouci, Straße 6.

Direktion Wilhelm Reimer.  
**Der Garten in geöffn.**  
Deute Donnerstag:  
Neues Tanz-  
Prog. **Clitesoiree** Kränzel.  
**Berliner Sänger**  
Sittlicher Liederfolg!  
Der gefasste Feldweibel.  
Bosse in 1 Akt.  
Beg. Sonnt. 5. wochent. 8 U.

## Ostbahn-Park

Am Küstrinerplatz, Rüdorsdorferstr. 71  
**Hermann Imbs.**  
Täglich:  
**Großes Konzert,**  
Theater- und Spezialitäten-  
Vorstellung.

## Volksgarten-Theater

am Bahnhof Gesundbrunnen.  
Donnerstag, den 18. Juni:  
**Konzert, Theater und**  
**Spezialitäten-Vorstellung.**  
**Gr. Brillant-Feuerwerk.**

## W. Noacks Theater

Direktion: Rob. Dill. Bernauerstr. 16  
Großer durchschlagender Erfolg:  
der 21 Nummern des neuen Progr.  
Abends 10 Uhr:  
**Das ehrlche Berlin.**  
Kaffee, 3. Akt, 6 Uhr. Entr. 30 Pf.  
Sonnabend, 20. Juni: Gr. Extr-  
Vorstellung: **Er muß auf Land**  
oder: **Der lustige Gemann.**

## Schweizer Garten.

Am Königstor, Am Friedrichshain 29/32  
Etrahenbahn: 1, 2, 4, 17, 59, 62,  
63, 74 und Q.  
Täglich: Theater-  
u. Spezialitäten-  
Vorstellung.  
Zum Sehn abends 10 Uhr:  
**Wie einst im Mai**  
Vollständig mit Gesang in 2 Akten.

## Arnold Scholz. Neue Welt.

Hasen-  
heide 108-114.  
Donnerstag, den 18. Juni 1908:  
**Großes Doppel-Konzert.**  
**Gala-Spezialitäten-Vorstellung.**  
Erstes großes  
**Brillant-Feuerwerk**  
des Pyrotechnikers Adolf Bock.  
Tanz-Reunion.  
Anfang 5 Uhr. Entree 50 Pf.

# Max Kliems

**Sommer-Theater.**  
 — Hasenheide 13—15. —  
 Schrift. Leitung: Bernhard Lange.  
 Täglich: Großes Konzert, Theater- und Spezialitäten-Vorstellung.  
 Mittwoch: Kinderfest.

# Landesausstellungspark

Neu erbaut: Festsäle  
 Gartenrestaurant  
 Konditorei und Café

**Täglich Konzert**  
 von 4 Uhr ab!

Dejeuner  
 von 2.50 an bis 2 Uhr nachm.  
 Diners u. Soupers v. 4.00 an

# Dr. Simmel

Spezial-Arzt  
 für Haut- und Harnleiden.  
 Princesstr. 41, Marktplatz,  
 10—2, 5—7. Sonntags 10—12, 2—4.

# Zentralverband der Lederarbeiter.

Filliale I Berlin.  
 Sonnabend, den 20. Juni, abends 8 Uhr, im Lokale  
 des Herrn Schmidt, Prinzen-Allee 33:

# Extra-Verammlung.

Tages-Ordnung:

1. Fortsetzung der Diskussion über den Bericht des Verbandstages.
2. Bericht über den Arbeitsnachweis.
3. Vereinsangelegenheiten.

Im Interesse aller Mitglieder muß es liegen,  
 pünktlich und zahlreich zur Stelle zu sein.  
 Der Vorstand. S. u. P. Runge.

# Verband der Schneider Schneiderinnen und Wäsche-Arbeiter

Filliale Berlin I.

Montag, den 22. Juni:

# Sommerfest

in der  
 Brauerei Friedrichshain  
 Am Friedrichshain 16—23.

# Großes Konzert

Dirigent: Herr Kapellmeister Gust. Vogel.

Auftreten des Berliner Uk-Trio.

Volkshelestigungen, Preiskegelschieß., Feuerwerk

Von 6 Uhr ab: TANZ. Herren, welche  
 daran teilnehmen, zahlen 50 Pf. nach. 163/5\*

Kasseneröffnung 2 1/2 Uhr.  
 Beginn des Konzerts 4 Uhr.  
 Entrée 30 Pf.  
 Die Kaffeeküche wird um 3 Uhr geöffnet.

# Bekanntmachung.

Die Firma

# Julius Lindenbaum, Große Frankfurter Straße 141,

hat am Sonnabend, den 6. Juni, die seit dem 22. März 1907 mit kurzen  
 Unterbrechungen bestehende Betriebswerkstätte aufgelöst.

Zur Unterhaltung einer Betriebswerkstätte ist die Firma vertraglich  
 verpflichtet. Sie versucht sich ihren Verpflichtungen dadurch zu entziehen,  
 daß sie die bisher auf der Werkstätte beschäftigten ledigen Arbeiter auf-  
 fordert, bei einem Streifbrecher als Gesellen  
 zu arbeiten. Damit versucht die Firma das Zwischenmeisterstück,  
 welches wir durch Erziehung von Betriebswerkstätten zu bekämpfen suchen,  
 in seinen aller schlimmsten Formen zur Einführung zu bringen.  
 Die verheirateten Arbeiter sollen wieder als Heimarbeiter tätig sein.

Andem wir dies hiermit zur Kenntnis bringen, ersuchen wir unsere  
 Kollegen, diese Firma so lange zu meiden, bis wir mitteilen, daß diese  
 Differenzen geschlichtet sind. 163/4\*

Verband der Schneider und Schneiderinnen.  
 Die Ortsverwaltung.

# Abgerissen

u. unmodern an Garderobe brauchen Sie bei  
 unseren Preisen nicht zu gehen. Wir empfehlen  
 getragen

# Monatsgarderobe

in feinsten Werkstätten gearbeitet, von Herr-  
 schaften, Doktoren, Kavaliern nur Wochen  
 gebraucht

Monats-Anzüge. 7, 10, 14, 18 M.  
 Monats-Paletots 5, 8, 12, 16 M.

**J. Wand** Hauptgeschäft:  
 Große Frankfurter Str. 116

2. Geschäft: Chausseestr. 89  
 3. Geschäft: Chausseestr. 66

Bekanntestes Spezial-Geschäft für  
 Monatsgarderoben Berlins.

# 12. Landtags-Wahlkreis.

# Moabit! Moabit!

Freitag, den 19. Juni 1908, abends 8 Uhr,

im

Moabiter Gesellschaftshaus, Wickeffstr. 24:

# Volks- u. Wählerversammlung

Tagesordnung:

1. Wer soll im 12. Kreise in den Land-  
 tag gelangen?

Referent: Landtags-Abgeordneter Redakteur **Heinrich Ströbel.**

2. Ansprache des Kandidaten Stadtv. **Adolf Hoffmann.**

3. Freie Diskussion.

Jeder ist geladen.

Das sozialdemokratische Wahlkomitee.

# Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Ortsverwaltung Berlin.

Heute, Donnerstag, den 18. Juni, abends 8 1/2 Uhr, bei Freyer,  
 Koppenstraße 29:

# Vertrauensmänner-Versammlung für sämtliche Branchen und Bezirke.

Tages-Ordnung:

1. Bericht vom Verbandstage.
2. Stellungnahme zur Arbeitsvermittlung.

Mitgliedsbuch und Vertrauensmännerkarte legitimiert.

Die Ortsverwaltung.

**BUCHHANDLUNG  
 VORWÄRTS**  
 BERLIN-SW-68 · LINDENSTR-69  
**ZIELE UND WEGE**  
 ERLÄUTERUNG DER  
 SOZIALDEMOKRATISCHEN  
 GEGENWARTSFORDERUNGEN  
 PREIS 20 PF  
 PORTO 5 PF

**Rote + Lotterie**  
 zugunsten des Coellienheims.  
 5793 Gewinne i. W. v. Mark

**150000**  
 Hauptgewinne Mark

**50000**  
 Lose à Mark 3.30.

**Stettiner Lose**  
 à 50 Pf. — 11 Lose 5 M.

**Oscar Bräuer & Co. Nachf.,**  
 Andreasstr. 26, Ecke Blumenstr.

**Dr. Schünemann**  
 Spezial-Arzt für 25292\*  
 Haut- und Harnleiden,  
 Frauenkrankheiten.  
 Friedrichstr. 203, Ecke Schützenstr.  
 10—2, 5—7, Sonnt. 10—12 Uhr.

# Steppdecken Extrapreise!

**Emil Lefèvre**  
 Berlin Süd. Seit 1882  
 nur Oranienstr. 158

Bunt Cretonne Ersatz für 300  
 Deckbett

Similiseide in den 525 750  
 Farben

Wolltillas rot, blau, 875 850  
 oliv

Bunte Normal- 150 250 350  
 Schlafdecken

Wolldecken ganz 300 400  
 dick

**Räumungs-Extraliste**  
 enorm billiger Angebote  
 gratis und franko.

**Grundstück**  
 in Ruhlsdorf bei Teltow, 590  
 Quadratmeter, ganz oder geteilt zu  
 verkaufen. Gas, Wasserleitung; Aste  
 20 22. Offerten unter K. 8 an die  
 Expedition des „Vorwärts“.

**Billige Rohtabake.**  
 Max Jacoby, Strelitzerstr. 52.

# Kreuzberger Harmonie.

(M. d. A.-S.-B.)

Sonntag, 21. Juni, in der Brauerei Friedrichshain:

**Vokal- und** 65/15

**Instrumental-Konzert.**

Billetts im Vorverkauf 20 Pf., an der Kasse 30 Pf.  
 Anfang 4 Uhr.

# Andreas-Garten. Andreasstr. 26.

Restaurations. Empfehle meine neu renovierten Räume zu Ver-  
 sammlungen u. Festlichkeiten. Fremdenlogis, Kegelbahn, Garten, 11. Bier-  
 gute Speisen u. Getränke, Mittagstisch von 60 Pf. an mit Bier. 32712\*

Jeden Sonntag **TANZ** bei freiem  
 Entrée

Es ladet freundlichst ein Der Witt F. Merkwowski.

**Singer Nähmaschinen.**  
 Einfachste Handhabung! 28102\*  
 Große Haltbarkeit! Hohe Arbeitsleistung!

Weltausstellung Paris 1900: **Grand Prix** Weltausstellung  
 St. Louis 1904.

Neuentwickelter Unterricht, auch in moderner  
 Nähmaschine.

Elektromotoren für Nähmaschinenbetrieb.

**Singer Co. Nähmaschinen Act. Ges.**  
 Berlin W., Leipzigerstr. 92. Filialen in allen Städten

**Produktiv- und Verkaufs-Genossenschaft Berliner  
 Bandagisten.**  
 „Eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftung.“  
 Bilanz am 31. Dezember 1907.

Rasse-Konto . . . . .	87,74	Kreditoren-Konto . . . . .	312,91
Waren-Konto . . . . .	2775,64	Mitglieder-Darlehens-Konto . . . . .	5495,—
Umsatzen-Konto . . . . .	1701,90	Mitglieder-Guthaben-Konto . . . . .	1600,—
Debitoren-Konto . . . . .	186,80		
Kapital-Konto . . . . .	2655,83		
	7407,91		7407,91

**Gewinn- und Verlust-Konto.**

Handlungs- und Anstalten-Konto 1907,35	Waren-Konto . . . . .	1758,46
Lohn-Konto . . . . .	Umsatzen-Konto . . . . .	104,31
Steuern-Konto . . . . .	Nett Kapital-Konten . . . . .	2655,83
		4513,60

Mitgliedergeld am 1. Juli 1907: 8; am 31. Dezember 1907: 7.  
 Die Gesamtsumme, für welche am 31. Dezember 1907 alle Genossen aufzukommen  
 haben, beträgt 1400 22.

**Produktiv- und Verkaufs-Genossenschaft Berliner Bandagisten.**  
 „Eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftung.“  
 Für den Vorstand: Bruno Fleischer, Jos. Meisner, Paul Peukert, Herm. Hannemann.